

Das wollen wir

Internationale Erklärungen der attac- und WSF-Bewegung

Dieses Heft dokumentiert, auf welche gemeinsamen Grundlagen sich globalisierungskritische Bewegungen in den letzten Jahren einigen konnten.

Marie-Dominique Vernhes , 18.7.2010

**Im Inhaltsverzeichnis sind fett gedruckt diejenigen Erklärungen,
die von attac Deutschland mitunterschieden wurden.**

*Nach meinem Wissensstand sind die anderen Erklärungen NICHT unterschrieben worden,
Alle hier dokumentierten Texte sind in „Sand im Getriebe“ erschienen.*

1. **Die Zeit ist reif: Das Casino schließen** Attac - Erklärung zur Finanzkrise und demokratischen Alternativen (September 2008), Seite 2

2. **Die Zeit ist reif für einen Systemwechsel!** Erklärung des Ratschlags von Attac Deutschland am 12. Oktober 2008 „Düsseldorfer Erklärung“, Seite 6

3. Die globale Wirtschaftskrise als historische Chance für einen echten Wandel - Die Peking-Erklärung anlässlich des ASEM-Gegengipfels des Asia-Europa People's Forum: (November 2008), Seite 7

4. Solidarität mit den Palästinensern gegen die Grausamkeiten der israelischen Armee von ATTAC Argentinien, ATTAC Marokko, ATTAC Togo, ATTAC Tunesien (Januar 2009), Seite 10

5. Wir zahlen nicht für die Krise – die Reichen müssen zahlen - Erklärung der sozialen Bewegungen aus aller Welt anlässlich des 9. Weltsozialforums in Belém, Brasilien (Januar 2009), Seite 12

6. In der Krise erst recht: Weg mit den Schulden - Erklärung der Konferenz der Bewegungen gegen die Verschuldung auf dem Welt-Sozial-Forum Belém, Brasilien (Januar 2009), Seite 14

7. **Für ein neues wirtschaftliches und soziales System** Erklärung auf der Grundlage von Treffen in Belém, von vielen attac Verbänden mitunterschieden (1. Februar 2009), Seite 17

8. **Erklärung des Bürger-Wasserforums** (März 2009), Seite 18

9. **Aufruf: Nein zum Krieg! Nein zur NATO!** (März 2009), Seite 19

10. **Weltweite Kehrtwende!** Von Attac Deutschland, Attac Österreich, Attac Schweiz, Attac Catalonien, Attac Japan, Attac Spanien, Attac Griechenland, Attac Québec, Focus on the Global South, TNI, Weed, ... (Herbst 2009), Seite 20

11. **Systemchange not climate change!** Die Erklärung vom Klimaforum09 Unterschieden von ca. 500 Organisationen, darunter: ATTAC Dänemark, /Deutschland/ Finnland/ Flandern (Belgien)/ Frankreich/ Italien/ Japan/ Österreich/ Polen/ Spanien/ Schweden/ Togo, Sozialforum Österreich, Focus on the Global South, Jubilee South, TNI, ... (Dezember 2009), Seite 23

12. **An die Regierungen: Hört auf Euer Volk! Stellt euch der Krise!** (Zum WTO-Gipfel) Von ATTAC Argentinien, Österreich, Frankreich, Deutschland, Japan, Norwegen und von Focus on the Global South, La Via Campesina, TNI und viele mehr (Dezember 2009), Seite 27

13. **Für ein freies und souveränes Haiti !** Internationale Petition von Jubileo Sur und über 100 Organisationen aus der ganzen Welt, 26. Januar 2010, Seite 28

14. Keine ausländischen Militärbasen! Von Via Campesina, Jubilee Sur, MST Brasilien und viele mehr, Januar 2010, Seite 29

15. Cochabamba: Erklärung der Weltkonferenz über den Klimawandel und die Rechte der Mutter Erde, April 2010, Seite 30

16. Solidarität mit der griechischen Bevölkerung gegen die Finanzmärkte, vom Internationaler Rat des Weltsozialforums (WSF), 8. Mai 2010, Seite 34

17. Solidarisch mit der griechischen Bevölkerung, von Europäischen Attac-Gruppen, Mai 2010, Seite 35

Zum Nachlesen:

Selbstverständnis von attac Deutschland: Die „Frankfurter Erklärung“, beschlossen auf dem Attac-Ratschlag in Frankfurt/M am 26.5.2002, Seite 36

Die Zeit ist reif: Das Casino schließen

Attac - Erklärung zur Finanzkrise und demokratischen Alternativen

Attac Dänemark, Attac Deutschland, Attac Finnland, Attac Flandern, Attac Frankreich, Attac Italien, Attac Marokko, Attac Norwegen, Attac Österreich, Attac Polen, Attac Schweden, Attac Schweiz, Attac Spanien, Attac Ungarn.

September 2008

„Entmachtet die Märkte!“ Als Attac 1998 gegründet wurde, bezog sich dieser Slogan auf die Finanzkrise in Asien. Inzwischen haben wir weitere Finanzkrisen erlebt: in Russland, Brasilien, Türkei, Argentinien und das Platzen der *New Economy*-Blase 2001.

Mittlerweile befinden sich die reichen Länder mitten in der schwersten Krise seit der Weltwirtschaftskrise 1929. Der Crash an der Wall Street im September 2008 markiert das Ende einer historischen Epoche: der Finanzkapitalismus, ein System das ausschließlich von der Jagd nach dem Maximalprofit angetrieben wird, ist kollabiert. Er hat sich mit seinen inneren Widersprüchen selbst zerstört. Die Schockwellen der Finanzkrise haben jetzt die Realwirtschaft erreicht. Die USA befinden sich bereits in einer Rezession. Großbritannien und die Eurozone stehen kurz davor. Die gesamte Weltwirtschaft wird davon betroffen sein. Das Schrumpfen der Wirtschaft wird die Arbeitslosigkeit erhöhen und Ungleichheiten vertiefen. Es wird erneut Druck auf die Lohnabhängigen ausgeübt werden, damit sie noch mehr Flexibilisierung, niedrigere Löhne und geringere soziale Sicherheit hinnehmen. Die sinkende Nachfrage der reichen Länder wird auch die verwundbaren Volkswirtschaften der Entwicklungsländer hart treffen und die Armut dort verschärfen. Die *Millennium Entwicklungsziele* und andere Versuche, eine sozial gerechte und umweltfreundliche Entwicklung in Gang zu setzen, werden in unerreichbare Ferne rücken.

Der Finanzcrash und der Beginn der Rezession trafen mit einem rasanten Anstieg von Öl und Nahrungsmittelpreisen zusammen. Dies hat in einigen Entwicklungsländern zu schweren sozialen Krisen und Hungerrevolten geführt. Der Anstieg von Rohstoff- und Nahrungsmittelpreisen hat mehrere Ursachen. (1) Aber klar ist auch, dass spekulative Geschäfte von Hedge Funds u. a. institutionellen Investoren beträchtlich zu hohen Preisen und starken Preisschwankungen beigetragen haben.

Auslöser der aktuellen Krise war die exzessive Vergabe von faulen Hypothekenkrediten an Haushalte in den USA, und damit verbunden deren spekulative Verbriefung und ihr Verkauf an institutionelle Investoren und Privathaushalte in den USA und international. Die anhaltende Welle von Insolvenzen hat dramatische Auswirkungen auf Investment- und andere Privatbanken oder Hedge Funds. Mittlerweile ist auch die Realwirtschaft in Mitleidenschaft gezogen. Für 2009 sind die Aussichten in wirtschaft-

licher, sozialer und ökologischer Hinsicht für weite Teile der Welt trostlos.

Dabei hätte man es besser wissen können. Der Crash bestätigt leider die Prognosen von heterodoxen Experten, wie dem Nobel-Preisträger Joseph Stiglitz, oder von Attac, sozialen Bewegungen und anderen Kritikern. Sogar den Aufsichtsbehörden war bewusst, dass das System riskant war, aber es fehlte der Wille zu handeln und dem herrschenden Glauben an die Fähigkeit des Marktes zur Selbstregulierung entgegenzutreten.

Jetzt, unter dem Druck der Krise, ruft sogar der Mainstream der Finanzwelt nach Reformen. Aber dessen Vorschläge greifen zu kurz, da sie die systemischen Ursachen, die Krise zugrunde liegen, nicht anpacken. Sie beziehen sich vor allem auf den Finanzsektor und dessen Stabilitätsprobleme. Das reicht nicht. Der Finanzkapitalismus hat nämlich auch katastrophale Auswirkungen auf Verteilung und Demokratie. Banker rufen jetzt nach dem Staat. Aber tatsächlich geht es ihnen nur um die Vergesellschaftung der Verluste, während die Profite weiterhin in private Taschen wandern sollen. Das Rettungspaket der USA – mit mehr als 700 Milliarden US Dollar das größte in der Menschheitsgeschichte – und ähnliche Programme in Großbritannien, Deutschland und anderen Ländern zeigen deutlich diese Logik. Wenn die Finanzwelt von Reformen redet, meint sie bestenfalls Regulierung in einigen Teilbereichen und kurzfristiges Krisenmanagement. Damit soll der neoliberale Kurs aufrechterhalten und nach einiger Zeit wieder zu *Business as usual* zurückgekehrt werden.

Was dagegen die Mehrheit der Menschen braucht, sind reale Veränderungen hin zu einem anderen wirtschaftlichen Leitbild, bei dem das Finanzsystem zu sozialer Gerechtigkeit, Stabilität und nachhaltiger Entwicklung beitragen muss. Wir können es nicht zulassen, dass man in den kommenden Jahren wieder zu den alten Zuständen zurückkehrt.

Die Krise ist nicht das Ergebnis einiger unglücklicher Umstände. Sie kann auch nicht auf das Versagen von Finanzaufsicht, Rating-Agenturen oder einzelner Akteure reduziert werden. Sie hat systemische Wurzeln. Deshalb müssen die Strukturen und Mechanismen des Systems generell in Frage gestellt werden.

Finanzmärkte bilden das Zentrum und die treibende Kraft der neoliberalen Globalisierung. Dies führte dazu, dass der Finanzsektor Dominanz über die übrige Wirtschaft erlangte. Dies geschah als Folge der 1973

eingeführten freien Wechselkurse zwischen den großen Währungen, der Aufhebung von Kapitalverkehrskontrollen, der konsequenten Liberalisierung der Finanzmärkte und der Deregulierung der Finanzindustrie.

All dies ging einher mit der Etablierung sog. „unabhängiger“ Aufsichtsbehörden, die damit aber nur das Ziel starker und erfolgreiche Lobby der Finanzindustrie wurden. Seitdem erlebten die Finanzindustrie und ihre „innovativen“ Instrumente ein rasantes Wachstum. Die Masse von Finanzvermögen, von Schulden und die weltweite Suche nach Profiten wuchsen gleichermaßen. 2001 beschleunigte sich dieser Prozess enorm, als die USA einen Ausweg aus der Krise der *New Economy* fanden, indem sie einen dramatischen Anstieg der Staatsverschuldung und des Leistungsbilanzdefizit herbeiführten. Finanziert wird das Doppeldefizit durch den Rest der Welt.

Finanzkapitalismus - das neue Modell

Zusammengenommen haben all diese Entwicklungen zur Etablierung eines neuen ökonomischen Modells, einer neuen Form von Kapitalismus geführt, die von einigen als *Finanzielle Globalisierung*, von anderen als *Finanzkapitalismus* oder *Shareholder Kapitalismus* bezeichnet wird. Wie immer man das neue System nennt, klar ist: während früher die Finanzmärkte eine nachgeordnete und Dienstleistungsrolle gegenüber der Realwirtschaft spielten, hat sich diese Beziehung jetzt umgekehrt.

Der Zugriff von „Finanzinteressen“ auf die Realwirtschaft erweiterte sich enorm, indem alle wirtschaftlichen Aktivitäten an den Maximalprofiten auf den Finanzmärkten gemessen wurden. Es wurden Finanzinstrumente entwickelt, die der Erwirtschaftung von Renditen ausschließlich auf den Finanzmärkten dienen. Nachhaltige Industrie- und Landwirtschaft sowie stabile Sparmöglichkeiten für die Lohnabhängigen wurden dagegen vernachlässigt.

Die Logik und Dynamik der kurzfristigen Profitmaximierung drang in alle Poren des wirtschaftlichen und sozialen Lebens ein. Die uneingeschränkte Mobilität des Kapitals, die von der neoliberalen Politik ermöglicht wurde, spielt heute eine entscheidende Rolle in der Weltwirtschaft. Sie erzeugt globalen Wettbewerb nicht nur unter transnationalen Konzernen, sondern auch zwischen den Nationalstaaten, zwischen deren Sozial- und Finanzsystemen sowie unter den Arbeitern in den verschiedenen Regionen des Planeten. Indem die Machtverhältnisse zwischen

Kapital und Arbeit zugunsten der Konzerne verschoben wurden, verschärfte sich die soziale Ungleichheit, schrumpfte die Beschäftigung, wurden Sozial- und Umweltstandards abgesenkt sowie öffentliche Güter und Dienstleistungen privatisiert.

Kurzum, die "Freiheit" von Finanzakteuren wurde auf Kosten der Mehrheit der Menschen ausgeweitet und führte zu einer Wirtschaft, die die Umwelt massiv zerstört. Aber das Scheitern dieses Modells war noch nie so offensichtlich wie heute, da wir gleichzeitig drei Krisen erleben: Finanzkrise, Nahrungsmittelkrise, Klima- und die Energiekrise. Dieses Modell, das von Regierungen weltweit und jahrelang gestützt wurde, ist heute völlig diskreditiert. Deshalb müssen jetzt klare Konsequenzen gezogen werden: dieses umweltschädliche und ungerechte Finanzsystem muss komplett umgebaut und auf die Bedürfnisse der Gesellschaft, auf soziale Gerechtigkeit und ökologische Zukunftsfähigkeit ausgerichtet werden.

Die Krise eröffnet eine historische Chance. Es wird vom Druck der öffentlichen Meinung abhängen, ob ein wirklicher Kurswechsel erreicht wird.

Ein anderes Finanzsystem ist möglich: Stabilität und Solidarität vor Profiten

Aufgrund der Komplexität des gegenwärtigen Finanzsystems, ist es unmöglich die Probleme mit einem einzigen Instrument zu lösen. Es gibt keinen Archimedischen Punkt. Ein ganzer Instrumentenkasten wird benötigt.

Dennoch können wir angesichts Hunderter von Einzelvorschlägen, die in der nächsten Zeit gemacht werden und die alle kontrovers sein dürften, einige grundlegende Kriterien formulieren, denen die einzelnen Vorschläge genügen müssen, wenn sie für eine emanzipatorische Reform in Frage kommen sollen.

A. Systemische Veränderungen statt Reparatur an einzelnen Teilen

Das Finanzsystem in seiner neoliberalen Form hat bewiesen, dass es instabil, ökonomisch ineffizient und schädlich für Gerechtigkeit, soziale Wohlfahrt und Demokratie ist. Deshalb sind systemische Veränderungen unerlässlich. Eines unserer Hauptziele muss es daher sein, die tragenden Säulen des Neoliberalismus zum Einsturz zu bringen, insbesondere die weltweite Mobilität des Kapitals. Demgegenüber zielen die meisten regulatorischen Maßnahmen des Mainstreams darauf, die vermögensbasierte Kapitalakkumulation zu erhalten. Sie beschränken sich auf Finanzstabilität und den Schutz der Reichen. Oberflächliche Reformen aber, z.B. „Transparenz“, sind inakzeptabel.

B. Neues Bretton Woods anstatt „sich selbst regulierender Märkte“

Die Krise zeigt, dass Märkte allein, ohne politische Regulierung und demokratische Kontrolle verhängnisvolle Folgen zeitigen. Daher sind demokratische Kontrolle und internationale Kooperation nötig, anstatt zerstörerischem Standortwettbewerb. Ökologischer Zukunftsfähigkeit und den Menschenrechten aller drei Generationen muss bei allen wirtschaftlichen und finanziellen Entscheidungen zukünftig Priorität eingeräumt werden.

Ein geeignetes institutionelles Setting unter Federführung der UNO muss geschaffen werden, das eine strikte Regulierung und Umorientierung des Finanzsystems ermöglicht. Besondere Aufmerksamkeit ist dabei auf demokratische Kontrolle und auf den aktiven Einsatz für Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit sowie Krisenprävention statt -reaktion zu legen. So sollte z.B. die UNO und nicht der IWF das Mandat zur Aufsicht über das Weltwirtschaftssystem erhalten. Dazu muss auch die Fähigkeit zum regulatorischen Eingriff gegenüber hohen Handelsbilanzdefiziten, Verschuldung und Zahlungsbilanzdefiziten gehören (wie gegenwärtig bei den USA). Eine solche UN-Institution sollte auch darüber entscheiden, ob und inwieweit Finanzdienstleister, Finanzprodukte und Dienstleistungen liberalisiert werden und inwieweit die Mobilität des Kapitals einzuschränken ist. Dies würde auch bedeuten, dass solche Entscheidungen nicht mehr in der WTO und über das GATS oder bilaterale Freihandelsabkommen getroffen würden, wie das gegenwärtig der Fall ist.

Die Finanzaufsicht auf nationaler Ebene und internationale Kooperation zwischen den Regulierungsinstitutionen und Aufsichtsbehörden, vor allem innerhalb der EU, müssen gestärkt und demokratisiert werden. Die Partizipation von Gewerkschaften, Verbrauchern und anderer Stakeholders bei der Regulierung muss gewährleistet werden. Rating muss Teil der staatlichen Aufsicht werden und dazu beitragen, dass Finanzprodukte, Kredite und Unternehmen nicht zu Umweltzerstörung beitragen.

Für das unmittelbare Krisenmanagement wird eine enge Kooperation auf europäischer Ebene, inkl. Schweiz und Russland benötigt, ebenso wie transatlantische Zusammenarbeit.

Es müssen weltweit Grenzen für unregulierten Freihandel und uneingeschränkte Kapitalmobilität gesetzt werden. Das Dogma vom „freien Fluss“ von Gütern, Dienstleistungen und Kapital muss durch differenzierte Ansätze ersetzt werden. In zukünftigen internationalen Abkommen müssen Finanzstabilität, Steuergerechtigkeit, soziale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit Vorrang vor freiem Kapital-, Güter- und Dienstleistungsverkehr haben. Soziale Rechte und historische Errungenschaften der Lohnabhängigen

dürfen von solchen Abkommen nicht mehr untergraben werden: im Gegenteil, sie müssen internationale Solidarität anstelle von Wettbewerb stärken.

C. Die Dominanz der Finanzmärkte brechen

Die Grundorientierung für substantielle Veränderungen muss darauf orientieren die Dominanz der Finanzmärkte über die Realwirtschaft zu brechen. Einige dafür geeignete Instrumente sind:

- Besteuerung aller Arten von Finanztransaktionen, inklusive Währungstransaktionen. Damit soll die Spekulation unterbunden werden, Tempo auf den Finanzmärkten herausgenommen und Schluss mit der Kurzfristorientierung gemacht werden. Gleichzeitig sollen die Finanzierung von fairem und nachhaltigen Handel, Produktion und Konsum gefördert werden;

- nationale Regierungen sollen parallel dazu eine Steuer auf den Sekundärhandel mit Aktien einführen, um Spekulation zu unterbinden;

- weltweites Verbot bzw. die Zerschlagung von Finanzkonglomeraten, die im Falle eines Bankrotts systemische Effekte haben („too big to fail“);

- progressive Besteuerung von Kapitalkünften. Eine der Hauptursachen für die Blasenbildung auf den Finanzmärkten ist die extreme Konzentration von Reichtum. Um die Finanzmärkte zu entschleunigen und zu stabilisieren ist eine substantielle Umverteilung von Einkommen und Wohlstand von Oben nach Unten notwendig, ebenso wie die Beseitigung von Anreizen zu exzessiven Profiten und Steuerhinterziehung;
- noch bevor *Umverteilung* nötig wird, muss die Wirtschaftspolitik bereits eine gerechte *Verteilung* gewährleisten: Löhne dürfen nicht langsamer als die Produktivität wachsen (außer bei Arbeitszeitverkürzung) und Arbeit muss fair verteilt sein;

- die Privatisierung der Daseinsfürsorge und wichtiger Infrastruktur, wie z.B. Energieversorgung oder Eisenbahnen, muss gestoppt und, wo sie bereits erfolgt ist, rückgängig gemacht werden. Auch die Privatisierung der Altersversorgung muss rückgängig werden.

D. Abfederung der Krisenfolgen für die Realwirtschaft und das Verursacherprinzip - „Spekulant zu Kasse bitten“

Da die Finanzkrise die Realwirtschaft und die Gesellschaft bereits erfasst hat, werden dringend Konjunkturprogramme benötigt, um die Auswirkungen der Krise auf die Realwirtschaft abzufedern.

Angesichts des Ausmaßes der Krise, sind Rettungspakete unumgänglich, um den totalen Kollaps des Finanzsystems zu verhindern. Allerdings müssen diese Rettungspakete strikt an Bedingungen geknüpft sein.

Jede Form von *moral hazard* (2) muss ausgeschlossen werden. In den Fällen, wo die Rettungspakete auch ohne Verstaatlichung funktionieren, müssen die Kosten von den Aktionären zurückgezahlt werden – inklusive Zinsen. Unternehmen, die dazu nicht in der Lage sind, gehen teilweise oder ganz in öffentliche Hände über.

Die Kosten der Liquiditätsspritzen und Rettungspakete sind in erster Linie von jenen zu tragen, die für die Krise verantwortlich sind und sich seit Jahren bereichern konnten. Dafür sollte in jedem Land ein spezieller Krisenfond geschaffen werden. Dieser Topf sollte durch eine einmalige Sonderabgabe auf alle Kapitaleinkünfte über 50.000 Euro und einer zusätzlichen einprozentigen Steuer auf alle Profite in der Finanzindustrie gespeist werden.

Ein Teil dieses Fonds sollte international eingesetzt werden, um armen Länder, die unter dem Crash leiden und von hohen Nahrungsmittel- und Rohstoffpreisen betroffen sind, zu helfen.

Zusätzlich müssen öffentliche Investitionen in die soziale Infrastruktur, in Bildung, Kultur und Umwelt fließen, da diese Sektoren unter chronischer Unterfinanzierung leiden. Damit würde zugleich Beschäftigung geschaffen und die ökologische Wende unterstützt.

E. EU reformieren. Demokratische Kontrolle über die Europäische Zentralbank

Besondere Aufmerksamkeit muss der EU gewidmet werden. Im Lissabonvertrag und anderen Verträgen ist alles was das Finanzsystem betrifft, vom neoliberalen Dogma bestimmt. Artikel 63 zur Funktionsweise der Europäischen Union (ex art. 56 ECT), der jegliche Beschränkung von Kapitalflüssen innerhalb von EU, sowie gegenüber Drittländern verbietet und damit die Dominanz der Finanzen auf die Gesellschaft fest schreibt, muss geändert werden. Es gibt gute Gründe, die Kapitalmobilität teilweise einzuschränken: damit wird Finanzstabilität gewährleistet, Steuerhinterziehung und Steuerwettbewerb verhindert und eine beschäftigungsfreundliche Finanzpolitik ohne das Risiko von Kapitalflucht ermöglicht. Wir fordern auch die Einschränkung der Niederlassungsfreiheit (Art. 49), die es dem Kapital ermöglicht, dorthin zu gehen, wo es die günstigsten Bedingungen findet, und es Finanzinstitutionen z.B. erlaubt, sich in die Londoner City oder andere Steuerparadiese zu flüchten.

Finanzregulierung und -aufsicht in der EU und in den Mitgliedsstaaten, müssen grundsätzlich verändert werden. Statt am Vorrang für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit der Finanzindustrie müssen sie sich an den höchsten Standards orientieren. Die Anpassung nach unten – *race to the bottom* – muss aufhören.

Die nationalen Parlamente müssen regelmäßig prüfen, ob die Regulierung der Finanzmärkte und der Finanzindustrie angemessen ist. Das Europäische Parlament muss das Recht bekommen, Regulierungen einzuführen. Die EU sollte alle notwendigen Bereiche der Finanzindustrie regulieren, d.h. Kreditwesen, Risiko-Management, Investment, Ausgabe von Aktien und Anleihen etc. Damit soll gewährleistet werden, dass finanzielle Mittel und Dienstleistungen vorrangig für nachhaltiges Wirtschaften und soziale Entwicklung eingesetzt werden.

Darüber hinaus ist es notwendig die Geldpolitik der EZB zu ändern. Die Bank ist das Zentrum des europäischen Neoliberalismus'. Sie arbeitet ausschließlich auf Grundlage der monetaristischen Ideologie, wonach Preisstabilität absoluter Vorrang gebühren müsse. Dies geht zu Lasten der Arbeitnehmer, sozialer Gerechtigkeit und wirtschaftlicher Stabilität. Ganz im Geiste neoliberaler Ideologie behauptet sie ihre sogenannte Unabhängigkeit. Tatsächlich entzieht sie sich damit jeglicher demokratischer Kontrolle.

Wir fordern die demokratische Kontrolle dieser Institution, deren Politik einen gewaltigen Einfluss auf das Schicksal der Bevölkerung hat. Wir lehnen die Fixierung der EZB auf die Begrenzung der Konsumpreisstabilität auf max. 2% ab. Dies ist eine der tragenden Säulen der neoliberalen Politik. Stattdessen wollen wir, dass die EZB sich auf Beschäftigung und gerechte Verteilung konzentriert.

Sogar die *Bank für internationalen Zahlungsausgleich* empfiehlt in ihrem Jahresbericht 2008, dass die Zinspolitik der Zentralbanken nicht nur auf die Inflation achtet und die Zinsen niedrig halten soll, sondern auch das Augenmerk auf die Effekte von Zinsen auf "exzessives und riskantes Kreditwachstum", die Bildung von Blasen und überzogene Ausgabenpolitik und Produktionsmuster zu richten.

Die Zinserhöhung der EZB als Reaktion auf die Erhöhung des Ölpreises folgte exakt dem neoliberalen Dogma. Obwohl es sich dabei nur um das Ansteigen eines relativen Preises handelte, was nicht mit Inflation zu verwechseln ist (Inflation ist Preisanstieg auf breitere Front), malte Frankfurt das Gespenst der Inflation an die Wand. Gegenwärtig ist Inflation jedoch kein Problem, sondern Rezession und Arbeitslosigkeit. Die Politik der EZB beschleunigt und vertieft daher die Krise, in die die EU hineingeraten ist.

Für eine Finanz-, Währungs- und Wirtschaftspolitik im Interesse der Gesellschaft ist es überdies zwingend notwendig, die Lobbyisten der Finanzindustrie und der großen Konzerne sowie deren „Beratungstätigkeit“ zu kontrollieren, einzuschränken und für vollständige Transparenz zu sorgen.

F. Reformen im Kernbereich des Systems

Im Lichte der Krise benötigen folgende Eckpfeiler des gegenwärtigen Systems besondere Aufmerksamkeit:

a. Eigenkapitalanforderungen und Risiko-Management im Bankensektor

Die Eigenkapitalanforderungen für Banken müssen erhöht werden. In dieser Hinsicht war das Eigenkapitalabkommen „Basel II“ ein Schritt in die falsche Richtung. Daher brauchen wir ein „Basel III“ mit dem die Konsequenzen aus dem Crash gezogen werden. Außerbilanzliche Geschäfte, die ebenfalls zum Zentrum der Krise gehören, müssen verboten werden.

Verbriefung darf nur solchen Akteuren erlaubt werden, die unter strikter staatlicher Aufsicht stehen. Riskante Verfahren, wie die sog. *Collateralized Debt Obligations*, deren Ziel, der massenhafte Handel mit Subprime Krediten war, müssen verboten werden.

Spekulative Finanzprodukte müssen verboten werden, besonders bei Nahrungsmitteln und da, wo sie eine destabilisierende Wirkung haben. Alle neuen Finanzprodukte müssen von der Finanzaufsicht auf ihre Wirkung auf Finanzstabilität und Gesellschaft geprüft werden, bevor sie genehmigt werden.

Investmentbanking muss soweit geschrumpft werden, dass es kein systemisches Risiko mehr darstellt. Was davon übrig bleibt, ist in vollem Umfang der Regulierung und der Aufsicht zu unterziehen, sowie von anderen Finanzdienstleistungen zu trennen. Die Aktivitäten des Investmentbankings sollen nachhaltiger Entwicklung dienen, z.B. indem sie Aktien von Unternehmen fördern, die umweltfreundliche Produkte herstellen.

Alle Finanzkonglomerate, die Privatkundengeschäft, Investmentbanking und Versicherungen betreiben, müssen umstrukturiert oder aufgesplittert und komplett der Aufsicht unterstellt werden.

Das Bonussystem für Manager sollte verboten werden, weil es Anreize zu riskantem Verhalten setzt, ohne die Manager für Verluste haftbar zu machen.

b. Stärkung des öffentlichen und genossenschaftlichen Bankensektor

Nach dem zweiten Weltkrieg hat der lokal ausgerichtete, genossenschaftliche und öffentliche Bankensektor in Europa eine positive Rolle gespielt. In den letzten beiden Jahrzehnten haben diese Banken jedoch zunehmend mit kommerziellen Banken fusioniert oder haben deren Geschäftsmodelle übernommen. Sie gingen an die Börse und passten sich dem angelsächsischen Finanzsystem an.

Dieser Trend muss umgedreht werden; öffentliche und Genossenschaftsbanken müssen gestärkt und vom Wettbewerbsrecht der EU ausgenommen werden. Die Öffentlichkeit sollte zumindest über einige Schlüsselbanken verfügen, um damit für Stabilität,

Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit zu sorgen.

Die verstaatlichten Banken, bzw. die Institute, von denen der Staat durch die Rettungspakete Anteile erworben hat, müssen so umstrukturiert werden, dass sie den Bedürfnissen der Gesellschaft dienen. Dazu gehört auch die Vergabe günstiger Kredite für umweltfreundliche Projekte und Unternehmen und der Zugangs zu hochwertigen Basisdienstleistungen für alle.

c. Rating-Agenturen unter öffentliche Kontrolle

Die Rating-Agenturen haben in der aktuellen Krise ebenso versagt wie in fast allen Krisen der Jahrzehnte davor. Sie gehören unter öffentliche Kontrolle. Sie dürfen nicht mehr von Unternehmen bezahlt werden, die sie prüfen. Stattdessen müssen sie aus einem Fonds finanziert werden, der aus Beiträgen der Ratingkunden und der Anbieter von Finanzprodukten gespeist wird. Sie sollten nicht nur finanzielle Aspekte prüfen, sondern auch soziale und Umweltrisiken.

Auch die Buchprüfer haben die Schwächen des Risikomanagements der Finanzinstitute unter den Teppich gekehrt. Sie haben zugelassen, dass Geschäfte im Subprime Hypothekenmarkt – Derivate und andere Vermögenswerte - außerbilanzlich gemacht werden. Die Regeln für die Prüfungen müssen wieder international festgelegt werden.

d. Investitionsfonds regulieren, insbesondere Hedge Funds und Private Equity Funds

Wer braucht Hedge Funds und welchen Nutzen bringen sie der Volkswirtschaft? Als 2007 beim G8 Treffen 2007 die Bundesregierung mehr Transparenz für Hedge Funds forderte, hieß es, Hedge Funds würden eine nützliche Funktion erfüllen, weil sie Risiken übernehmen, die andere nicht zu übernehmen bereit sind. In der Tat sind diese Risiken nichts anderes als Spekulationsrisiken, die ausschließlich eingegangen werden, um Maximalprofite zu erzielen. Aus diesem Geschäftsmodell ergibt sich keinerlei volkswirtschaftlicher Nutzen. Im Gegenteil, es destabilisiert das System. Denn durch den Hebelverstärkten Einsatz von Fremdkapital wird das Risiko an die Kreditgebenden Banken übertragen. Auch hochspekulative Praktiken, wie Leerverkäufe⁽³⁾ sind destabilisierend. Beides sollte daher verboten werden.

Hedge Funds zu Instrumenten des Risiko-Managements zu erklären, heißt soviel wie einen Pyromanen zum Feuerwehrmann zu ernennen. Hedge Fonds müssen daher verboten werden. Banken muss untersagt werden, Geschäfte mit Hedge Funds zu machen, die ihren Sitz in Steueroasen haben.

Niemand braucht Hedge Fonds, außer reiche Individuen und institutionelle Investoren, die hinter Maximalprofite herjagen.

Auch Private Equity Funds haben sich als Stabilitätsrisiko erwiesen. Sie dienen zudem

als Transmissionsriemen des Shareholder-Kapitalismus in die Realwirtschaft. Auch dieses intransparent Geschäftsmodell muss gestoppt werden. Alternativ dazu müssen Anreize für Banken geschaffen werden, sich wieder stärker in Unternehmensfinanzierung und Risikokapital zu engagieren, insbesondere bei kleinen und mittleren Unternehmen. Die öffentlichen Banken müssen eine führende Rolle bei der Unternehmensfinanzierung übernehmen.

Generell sollte die EU alle Typen von Fonds mit einer entsprechenden Direktive der Regulierung unterwerfen. Alle Fonds müssen ihre Investmentstrategien und Managementgebühren offenlegen. Bestimmte Strategien müssen untersagt werden (z.B. Leerverkäufe), Kreditaufnahme mit Hebeleffekt muss eingeschränkt werden. Es muss eine Höchstgrenze für die Kapitalmasse festgelegt werden, die ein Fonds verwalten darf. Fondsprofite müssen höher besteuert werden als Arbeitseinkommen. Fonds, die ihren juristischen Sitz außerhalb der EU haben (z.B. nur in Offshore-Zentren), bzw. nicht mit EU-Standards übereinstimmen, soll der Marktzugang untersagt werden.

e. Derivatehandel drastisch einschränken

Finanzderivate dürfen nur an der Börse gehandelt werden. Sie müssen standardisiert und von der Aufsicht genehmigt sein. Derivate zu rein spekulativem Zweck müssen verboten werden. Der außerbörsliche Handel mit Derivaten (*over the counter - OTC*) muss unterbunden werden.

f. Offshore – Zentren

Wer braucht Offshorezentren (OFCs) und Steuerparadiese? Nur die Reichen und institutionelle Investoren, die ihre Gewinne vorm Finanzamt verheimlichen wollen – die Mafia, Terroristen, Waffenhändler und andere Kriminelle, die Geldwäsche betreiben. Es gibt kein rationales Argument, mit dem die ökonomische Existenz solcher Territorien gerechtfertigt werden könnte. Deshalb muss diese Art von Wirtschaft dicht gemacht werden.

Solange dies nicht möglich ist, weil einige große Länder ihren Status als OFCs aufrechterhalten, oder OFCs unterstützen, kann ein ganze Reihe von unilateralen Maßnahmen ergriffen werden - angefangen von der Aufhebung des Bankgeheimnisses für Institute, die Niederlassungen in OFCs unterhalten, über die Verpflichtung, Filialen in Steueroasen zu schließen, bis zu Strafsteuern auf Transaktionen mit OFCs.

Die Zinsbesteuerungsrichtlinie der EU muss auf alle Kapitaleinkünfte (gegenwärtig gilt sie nur für Zinseinnahmen) und auf alle juristische Personen (gegenwärtig nur natürliche Personen) ausgedehnt werden. Der automatische Informationsaustausch muss auch für Österreich, Belgien und Luxemburg eingeführt werden. Das Schließen dieser Schlupflöcher ist eine wichtige Voraussetzung, um stärkeren Druck auf Steuer-

paradiese, wie die Schweiz oder Liechtenstein ausüben zu können, ihr Bankgeheimnis aufzuheben und bei internationalem Informationsaustausch zu kooperieren.

g. Maßnahmen gegen die kurzfristige Shareholder-Value-Orientierung

Keynes schlug vor, Anleger mit ihren Kapitalanlagen „zu verheiraten“, um damit langfristige Investitionen zu fördern und die schädliche, kurzfristige Spekulation zu unterbinden. Der Einfluss von auf Kurzfristigkeit orientierten Anlegern könnte eingeschränkt werden, indem Stimmrechte an einen Mindestlaufzeit für Investitionen gekoppelt wird (z.B. 5-10 Jahre). Optionscheine für das Management müssen untersagt werden, weil Manager dann „Kurspflege“ zum vorrangigen Unternehmensziel machen.

Für Vorstandsgehälter müssen Obergrenzen eingeführt werden. Die Höhe der Gehälter sollte an Indizes geknüpft werden, die die allgemeine Wohlfahrt widerspiegeln. Darüber hinaus müssen Gewerkschaften, Verbraucher und andere Betroffene effektive Mitbestimmungsrechte in den Unternehmen erhalten.

h. Die Überschuldung von Haushalten regeln

Die Überschuldung von Privathaushalten muss begrenzt werden, indem eine Obergrenze für die Schuldendienstquote (Verhältnis von Schuldendienst zu Einkommen) festgelegt wird. Für Bevölkerungsschichten mit geringer Kaufkraft muss sozialer Wohnungsbau Teil der staatlichen Sozialpolitik werden. Das Dach über dem Kopf darf keineswegs zum Spielball der übelsten Elemente des Privatsektors werden. Wir unterstützen vehement den Vorschlag, überschuldeten Hausbesitzern zu ermöglichen, ihre überschuldete Immobilie auf Lebenszeit zu pachten. Allerdings sollte der Erwerb individuellen Hausbesitzes nicht das Hauptziel von Sozialpolitik werden. Wir fordern einen öffentlichen Wohnungsbau mit großer sozialer Vielfalt und hohen Umweltstandards.

(1)Anm. d. Übers.: Das traf zum Zeitpunkt, als dieser Text verfasst wurde, noch zu. Inzwischen sind Öl- und Nahrungsmittelpreise wieder stark gesunken.

(2) Belohnung von Risikofreudigkeit, weil die Erwartung besteht, vom Staat bei Bankrott doch herausgehauen zu werden

(3) Termingeschäft mit Vermögenswerten, z.B. Aktien, die zum Zeitpunkt des Abschlusses des Geschäfts sich noch nicht im Besitz des Verkäufers befinden. Mit diesem Verfahren kann man auf fallende Kurse spekulieren und hohe Gewinne machen. **Erschienen in SiG 70**

S. auch in SiG 69

Attac Statement von Juni 2008

Und Internationale Petition „Spekulation und Krisen – das reicht!“

Die Zeit ist reif für einen Systemwechsel!

Erklärung des Ratschlags von Attac Deutschland am 12. Oktober 2008

Seit mehr als einem Jahr tobt die Krise an den Finanzmärkten. Wann immer es heißt, das Schlimmste sei überstanden, folgt kurze Zeit später der nächste Bank-Kollaps, die nächste verzweifelte Rettungsaktion durch eine Zentralbank, der nächste Börsen-Absturz.

Diese Krise ist die schwerste Krise des Kapitalismus seit der Weltwirtschaftskrise in den 30er Jahren des letzten Jahrhunderts. Es handelt sich nicht um eine reine Finanzkrise – wir stehen mittlerweile vor einer schweren Weltwirtschaftskrise und mitten in einer tiefen sozialen und gesellschaftlichen Krise. Aktuell zeigt sich das krisenhafte kapitalistische System wieder einmal als unbeherrschbar.

Diese Krise ist keine Naturkatastrophe. Vordergründig ist sie die Folge des Platzens der Immobilienblase in den USA und des Zusammenbruchs der Kreditpyramide, die die Banken in den letzten Jahren aufgebaut haben. Doch ist sie eben auch das Ergebnis eines Systems, in dem der gesellschaftliche Reichtum in Form von Kapital auf der Jagd nach Rendite um die Welt zirkuliert. Sie ist Folge der globalen Ungleichgewichte, die sich in den letzten Jahren immer weiter verschärft haben. Sie ist begründet in einer Politik, die bewusst die Deregulierung und Liberalisierung der Finanzmärkte vorangetrieben hat. Und sie ist die Folge der Umverteilung von unten nach oben, die überhaupt erst diese Art der Konzentration von Vermögen ermöglicht hat.

Über eine Billion Dollar mussten von den Banken bereits abgeschrieben werden, die Investmentbanken sind vom Erdboden verschwunden, das restliche Bankensystem ist tief erschüttert. Weltweit fallen die Aktienkurse. Aber die wahren Betroffenen sind andere. Es sind unzählige AmerikanerInnen, die ihre Häuser oder Renten verloren haben. Es sind Millionen ArbeitnehmerInnen auf der ganzen Welt, die ihren Job verlieren werden. Es sind die Menschen in den Entwicklungsländern, die durch die drohende Weltwirtschaftskrise besonders hart getroffen werden. Und es ist die ganze Gesellschaft, die gigantische Summen in die Rettung von Banken stecken muss, während für das öffentlich Notwendige weiter das Geld fehlen wird.

Das endgültige Ausmaß der Krise ist noch immer nicht klar. Aber schon jetzt ist klar: **Die Zeit ist reif für einen Systemwechsel.** Wir dürfen die Politik nicht damit davon kommen lassen, die Akteure des Finanzmarktkapitalismus in einen Zustand zu versetzen, das Spiel von neuem zu beginnen. Technische Reparaturen reichen nicht. **Es ist Zeit für eine Wende.** Die Menschen sind nicht länger bereit, den Irrsinn eines

Systems zu ertragen, in dem steigender gesellschaftlicher Reichtum destruktive Krisen auslöst. Die Chance ist jetzt da, den Finanzmarktkapitalismus zu Grabe zu tragen! Dafür wird Attac mit allen Bündnispartnern für eine gesellschaftliche Bewegung mobilisieren.

Wir fordern:

Die Verursacher müssen zahlen!

Überall werfen derzeit die Regierungen das Geld der Steuerzahler den Banken in den Rachen, um den Kollaps des Bankensystems abzuwenden. Wir werden nicht akzeptieren, dass die Rettungsaktionen nun zu Lasten der sozial Benachteiligten oder der sozialen Infrastruktur gehen. Die Verursacher müssen zahlen. Wir fordern daher eine einmalige Sonderabgabe auf große Vermögen, um die Kosten der Krise zu finanzieren. Banken, denen der Staat mit öffentlichem Geld hilft, müssen durch eine Verstaatlichung auch unter öffentliche Kontrolle gestellt werden.

Die Banken entmachten!

Die Banken haben sich auf der Suche nach immer höheren Renditen von einer Dienstleistungsrolle für die Realwirtschaft gelöst und mit ihren Geschäften den Kollaps des ganzen Finanzsystems riskiert. Als Schlüsselbranche im Kapitalismus gehören sie unter öffentliche Kontrolle. Dabei geht es nicht darum, nur bankrotte Banken zu verstaatlichen, sondern gerade darum, finanzstarken Instituten demokratische Kontrollmechanismen aufzuzwingen. Daneben muss das öffentliche und genossenschaftliche Bankensystem gestärkt werden.

Finanzmärkte kontrollieren – ihre Macht brechen!

Die Politik der letzten Dekaden hat bewusst zugelassen, dass sich große Teile der Finanzmärkte fernab jeglicher Kontrolle entfalten konnten. Die Entstehung eines Schattenbankensystems wurde nicht verhindert, der Entstehung neuer, gefährlicher Finanzinstrumente tatenlos zugesehen. Attac fordert, das Schattenbankensystem aus Hedge-Fonds, Zweckgesellschaften und anderen unregulierten Finanzakteuren muss verboten werden. Ein Finanzmarkt-TÜV muss eingerichtet werden, der neue Finanzinstrumente standardisiert und prüft, bevor diese gehandelt werden dürfen. Mit der Besteuerung aller Arten von Finanztransaktionen (inklusive von Devisentransaktionen) wollen wir Spekulation reduzieren und die Kurzfristorientierung der Finanzmärkte schwächen. Neben diesen Maßnahmen müssen die Finanzmärkte durch eine radikale Umverteilung geschrumpft werden.

Steueroasen schließen!

Die Steueroasen spielen nicht nur bei der Steuerhinterziehung eine wichtige Rolle, sondern sind auch zentral für das Funktionieren des globalen Finanzmarkt-Casinos. Hier wurden unter Umgehung nationaler Regulierung Fonds aufgesetzt oder Zweckgesellschaften der Banken gegründet. Die Steueroasen müssen endlich geschlossen werden.

Das Öffentliche den Finanzmärkten entziehen!

Wer diese Krise ernst nimmt, kann nur die Konsequenz ziehen: Die öffentliche Daseinsvorsorge muss der Willkür und dem irrationalen Herdentrieb privater Investoren entzogen werden, und allein aus Gemeinwohlinteresse betrieben werden. Darum darf es keine weiteren Privatisierungen geben. Die Privatisierung der Bahn muss endgültig vom Tisch, der Gesundheitsfond und die Privatisierung der sozialen Sicherungssysteme zurückgenommen werden. Insbesondere die Riester-Rente, die mit zur Aufblähung der Finanzmärkte beigetragen hat, muss durch eine solidarische Bürgerversicherung ersetzt werden.

Die Krise sozial bewältigen!

Unzählige Menschen werden in der kommenden Zeit von Arbeitslosigkeit und sozialer Verunsicherung betroffen sein. Während die Politik den Banken hilft, bleibt sie tatenlos, was die Folgen der Krisen für die Menschen betrifft.

Wir fordern ein energisches Eingreifen, ein ökologisches Umbauprogramm und massive Investitionen in die soziale Infrastruktur, um die konjunkturellen Folgen sozial abzufedern.

Es ist deutlicher als je zuvor, dass wir grundsätzliche Alternativen zum derzeitigen Wirtschaftssystem brauchen. Diese Forderungen sind deshalb nur ein Anfang – ein Startschuss für einen offenen Prozess, in dem wir solche Alternativen im Dialog mit allen progressiven Kräften entwickeln wollen. In den nächsten Wochen und Monaten wollen wir die Öffentlichkeit für eine andere Politik mobilisieren.

Zum Auftakt ruft Attac zu einer **Protestkundgebung vor dem Bundesfinanzministerium am 30. Oktober um 17 Uhr** auf. Unter dem Motto **"Die Verursacher sollen selbst zahlen, holt das Geld von den Reichen"** werden wir Steinbrück auf die Pelle rücken.

<http://www.attac.de/aktuell/presse>

in SiG 69 erschienen

Die globale Wirtschaftskrise als historische Chance für einen echten Wandel

100 soziale Bewegungen und NGOs plädieren in einer ersten Stellungnahme

für ein Programm für radikalen wirtschaftlichen Umbau.

Peking, 15. Oktober 2008

Unterschrieben von attac Dänemark, Frankreich, Japan, Marokko, Norwegen, Quebec, Spanien, Ungarn

Präambel

Das *Transnational Institute* und *Focus on the Global South* nutzten das Asia-Europe People's Forum, zu dem viele Vertreter sozialer Bewegungen in Peking zusammengekommen waren, um vom 13. bis 15. Oktober mehrere informelle Nachtsitzungen abzuhalten. Dabei haben wir uns darüber ausgetauscht, was die Ausweitung der weltweiten Wirtschaftskrise bedeutet, und dass sie für uns Gelegenheit bietet, einige der ermutigenden und realisierbaren Alternativen in die Öffentlichkeit zu tragen, an denen viele von uns seit Jahrzehnten arbeiten. Diese Erklärung ist das gemeinsam erarbeitete Ergebnis dieser Pekinger Nächte. Wir ErstaunterzeichnerInnen verstehen sie als einen ersten Beitrag und als Versuch, Vorschläge zu formulieren, die unseren Bewegungen als Grundlage für eine radikal andere politische und wirtschaftliche Ordnung dienen können.

Die Krise

Das Weltfinanzsystem löst sich mit großer Geschwindigkeit auf. Dies geschieht inmitten einer Vielzahl anderer Krisen rund um Nahrungsmittel, Klima und Energie. Dadurch wird die Macht der USA und der EU und die Macht der von ihnen dominierten globalen Institutionen wie Internationaler Währungsfonds, Weltbank und Welthan-

delsorganisation, massiv geschwächt. Es wird nicht nur das neoliberale Paradigma in Frage gestellt, sondern die Zukunft des Kapitalismus insgesamt.

Das Chaos im Weltfinanzsystem ist so groß, dass die Regierungen im Norden Maßnahmen ergriffen haben, die progressive Kräfte seit Jahren fordern, wie zum Beispiel die Verstaatlichung von Banken. Allerdings ist dieses Vorgehen als kurzfristige Stabilisierungsmaßnahme gedacht, und sobald der Sturm vorüber ist, wird man die Banken wahrscheinlich wieder dem Privatsektor überlassen. Wir haben also nur ein kurzes Zeitfenster, um zu mobilisieren, damit das nicht geschieht.

Herausforderung und Chance

Diese Situation einer schweren Krise ist für uns Neuland – die Auswirkungen der Finanzkrise werden hart sein. Die Bevölkerungen werden einem tiefen Unsicherheitsgefühl ausgeliefert, Elend und Not ärmerer Menschen werden überall anwachsen. Wir dürfen jetzt das Feld nicht faschistischen, rechten, populistischen und fremdenfeindlichen Kräften überlassen, die mit Sicherheit versuchen werden, aus der Angst und der Wut der Menschen Kapital für ihre reaktionären Ziele zu schlagen.

In den letzten Jahrzehnten sind kraftvolle Bewegungen gegen den Neoliberalismus entstanden. Sie werden in dem Maße wachsen, wie eine kritische Berichterstattung über die Krisen immer mehr Menschen erreicht, die jetzt schon empört darüber sind, dass öffentliche Mittel für die Behebung von Problemen zweckentfremdet werden, für die sie nicht verantwortlich sind; und die jetzt schon besorgt sind angesichts der ökologischen Krise und steigender Preise, vor allem bei Nahrungsmitteln und Energie. Diese Bewegungen werden weiter an Kraft gewinnen, wenn die Rezession ihre Zähne zeigt und die Volkswirtschaften in die Depression abrutschen.

Doch jetzt ist eine neue Offenheit für Alternativen da. Diese müssen konkret und umsetzbar sein, wenn sie die Menschen für sich gewinnen sollen. Wir haben überzeugende Alternativlösungen, die schon auf den Weg gebracht sind, und wir haben noch viele andere gute Ideen, die wir in der Vergangenheit - noch ohne Erfolg - ausprobiert haben. Im Zentrum unserer Alternativen steht das Wohlergehen der Menschen und ihres Planeten. Das bedeutet, dass es eine demokratische Kontrolle über die Finanz- und Wirtschaftsinstitutionen geben muss. Das ist sozusagen der rote Faden, der sich durch diesen Katalog von Vorschlägen zieht.

Vorschläge zur Debatte, zur Weiterentwicklung und für konkretes Handeln

Finanzwesen

- Banken umfassend vergesellschaften, nicht nur faule Vermögenswerte verstaatlichen.
- Bankinstitutionen schaffen, die in der Bevölkerung verankert sind und bestehende basisnahe Ausleihsysteme stärken, die auf Gegenseitigkeit und Solidarität beruhen.
- systematische, volle Transparenz im Finanzsystem schaffen durch die Offenlegung der Bücher für die Öffentlichkeit, gewährleistet durch Bürgerbewegungen und Arbeitnehmerorganisationen.
- das bestehende Bankensystem unter die Aufsicht von Parlamenten und Bürgern stellen.
- bei der Vergabe von Krediten auch zu kommerziellen Zwecken systematisch soziale (inkl. Arbeitsbedingungen) und ökologische Kriterien anlegen.

- minimal verzinsliche Kredite für soziale und ökologische Zwecke und zur Stärkung der derzeit schon wachsenden sozialen Wirtschaft müssen Priorität haben.
- Umbau der Zentralbanken nach demokratisch festgelegten sozialen, ökologischen und expansionsorientierten (d.h. rezessionshemmenden) Kriterien zu Institutionen, die der Öffentlichkeit gegenüber rechenschaftspflichtig sind.
- Schutz für die Geldüberweisungen von Migranten an ihre Familien und gesetzlich festzulegende Einschränkung von Gebühren und Steuern auf solche Transferzahlungen.

Steuern

- Schließung aller Steuerparadiese.
- Abschaffung der Steuererleichterungen für fossile Brennstoffe und Kernenergie-Unternehmen.

- Anwendung deutlich progressiver Steuertarife.
- Einführung eines internationalen Steuersystems, um Transfer Pricing (gezielte Preisgestaltung eines Konzerns mit dem Ziel der Steuervermeidung) und Steuerhinterziehung einen Riegel vorzuschieben.
- Einführung einer Abgabe auf die Gewinne verstaatlichter Banken zum Aufbau von Bürgerfonds' (s. unten).
- Einführung ausgeprägt progressiver CO₂-Besteuerung für alle diejenigen mit den größten CO₂-Fußabdrücken
- Kontrolle der spekulativen Finanzgeschäfte, z.B. über eine Tobin Tax.
- Wiedereinführung von Zöllen und Abgaben auf Luxusgüter und auf Waren, die im Inland schon produziert werden: so wird das Finanzaufkommen des Staates gestärkt und gleichzeitig die einheimische Produktion gefördert, was eine Senkung des weltweiten CO₂-Ausstoßes bewirkt.

Öffentliche Ausgaben und Investitionen

- Militärausgaben radikal kürzen.
- Öffentliche Ausgaben umschichten: weg von der Schuldenbefreiung von Bankern, hin zur Sicherung von Grundeinkommen und Daseinsvorsorge und zur Bereitstellung sozialer Grundleistungen für Alle, wie: Wohnung, Wasser, Strom, Gesundheit, Bildung, Kinderbetreuung sowie Zugang zum Internet und zu anderen Strukturen der öffentlichen Kommunikation.
- Bürgerfonds (s. oben) zur Unterstützung besonders armer Gruppen einsetzen.
- Menschen, die wegen der versäumten Zahlung von Hypothekenraten ihr Haus zu verlieren drohen, müssen die Möglichkeit erhalten, ihre Zahlungsbedingungen neu auszuhandeln.
- Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen stoppen.
- Zur Stärkung der Beschäftigung öffentliche Unternehmen schaffen, die unter der Aufsicht von Parlamenten, lokalen Gemeinschaften bzw. Beschäftigten stehen.
- Leistungsfähigkeit öffentlicher Unternehmen durch die Demokratisierung der Betriebsführung verbessern – Manager des öffentlichen Dienstes, Mitarbeiter, Gewerkschaften und Verbraucherorganisationen dabei unterstützen, in diesem Sinne zusammenzuarbeiten.
- Einführung partizipativer Haushaltsgestaltung im Bereich der öffentlichen Finanzen auf allen machbaren Ebenen.
- Massive Investitionen in verbesserte Energieeffizienz, umweltfreundliche öffentliche Verkehrsmittel, erneuerbare Energien und in die Behebung ökologischer Schäden.
- Preiskontrolle oder -subventionierung für lebenswichtige Konsumgüter.

Internationaler Handel und Finanzen

- Einführung eines weltweiten Verbots von Leerverkäufen auf Aktien und andere Anteile.
- Verbot des Handels mit Derivaten
- Spekulationsverbot auf Grundnahrungsmittel
- Streichung der Schulden aller Entwicklungsländer. Diese Schulden steigen, weil durch die Krise die Währungen der Länder des Südens fallen.
- Die Forderung der Vereinten Nationen unterstützen, in die Gespräche über die Lösung der Krise eingebunden zu werden, die die Volkswirtschaften des Südens sehr viel härter treffen wird als bisher zugegeben wird.
- Weltbank, Internationalen Währungsfonds und Welthandelsorganisation schrittweise abschaffen.
- US-Dollar als internationale Reservewährung auslaufen lassen.
- Eine basisnahe Untersuchungskommission einberufen, welche die notwendigen Mechanismen für ein gerechtes internationales Währungssystem formuliert.
- Dafür sorgen, dass Hilfsleistungen nicht infolge der Krise reduziert werden.

- Abschaffung der Auflagen für die Entwicklungshilfe.
- Abschaffung neoliberaler Auflagen bei Hilfsmaßnahmen
- Überwinden des Paradigmas der exportorientierten Entwicklung; stattdessen Neu- bzw. Wiederausrichtung nachhaltiger Entwicklung auf die Produktion für den lokalen und regionalen Markt.
- Anreize für Produkte setzen, die zum ortsnahen Verkauf auf dem einheimischen Markt bestimmt sind.
- Einstellung aller Verhandlungen für bilaterale Freihandelsabkommen und wirtschaftliche Partnerschaften.
- Förderung von Zusammenschlüssen für regionale Wirtschaftszusammenarbeit wie UNASUR, die Bolivarianische Alternative für Amerika (ALBA), das Handelsabkommen der Völker (Tratado de Comercio de los Pueblos TCP), die echte Entwicklung und die Beseitigung der Armut voranbringen.

Umwelt

- Einführung eines internationalen Entgelt-systems für Länder, die im Interesse des globalen Klimaschutzes auf die Ausbeutung fossiler Brennstoffe verzichten, im Sinne des ecuadorianischen Vorschlags.
- Entschädigungszahlungen an die Länder des Südens für die vom Norden verursachten ökologischen Schäden, um die Völker des Südens dabei zu unterstützen, den Klimawandel und andere ökologische Katastrophen zu bewältigen.
- Strenge Anwendung des Vorsorgeprinzips im Sinne der UN-Erklärung über das Recht auf Entwicklung; es muss Bedingung für alle Entwicklungs- und Umweltprojekte werden.
- keine weiteren Kredite für Projekte des so genannten „Mechanismus für saubere Entwicklung“ im Rahmen des Kyoto-Protokolls, die umweltschädlich sind, wie zum Beispiel der Anbau von Eukalyptus, Soja und Palmöl in Monokultur.
- Entwicklungsstopp für Emissionshandel und andere ökologisch kontraproduktive technische Pseudolösungen („TechnoFix“-Konzepte) wie CO₂-Abtrennung und -Endlagerung, Agrartreibstoffe, Kernkraft und „saubere Kohle“.
- Entwicklung von Strategien zur radikalen Drosselung des Konsums in den reichen Ländern, bei gleichzeitiger Förderung nachhaltiger Entwicklung in ärmeren Ländern.
- Einführung demokratischen Managements für alle internationalen Finanzierungsinstrumente zur Bekämpfung des Klimawandels, unter starker Beteiligung der Länder des Südens und der Zivilgesellschaft.

Landwirtschaft und Industrie

- Abwendung vom schädlichen Paradigma der industriezentrierten Entwicklung, das dazu führt, dass der ländliche Raum ausgepreßt wird, um die notwendigen Ressourcen für Industrialisierung und Verstärkung zur Verfügung zu stellen.

- Förderung landwirtschaftlicher Strategien, die auf Nahrungsmittelsicherheit, Ernährungssouveränität und nachhaltigen Landbau setzen.
- Unterstützung von Bodenreformen und anderen Maßnahmen, die die kleinbäuerliche Landwirtschaft fördern und ländliche und indigene Gemeinschaften unterstützen.
- Ausbreitung sozial und ökologisch zerstörerischer Monokultur-Unternehmen stoppen.
- Reformen des Arbeitsrechts stoppen, die auf die Verlängerung der Arbeitszeiten, die Lockerung von Kündigungsvorschriften oder die Einschränkung von Arbeitnehmerrechten abzielen.
- Schaffung sicherer Arbeitsplätze durch das Verbot prekärer Billigarbeit.
- Frauen gleichen Lohn für gleiche Arbeit garantieren – als grundlegendes Prinzip und auch um die kommende Rezession aufzufangen, indem die Kaufkraft der Arbeitnehmer gestärkt wird.
- Die Rechte von Arbeitsemigranten, die ihren Arbeitsplatz verlieren, schützen und für ihre sichere Rückkehr und Wiedereingliederung in die Heimatländer sorgen. Die Menschen, die nicht zurückkehren können, dürfen nicht dazu gezwungen werden; ihre Sicherheit soll gewährleistet sein, und sie sollten Beschäftigung oder ein minimales Grundeinkommen erhalten.

Schlußbemerkung

All dies sind praktische, konkrete, vernünftige Vorschläge. Einige entsprechen Initiativen, die schon im Gang sind und sich bewährt haben. Ihre Erfolge müssen öffentlich und einem breiten Publikum bekannt gemacht werden, damit sie Nachahmung finden. Andere Vorschläge werden sich kaum einfach aufgrund ihrer objektiven Vorzüge verwirklichen lassen. Politischer Wille ist gefragt. Implizit ist damit jeder Vorschlag ein Aufruf zum Handeln.

Dieses Dokument ist als lebendige Arbeitsgrundlage zu verstehen, die von uns allen weiter entwickelt und ausgearbeitet werden kann und soll.

Bitte unterschreiben Sie die Erklärung.

Eine nächste Gelegenheit, gemeinsam an den Maßnahmen zu arbeiten, die notwendig sind, um diese und andere Ideen Wirklichkeit werden zu lassen, wird das Weltsozialforum in Belém in Brasilien Ende Januar 2009 bieten.

Wir haben die Erfahrung und die Ideen – wir sollten die derzeit herrschende Unordnung als Herausforderung und Anstoß sehen und den Schwung nutzen, um eine echte Alternative auf den Weg zu bringen!

Von 100 Organisationen unterschrieben:
Liste auf der nächsten Seite

Unterschriften (Stand am 27.11.08):

Organisations:

- Transnational Institute, Netherlands
Focus on the Global South
Red Pepper magazine, United Kingdom
Institute for Global Research and Social Movements, Russia
Ecologistas en Acción, Spain
JS - Asia/Pacific Movement on Debt and Development (JS APMDD), Asia
RESPECT Network Europe, Europe
Commission for Filipino Migrant Workers (CFMW), Netherlands
The Movement for a Just World, Malaysia
Nord-Sud XXI, Switzerland
Europe Solidaire Sans Frontières (ESSF), France
Indian Social Action Forum (INSAF), India
Movimiento Madre Tierra, Honduras
Asian Bridge, South Korea/ Philippines
Center for Encounter and Active Non-Violence, Austria
The Alliance of Progressive Labor (APL)
Pakistan Institute of Labour Education and Research (PILER), Pakistan
Pambansang Katipunan ng Makabayang Magbubukid-PKMM (National Federation of Patriotic Peasant), Philippines
Proresibong Alyansa ng mga Mangin gisda-PANGISDA (Progressive Alliance of Fisher), Philippines
WomanHealth, Philippines
Kilusan para sa Pambansang Demokrasya (KPD), Philippines
Fisherfolk Movement Philippines
Democratic Socialist Perspective, Australia
Resistance & Alternative, Mauritius
Observatori del Deute en la Globalització, Spain
African Journalists on Trade and Development
Centre for Education and Communication (CEC), India
EQUATIONS, India
ESK-Basque Land, Basque Country
Common Frontiers, Canada
Alab-Katipunan, Philippines
Finnish Asiatic Society, Finland
Alab-Katipunan, Philippines
Finnish Asiatic Society, Finland
Red Constantino, Philippines
- Intercultural Resources, India
Women's March Against Poverty and Globalization (WELGA)
FDC Women's Committee
Bharatiya Krishak Samaj (Indian farmers organization)
Peace for All International Development Organization, Canada/Uganda
Foundation for Media Alternatives, Philippines
The Philippine Rural Reconstruction Movement, Philippines
The Freedom from Debt Coalition-Iloilo, Philippines
Jubilee Eastern Cape, South Africa
SdL intercategoriale, Italy
Foro Ciudadano de Participación por la Justicia y los Derechos Humanos, Argentina
APRODEH (Asociación Pro Derechos Humanos), Peru
Attac Spain
HealthWrights, Workgroup for People's Health and Rights, US
Ander Europa, Netherlands
Enlightening Indonesia, Indonesia
SolidaritéS, Switzerland
ATTAC Hungary
AITEC (Association Internationale de Techniciens, Experts et Chercheurs), France
Red Venezolana Contra la Deuda/CADTM Venezuela
Movimiento Unido Socialista Haitiano por el ALBA (MOUSHA), Venezuela
IPIAT (Instituto para la Investigación de la Agricultura Tropical), Venezuela
ECOPEACE Party South Africa
Jubilee Kansai Network, Japan
Ecuador Decide, Ecuador
ATTAC Japan
Transnationals Information Exchange (TIE) – Netherlands
Popular Education for Peoples' Empowerment, Philippines
International Gender and Trade Network, Brazil
Committee for the Abolition of Third World Debt (CADTM), Belgium
ATTAC Morocco
ATTAC-Denmark
Friends of the Earth Finland
European Left Party Network, UK
- Center for the Study of Democratic Societies, USA
European Social Forum Activists News Agency.
Cymru Europa Press (Social Forum Cymru/Wales), UK
Initiative Colibri/Germany
Sudptt (SOLIDAIRES) Attac 44 France
International Debt Observatory, Belgium
Ligue communiste révolutionnaire (LCR), France
Attac France
Anti Debt Coalition (KAU), Indonesia
Africa Europe Faith and Justice Network
The Corner House, UK
Climate and Capitalism (Canada)
BanglaPraxis, Bangladesh
Centro Studi Monetari, Italy
The Network Institute for Global Democratization (NIGD), Finland
Project SafeCom
Justice and Peace Commission, Mexico
Theater of the Oppressed Laboratory (TOPLAB), US
Grasroots Policy Project, US
Habitat Net, Germany
Metta Center for Nonviolent Education, US
Legal Rights and Natural Resources Center (LRC/Friends of the Earth), Philippines
PODER, A.C
ATTAC-Québec
Foundation for Gaia, UK
Alianza Social Continental, Americas
Red Colombiana de Acción Frente al Libre Comercio-RECALCA, Colombia
World Development Movement, UK
Confederación Latinoamericana de Cooperativas y Mutuales de Trabajadores - COLACOT
Fundacion Solon, Bolivia
War on Want, UK

<http://focusweb.org/focus-on-trade-number-144-october-2008.html?Itemid=1#theglobal> (frühere Internetadresse funktioniert nicht mehr...)

Übersetzung: www.coorditrad.attac.org

Erschienen in SiG 70

Erschienen in SiG 69

ATTAC Argentinien, ATTAC Marokko, ATTAC Togo, ATTAC Tunesien

Solidarität mit den Palästinensern

gegen die Grausamkeiten der israelischen Armee

Dieser von Israel geführte Krieg dient weder der Verteidigung noch zum Schutz der Bevölkerung. Israel verübt ein Massaker in Gaza:

- Bombardierung der am dichtesten bevölkerten Zone der Welt (wo die Hälfte der Bewohner Kinder sind) mit illegalen Waffen wie weißem Phosphor, abgereichertem Uran, Streubomben oder Bomben, die das neue "Dense Inert Metal Explosive" (DIME) verwenden;
- Auslöschung ganzer Familien, beim lebendigen Leib verbrannt und im Schutt ihrer Häuser vergraben. Die Häuser wurden durch illegale Bomben zerstört, die F-16 Kampfflugzeuge und US-amerikanische Apache Helikopter abgeworfen haben;
- Bombardieren von Schulen, Krankenhäusern, Moscheen, Gefängnissen, zivilen Infrastrukturen (Straßen, Brücken, Universitäten, Wohngebiete);
- Auferlegen von Nahrungs- und Energie-Embargos mitten im Winter gegen eineinhalb Millionen Menschen, die wie Ratten in einer gigantischen Falle gefangen sind;
- Schießen auf UN und Rotkreuz Konvois und Ambulanzen, und sogar Töten von Ärzten und medizinischem Personal.

Es handelt sich hier um ein Schlachten, ein Massaker, mit Hamas als offizieller Zielscheibe... aber wie kann irgendjemand noch sagen wer hier wer ist? Unter diesen Bedingungen ist jeder Palästinenser ein potentiellles Angriffsziel.

Vor fünf Jahren bezeichnete die israelische Regierung den ganzen Gazastreifen, auch Frauen und Kinder, als "feindliche Einheit", deren Auslöschung legitim wäre. Das gegenwärtige Blutbad zeigt, dass sie nicht in Metaphern gesprochen haben – es war eine geplante Aktion.

Von einem Krieg zu sprechen würde heißen, dass die Palästinenser in Gaza wenigstens eine minimale Kapazität zum Gegenangriff hätten. Aber alles, was sie zur Verfügung haben, sind primitive Waffen mit begrenzter Wirkung. Es ist also lächerlich, die Bombardierung von Gaza mit den Raketen, die von ein paar militanten Gruppen gefeuert wurden, zu vergleichen. In Israel gab es fünf Opfer, die von Raketen getötet wurden, während beim Luftangriff in Gaza am Samstag, dem 27. Dezember allein über 200 Menschen zum Opfer fielen. Es gibt keine

militärische Symmetrie zwischen Palästina und Israel, und was noch wichtiger ist, es gibt auch keine moralische Symmetrie.

Das heutige Gaza ist zugleich das Guernica des spanischen Bürgerkrieges und das Warschauer Ghetto. Während Journalisten der Zugang verweigert und deren Berichterstattung verhindert wird, steigert Israel die Anzahl massiver Verletzungen von menschlichen, zivilen, sozialen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Rechten. Bitte warten Sie draußen, wir sind gerade am Morden.

Israel missachtet die Genfer Konvention und begeht in der Tat Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, mit der aktiven Unterstützung oder dem wissenden Schweigen der Regierungen der Großmächte:

- Die Europäische Union hat auf Initiative von Nicolas Sarkozy und Bernard Kouchner kürzlich sein Abkommen zur Kooperation mit Israel bestärkt, trotz der Tatsache, dass das Europaparlament gebeten hatte, es zu suspendieren.
- Washington gibt weiterhin aktive und kriminelle Unterstützung (gleichermaßen ausgedrückt von George Bush als auch Barack Obama).

Hiermit prangern wir die Ungebührlichkeit und moralische Heuchelei an, das Abfeuern von primitiven Raketen von Hamas oder anderen Organisationen auf gleicher Ebene zu setzen mit der Flut von Bomben, die in diesem Moment auf Palästina hinab stürzen.

Wie oft muss es noch gesagt werden: Diese Raketen wurden nicht, wie manche europäische Diplomaten uns glaubhaft machen wollen, als "unerklärliche Provokation" abgefeuert, sondern als eine Reaktion, zugegebenermaßen eine eher mickrige, auf das grausame, von Israel auferlegte schon achtzehn Monate dauernde Blockade gegen die eineinhalb Millionen große Bevölkerung des Gazastreifen, darunter auch Frauen, Kinder und Greise, mit der kriminellen Kollaboration nicht nur der Vereinigten Staaten, sondern auch Europas. Wie schon der Angriff im Jahr 2006 gegen Libanon ist diese israelische Aggression ein Teil des fortwährenden, globalen Präventivkrieges, der von den neokonservativen Strategen, die in Tel Aviv an der Macht sind, geführt wird.

Wir unterstützen den palästinensischen

Widerstand angesichts der systematischen Aggression, dem sie durch die israelische Regierung und Armee ausgesetzt sind. Wir unterstützen das Recht des palästinensischen Volkes auf einen Staat, der es ihm erlaubt, in Frieden auf ihrem Gebiet zu leben.

Ein Krieg, um die natürlichen Ressourcen Palästinas zu erobern

Zusätzlich zum Horror des Verbrechens ist die Niederträchtigkeit der unmittelbaren Beweggründe: In weniger als zwei Monaten werden in Israel Wahlen stattfinden und die palästinensischen Todesopfer sind gleich viele Argumente in der Wahl. Die Opfer der israelischen Angriffe auf Gaza zählen im Medien-Wettstreit zwischen Ehud Barak, Tzipi Livni und Ehud Olmert, wo derjenige gewinnt, der sich zur größten Brutalität fähig zeigt. Der Kriegsverbrecher welcher die Labour Partei führt, oder eher was davon übrig ist, rühmt sich mit vier Extrapunkten in Meinungsumfragen. Über die Wahlbeweggründe hinaus gibt es auch wirtschaftliche Motive.

Entlang der ganzen Länge der Küste von Gaza, nicht weit vom der Küste entfernt, innerhalb der Grenzen von international anerkannten staatlichen Hoheitsgewässern, gibt es ein immenses Naturgas-Vorkommen. Während Jahren war es der Gegenstand von Verhandlungen zwischen British Gas, Israel und der palästinensischen Verwaltung, trotz der Tatsache dass sie dem palästinensischen Volk gehören. Die potentiellen Gewinne dessen Ausbeutung wurden auf über vier Milliarden Dollars geschätzt. Es könnte auch über zehn Prozent von Israels Energiebedürfnissen liefern, zu sehr niedrigen Kosten, da nicht nur die Lager nicht weit entfernt sind, sondern auch der Preis unter dem Marktwert verhandelt würde.

Natürlich sind diese Verhandlungen momentan zum Stillstand gekommen. In den Gewässern über diesen Naturgaslagern, die dazu beitragen könnten, das soziale und wirtschaftliche Wohlbefinden der Palästinenser ein bisschen wiederherzustellen, sieht man keine Anzeichen für Plattformen, um die Naturgasvorkommnisse zu untersuchen oder zu gewinnen, oder für das Bauen von Pipelines. Zu sehen ist nur die israelische Flotte, die unaufhörlich

die palästinensische Zivilbevölkerung bombardiert.

Frieden und Gerechtigkeit zuerst

Wir prangern schon seit Langem die Verbrechen an, die vom Staat Israel gegen Palästina und Libanon begangen wurden. Mehr denn je nehmen wir Teil am weltweiten Aufruf, der ein sofortiges Ende der kriminellen Aggression von Tsahal gegen das palästinensische Volk verlangt, sowie den Rückzug der Truppen, die jegliche menschliche Moral verloren haben, die sofortige Aufhebung der Blockade gegen eineinhalb Millionen Menschen, und Bewegungsfreiheit an der ägyptischen Grenze.

Sobald diese ersten fundamentalen Schritte gemacht worden sind, wollen wir ein totales und absolutes Embargo auf Waffenverkäufen an den israelischen Staat verlangen, und einen internationalen kulturellen und wirtschaftlichen Boykott wie den, welcher die Vereinten Nationen in den sechziger Jahren gegen den rassistischen Staat von Südafrika beschlossen haben.

Dem Beispiel von Venezuela folgend, wollen wir alle Nationen, die sich selbst zivilisiert nennen, auffordern, alle israelischen Diplomaten auszuweisen, die sich auf ihrem Gebiet befinden. Wir fordern auch die Europäische Union auf, alle wirtschaftlichen Abkommen mit Israel sofort aufzuheben.

Wir fordern die sofortige Bildung einer internationalen Kommission zur Untersuchung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit sowie Kriegsverbrechen, die auf palästinensischem Gebiet begangen wurden, verlangen. Wir verlangen, dass diese vom Aufmarsch einer Truppe begleitet wird, welche über die Mittel verfügt, militärische und politische Führer und auch andere, die für diese Taten verantwortlich sein könnten und angeklagt werden, festzunehmen und in Untersuchungshaft zu bringen, mit dem Ziel, dass der Internationale Gerichtshof oder der internationale Strafgerichtshof (ICC) oder ein ad hoc internationales Tribunal

(da Israel die Kompetenz des internationalen Strafgerichtshofes nicht anerkennt) einen Urteil fällt.

Für einen dauerhaften Frieden wollen wir alles dafür tun, dass Israel gezwungen wird, alle seine Siedlungen in der West Bank sowie die „Mauer der Schande“ abzubauen, alle den Palästinensern gestohlenen Gebiete zurückzugeben und sie für die Hunderttausende gefällten Oliven und Obstbäume, die Tausende von zerstörten Farmen und Brunnen, und für die Zerstörung der Natur zu entschädigen.

Das palästinensische Volk schuldet nichts

Wir müssen unsere Erfahrung und Fähigkeit zum Analysieren gebrauchen, die wirtschaftlichen Verbrechen, die am palästinensischen Volk während Jahrzehnten begangen wurden, zu untersuchen und anzuklagen. Wir müssen dazu beitragen, dass die Schulden, für welche es illegal wäre, Rückzahlungen zu fordern, die aber gewisse Kreditgeber trotzdem zurückfordern möchten, korrekt und zutreffend als illegitime Schulden oder Kriegsschulden, Umweltschulden, historische Schulden oder Kolonialschulden, definiert werden.

Wir wollen sicherstellen, dass Palästina nicht einen Cent zahlen muss in Form von Schuldentrückzahlung wenn es nicht absolut gerechtfertigt ist.

Das palästinensische Volk ist ein reiner Gläubiger

Wir wollen auch sicherstellen dass der Staat Israel als der Schuldner der Geldsummen behandelt wird, die nötig sind um den immensen Kriegsschaden, der dem palästinensischen Volk auferlegt wurde wieder gut zu machen, sowie den Wiederaufbau von Palästina zu bezahlen, durch einen Fonds der vom israelischen Finanzministerium bereitgestellt wird, genau so wie Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg über Jahrzehnte Wiedergutmachung an Israel zahlte.

Wir wollen laut und deutlich verlangen dass die Vereinigten Staaten sich daran

beteiligen, diesen Fonds zu finanzieren, in Anbetracht ihrer militärischen und kriminellen Verbundenheit zu Israel. Mehr als neunzig Prozent der Ausrüstung der israelischen Armee wurde entweder in den USA hergestellt oder verwendet deren Technologie. Als Teil des Wiedergutmachungspakets sollte es einen Anteil geben, der die Rückkehr von Flüchtlingen und deren Kompensation deckt. Der Fonds sollte gänzlich durch und für das palästinensische Volk verwaltet werden.

Aber die dringendste Angelegenheit heute ist es, das Blutbad zu stoppen.

Wir fordern alle Gewerkschaften, politischen Parteien, lokale und territoriale Verwaltungen, Firmen und Bürger der Welt auf, die kriminellen Aktivitäten der viert mächtigsten Armee der Welt gegen ein ganzes Volk anzuklagen, und sich zu verpflichten, das palästinensische Volk zu unterstützen.

Ohne Gerechtigkeit wird es keinen Frieden geben. Wir sind alle Palästinenser.

Vorläufige Liste von Unterzeichnenden:
CADTM Belgien, CADTM Frankreich, Réseau National Dette et Développement (Niger); VAK Indien; CADTM Pakistan, Cercle d'auto Promotion pour le Développement Durable (CADD/Bénin), ATTAC Togo, CADTM Schweiz, FNDP (Elfenbeinküste), RAOD (Réseau Ouest Africain pour le Développement); ATTAC/CADTM Marokko, CERIDA, Plateforme haïtienne de Plaidoyer pour un Développement Alternatif (PAPDA) Haiti; Solidaires-Pointe-Noire (Congo Brazzaville), CADTM Lubumbashi (AMSEL-RDC), RAID ATTAC Tunesien, CADTM Tunesien; Coalition des Alternatives Africaines Dette et Développement (CAD-Mali), APASH Brazzaville (Congo Brazzaville), Red venezolana Contre la deuda (Venezuela), ATTAC Argentinien.

<http://www.cadtm.org/spip.php?article4063>
Übersetzung Gabriela Greif, coorditrad /SiG

Erschienen in SiG 71

Wir zahlen nicht für die Krise

– die Reichen müssen zahlen

Erklärung der sozialen Bewegungen aus aller Welt
anlässlich des 9. Weltsozialforums in Belém, Brasilien



Um der Krise entgegenzutreten, sind antikapitalistische, antirassistische, antiimperialistische, feministische, ökologische und sozialistische Alternativen notwendig. Wir, die sozialen Bewegungen aus aller Welt, sind anlässlich des 9. Weltsozialforums in Belém im Bundesstaat Amazonien, in dem die Völker sich dem Versuch der Usurpation der Natur, ihrer Lebensräume und ihrer Kulturen widersetzen, zusammen gekommen. Wir befinden uns in Lateinamerika, wo sich die sozialen und indigenen Bewegungen im Laufe des vergangenen Jahrzehnts zusammengeschlossen haben und das kapitalistische System mit ihrer Weltanschauung radikal in Frage stellen.

In den letzten Jahren haben äußerst radikale soziale Auseinandersetzungen in Lateinamerika zum Sturz neoliberaler Regierungen und zur Bildung von Regierungen geführt, die viele positive Reformen durchgeführt haben, beispielsweise die Verstaatlichung der wichtigsten Wirtschaftssektoren und demokratische Verfassungsreformen. In diesem Zusammenhang haben die sozialen Bewegungen in Lateinamerika in angemessener Weise reagiert und beschlossen, die von diesen Regierungen verabschiedeten positiven Maßnahmen zu unterstützen und gleichzeitig eine kritische Distanz zu wahren. Diese Erfahrungen werden dazu beitragen, den entschlossenen Widerstand der Völker gegen die Politik der Regierungen, Unternehmen und Banken, die die Last der Krise den Unterdrückten aufbürden, zu stärken.

Wir, die sozialen Bewegungen der Welt, stehen zurzeit vor einer Herausforderung vom historischen Ausmaß.

Die internationale Krise des Kapitalismus schadet der Menschheit auf verschiedene Weise: Sie wirkt sich auf die Bereiche Ernährung, Finanzen, Wirtschaft, Klima, Energie, Migration und die Zivilisation an sich aus, da auch die internationale Ordnung und die politischen Strukturen eine Krise durchlaufen.

Wir sehen uns einer globalen Krise gegenüber, die unmittelbare Folge des kapitalistischen Systems ist und deshalb nicht aus dem System selbst heraus gelöst werden kann. Alle bisher zur Bewältigung der Krise getroffenen Maßnahmen zielen lediglich auf die Vergesell-

schaftung der Verluste ab, um das Überleben eines Systems zu sichern, das auf der Privatisierung strategischer Wirtschaftssektoren, öffentlicher Dienstleistungen, natürlicher Ressourcen und Energieressourcen beruht. Es handelt sich um ein System, das alles Leben in eine Ware verwandelt (Kommodifizierung) und das darauf auf der Ausbeutung der Arbeitskraft und der Natur beruht und dafür sorgt, dass die Ressourcen von der Peripherie ins Zentrum und von den Arbeitern zur kapitalistischen Klasse übertragen werden.

Das gegenwärtige System beruht auf Ausbeutung, auf erbittertem Wettbewerb, auf der Förderung privater Einzelinteressen zum Schaden des Gemeinwohls und auf der fieberhaften Anhäufung von Reichtümern durch eine Handvoll reicher Menschen. Es führt zu blutigen Kriegen, heizt Ausländerfeindlichkeit, Rassismus und religiösen Fundamentalismus an und verschärft die Ausbeutung von Frauen und die Kriminalisierung von sozialen Bewegungen.

Im Zusammenhang mit der derzeitigen Krise werden die Rechte der Völker systematisch negiert. Die wilde Aggression der israelischen Regierung gegen das palästinensische Volk ist ein Verstoß gegen das Völkerrecht und läuft auf ein Kriegsverbrechen und ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit hinaus und es symbolisiert die Vorenthaltung von Rechten gegenüber einem Volk, was auch in anderen Teilen der Welt zu beobachten ist. Die schändliche Straflosigkeit muss gestoppt werden.

Die sozialen Bewegungen bekräftigen ihre aktive Unterstützung für den Kampf des palästinensischen Volkes sowie für alle Maßnahmen, die sich gegen die Unterdrückung von Völkern weltweit richten.

Um die Krise zu überwinden, müssen wir das Problem an der Wurzel anpacken und schnellstmöglich Fortschritte im Hinblick auf den Aufbau einer radikalen Alternative erzielen, die das kapitalistische System und die patriarchalische Herrschaft beseitigen kann. Wir müssen auf eine Gesellschaft hinarbeiten, die auf der Befriedigung sozialer Bedürfnisse beruht, ebenso wie auf dem Respekt der Natur sowie auf der demokratischen Teilhabe im Zusammenhang mit voller politischer Freiheit. Wir müssen dafür sorgen, dass alle internationalen Verträge über unsere unteilbaren bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen individuellen und kollektiven Rechte umgesetzt werden.

In dieser Hinsicht müssen wir einen Beitrag zu einer möglichst großen Massenmobilisierung leisten, um mehrere dringende Maßnahmen durchzusetzen, beispielsweise

- entschädigungslose Verstaatlichung des Bankensektors unter voller gesellschaftlicher Kontrolle;
- Reduzierung der Arbeitszeit ohne Lohneinbußen;
- Einleitung von Maßnahmen zur Sicherung der Nahrungsmittel- und Energiesouveränität;
- Beendigung der Kriege, Rückzug der Besatzungstruppen und Abbau der ausländischen Militärstützpunkte;
- Anerkennung der Souveränität und Autonomie der Völker, unter Gewährleistung ihres Selbstbestimmungsrechts
- Garantie des Rechts auf Land, Lebensräume, Arbeit, Bildung und Gesundheit für alle;
- Demokratisierung des Zugangs zu Kommunikationsmitteln und Wissen.

Der von den feministischen, ökologischen und sozialistischen Bewegungen im 21. Jahrhundert getragene soziale Emanzipationsprozess zielt auf die Befreiung der Gesellschaft von der kapitalistischen Herrschaft über die bedeutenden Produktions- und Kommunikationsmittel wie auch Dienstleistungen ab. Das wird erreicht durch die Unterstützung bestimmte Eigentumsformen, die dem gesellschaftlichen Interesse dienen: kleiner Familienbesitz, öffentliches, kooperatives, kommunales und kollektives Eigentum.

Eine solche Alternative wird zwangsläufig feministisch sein, da es nicht möglich ist, eine Gesellschaft aufzubauen, die auf sozialer Gerechtigkeit und Gleichberechtigung beruht, wenn die Hälfte der Menschheit unterdrückt und ausgebeutet wird.

Schließlich verpflichten wir uns, den Aufbau einer Gesellschaft zu bereichern mit dem Konzept eines Lebens in Harmonie mit sich selbst, mit anderen und mit der Umwelt ("el buen vivir"), indem wir die aktive Teilnahme und die Beiträge der indigenen Völker anerkennen.

Wir, die sozialen Bewegungen, haben die einmalige Chance in der Geschichte, emanzipatorische Initiativen auf globaler Ebene zu entwickeln. Nur der soziale Kampf der Massen kann die Völker aus der Krise befreien. Dafür ist es notwendig, bei der Bewusstseinsbildung und Mobilisierung auf Basisarbeit zu setzen. Die Herausforderung für die sozialen Bewegungen besteht darin, die globalen Mobilisierungen auf internationaler Ebene aufeinander abzustimmen und unsere Handlungsfähigkeit zu stärken, indem wir die Bündelung aller Bewegungen unterstützen, die bestrebt sind, jeglichen Formen der Unterdrückung und Ausbeutung zu widerstehen.

Folglich verpflichten wir uns

- zur Durchführung einer **globalen Aktionswoche** gegen Kapitalismus und Krieg vom **28. März bis 4. April 2009** mit folgenden Schwerpunkten:

- Anti-G20-Mobilisierung am 28. März,
- Mobilisierung gegen Krieg und Krise am 30. März
- Tag der Solidarität mit dem palästinensischen Volk am 30. März, zur Unterstützung des Boykotts und des Rückzugs von Investitionen sowie von Sanktionen gegen Israel
- Mobilisierung anlässlich des 60. Jahrestags der Gründung der NATO am 4. April, usw.

- zur Verstärkung der **alljährlichen Mobilisierungen**

- Internationaler Frauentag (8. März),
- Internationaler Tag der Nahrungsmittelsouveränität (17. April),
- Internationaler Tag der Arbeit (1. Mai),
- Globale Mobilisierung des Kampfes für Mutter Erde gegen die Kolonialisierung und Vermarktung des Lebens (12. Oktober), usw.

- zur Planung einer Agenda des **Widerstands gegen den G8-Gipfel** in Sardinien, **den Klimagipfel** in Kopenhagen, **den Amerika-Gipfel** in Trinidad und Tobago usw.

Durch diese Forderungen und Initiativen reagieren wir auf die Krise mit radikalen und emanzipatorischen Lösungen.

<http://www.cadtm.org/spip.php?article4079>, Übersetzung des französischen Textes: SiG-Redaktion

(Spanischer Text:

http://www.movimientos.org/fsm2009/show_text.php3?key=13671)

Erschienen in SiG 72

In der Krise erst recht: Weg mit den Schulden

Erklärung der Konferenz der Bewegungen gegen die Verschuldung auf dem Welt-Sozial-Forum Belem, Brasilien 2009.

Die Versammlung der Bewegungen, welche sich mit der Schuldenfrage befassen, fand am 1. Februar im Rahmen des Tages der Allianzen des WSF 2009 in Belem statt.

Es waren unterschiedliche Organisationen und Netzwerke beteiligt, mit einer starken Vertretung von Organisationen, die Mitglieder des Jubilee South und des Netzwerkes CADTM International sind.

Allerdings widerspiegeln die hier dargelegten Ergebnisse den Standpunkt einer Vielzahl von Anti-Schulden - Netzwerken und Organisationen, deren bedeutenden Annäherungsprozess bereits durch die Erklärung des WSF 2007 in Nairobi konkretisiert wurde, weiters durch einen gemeinsamen Bericht über illegitime Schulden, der alljährlichen Organisation einer globalen Aktionswoche gegen Schulden und gegen die internationalen Finanzinstitutionen (IFIs), einer in Quito 2008 gemeinsam durchgeführten Studien- und Strategie-Konferenz sowie der Konvergenz bezüglich konkreter Prozesse und Kampagnen wie z.B. Überprüfungskonferenzen.

Die Herausforderungen der internationalen Konjunktur.

Die anwesenden Anti-Schulden Bewegungen- und Kampagnen haben die aktuelle Konjunktur und die daraus resultierenden Herausforderungen wie folgt charakterisiert:

1) Trotz massiver Publicity über Schuldenerlass- und Schuldenerleichterungsprogramme, die von der Weltbank, dem IWF (HIPC 1 & 2 = Heavily Indebted Poor Countries, PRSP = Poverty Reduction Strategy Paper) der G8 und einigen Regionalbanken wie der IDB (Inter-amerikanische Entwicklungsbank) gestartet wurden - oder über andere große Umschuldungsprojekte - bleibt die Verschuldung noch immer ein wichtiges Instrument im Kapital-Transfer vom Süden zum Norden. **Der Süden wird weiterhin ausgeblutet**, die Höhe des Transfers beträgt nahezu 400 Milliarden US\$ jährlich.

2) Parallel zu diesem Aderlaß beobachten wir einen rasanten Anstieg der **internen** Schulden der öffentlichen Hand. Dies bewirkt einen massiven Abfluss öffentlicher Ressourcen nach dem gleichen Muster und generell auch zu Gunsten derjenigen Akteure, die bereits von den externen Schulden profitieren. Dies verschärft die Abhängigkeit unsere Wirtschafts- und Produktionssysteme.

3) Der rasche Verfall der Preise für strategische Rohstoffe auf dem Weltmarkt, die erschwerten Bedingungen der externen Gläubiger für den Schuldendienst der Länder des Südens und die neuen Kredite, die ihnen aufgeschwatzt wurden, mit dem Argument, diese seien notwendig, um die Krise zu überwinden, lassen eine **neue Schuldenkrise** erwarten. Diese wird in der nächsten Zeit manche Länder des Südens erfassen, in Südamerika Länder wie Argentinien und Ecuador, mittel- oder langfristige auch Länder wie Brasilien und Venezuela,

obwohl sie beträchtliche Devisen-Reserven angesammelt haben.

4) Diese tief greifende Krise des kapitalistischen Systems wird zu wachsenden Schwierigkeiten für die Länder des Südens und die Arbeiterklasse des Nordens führen. Wie immer wird man neue Mechanismen suchen und finden, damit die Völker und Länder des Südens so wie die Armen des Nordens zahlen müssen für die Krise, welche durch die unkontrollierten Kapitalanhäufungen, die verantwortungslosen Deregulierungen und die Hyperfinanzialisierung der Wirtschaft verursacht wurden. Die direkten Konsequenzen dieser Strategien, bei denen die Schulden und ihre Restrukturierung eine wesentliche Rolle spielen, sind zunehmende Schuldendienste, Arbeitslosigkeit, Massen-Armut und eine dramatische Zunahme hungernder und unterernährter Menschen in unseren Ländern, was wir schon jetzt vereinzelt beobachten können.

5) Die erschreckende Fülle an Liquidität, welche die herrschenden Länder in das System gepumpt haben, steht in keinem Verhältnis zu den mickrigen 100 Milliarden US\$, die im vergangenen Jahrzehnt beim Versuch, die noch immer bestehende Schuldenkrise zu überwinden, eingesetzt wurden. Sie steht in keinem Vergleich mit der Summe von 80 Milliarden US\$, die nach Schätzungen der UNO jährlich über zehn Jahre nötig wären, um entscheidende Schritte zur Lösung der sozialen Menschheitsprobleme zu bewerkstelligen, wie Unterernährung, Analphabetismus, Mängel an öffentlichen Gesundheits- und Bildungseinrichtungen, Obdachlosigkeit. Wir dürfen dieses absurde und selbstmörderische Management der Ressourcen, die durch die Arbeit der Menschen geschaffen wurden, nicht so weiter laufen lassen.

6) Die Antwort der herrschenden Klassen in den Ländern des Nordens auf diese aktuelle sehr ernste Krise sieht eine Stärkung des internationalen Finanzkapitals und neuer spekulativer Kapitalflüsse vor, zB. der neue

spekulative Markt mit Emissionsrechten, der kürzlich in London errichtet wurde.

7) Die Wahl Barack Obamas hat große Hoffnungen geweckt. Allerdings sind keine wesentlichen Änderungen in der Ausrichtung der Wirtschaftspolitik der USA zu erwarten, denn einige Mitglieder des Wirtschaftskabinetts, wie Paul Volker und Larry Summers, spielten schon eine entscheidende Rolle im Aufbau der Wirtschaftspolitik des Imperiums; das Ergebnis war die aktuelle schwierige Krise.

8) Der Einsatz der G20 ist für unsere Nationen inakzeptabel. Sie haben ihre Unfähigkeit bei der Lösung der Krise schon bewiesen. Das ist nichts als ein Manöver, um die Wurzeln der Krise zu verschleiern und die Völker und Länder des Südens zu marginalisieren, indem sie von den Entscheidungen ferngehalten werden. Wir lehnen insbesondere die diskutierten Vorschläge ab, die zum Ziel haben, das Mandat und die Ressourcen des IWF, der Weltbank und der regionalen Entwicklungsbanken zu stärken. Sie sind ja für die aktuelle Krise verantwortlich.

Die Antworten der Völker und unserer Bewegungen auf die gegenwärtige Situation der Konjunktur.

1) Wir vermerken mit Befriedigung die zunehmende Konvergenz der Bewegungen gegen die Verschuldung, die sich für eine gemeinsame Plattform für Aktionen und Kämpfe entschieden haben und zugleich ihre Unterschiede respektieren.

2) Was das Thema der Verschuldung betrifft, haben unsere Bewegungen signifikante Fortschritte erzielt, wenn man es nach konzeptuellen, politischen, ideologischen und strategischen Gesichtspunkten betrachtet. Wir haben uns bewegt von der Forderung nach Erlass der externen Schul-

den zur Erklärung, dass diese Schulden illegitim sind; von Kampagnen zum Thema Finanzschulden hin zu Aktionen und Kampagnen, die eine breitere Sichtweise zur Grundlage haben, da sie die finanziellen, historischen und ökologischen Dimensionen einschließen. Außerdem haben unsere Kampagnen ein höheres Niveau beim Austausch und bei der Konvergenz erreicht mit dem Kampf gegen den Freihandel, die Militarisierung, die Kriminalisierung sozialer Proteste, die transnationalen Konzerne, die Bio-Treibstoffe und für die Verteidigung der Nahrungsmittel-Souveränität, für den Schutz unseren Lebensumfelds und für Klima-Gerechtigkeit.

3) Als ein Resultat unserer sozialen Mobilisierung begannen Regierungen zu reagieren. Hier wollen wir die Tatsache unterstreichen, dass die Regierung Norwegens Teile der Schulden-Forderungen gegen einige Länder des Südens – Ecuador, Peru, Jamaika, Ägypten und Sierra Leone - als unverantwortlich anerkannt hat und diese Forderungen gestrichen hat.

4) Die Förderung umfassender und partizipativer Überprüfungen von Verschuldungen macht rasante Fortschritte. Ein Lob gebührt der Regierung von Ecuador. Nach einem Jahr von Ermittlungen ergab die Überprüfung den Beweis, dass die Forderungen an Ecuador illegitimer, betrügerischer, gesetzwidriger und krimineller Natur sind. Auch ist die Entscheidung zu loben, Rückzahlungen von illegitimen Forderungen an Ecuador illegitimer, betrügerischer, gesetzwidriger und krimineller Natur sind. Auch ist die Entscheidung zu loben, Rückzahlungen von illegitimen Forderungen einzustellen. Wir fordern die Regierung von Rafael Correa auf, weiter entsprechend den Empfehlungen der „Kommission zur Überprüfung der Staatsschulden“ (CAIC) zu handeln, einen Prozess der Ablehnungen in Gang zu setzen und damit die Rechte des Volkes von Ecuador zu verteidigen. Diese Maßnahmen könnten als Vorbild und Motivation dienen für Länder des Südens, eine Front zu bilden zur Ablehnung der Rückzahlung illegitimer Auslandsschulden, die auch Sanktionen für die Schuldigen und Regress fordert.

5) Wir unterstützen die Entscheidung des Präsidenten Fernando Lugo, einen Überprüfungsprozess für die bilateralen Schulden zwischen Paraguay und Brasilien im Zusammenhang mit dem Kraftwerk von Itaipu zu initiieren. Damit soll die Entwicklung Paraguays gefördert werden und es wird eine Grundlage für gerechte, souveräne und solidarische Beziehungen zwischen beiden Ländern und Völkern geschaffen.

6) Wir unterstützen die jüngste Entscheidung des brasilianischen Kongresses, eine parlamentarische Untersuchungs-Kommission über die Schulden des Landes einzurichten. Das ist ein entscheidender Schritt in Richtung eines Überprüfungsverfahrens in einem Land, das ungeheure Summen an vorzeitigen Rückzahlungen der Schulden und des Schuldendienstes bezahlt

hat, trotz starker Mobilisierungen – unter anderem fand eine Volksbefragung statt, bei der sechs Millionen Brasilianer die Einstellung aller Zahlungen forderten, bis die verfassungsmäßige Überprüfung angeordnet würde. Auch hat eine Überprüfung der Schulden durch die Bürger den Beweis erbracht, dass beim Management der brasilianischen Staatsschulden Verstöße gegen die Verfassung und gegen internationale Bestimmungen geschehen sind.

7) Auch andere Länder und Regionen haben ähnliche Initiativen ergriffen, sowohl im Süden als auch im Norden. Sie werden in diesem Prozess zur Befreiung von Schuldknechtschaft sicher starke und enthusiastische Unterstützung durch unsere Bewegungen erhalten. Die Ankündigungen der Regierungen von Bolivien und Venezuela, die gute Nachricht über Resolutionen des europäischen Parlaments, der Legislative in Zimbabwe und Belgien unter anderen, bestätigen uns, dass wir neuen Zeiten entgegen gehen, wo erkannt wird, dass die Verschuldung destruktiver und gewalttätiger Natur ist und auch bekämpft werden kann. Nicht unerwähnt bleiben sollen Bürger-Initiativen zur Prüfung der Forderungen, wie etwa auf den Philippinen, in Mali, Indonesien und in anderen Ländern. Ob nun solches Überprüfungsverfahren von Regierungen, Parlamenten oder spontanen Bürger-Initiativen getragen werden, sie sollten in einem Umfeld breiter Mobilisierung stattfinden; damit soll manifest werden, dass sie das Werkzeuge zur Befreiung sind und nicht Selbstzweck.

8) Wir protestieren gegen die schändlichen Verleumdungs-Kampagnen gegen unsere KollegInnen María Lucia Fatorelli, Marcos Arruda und andere durch die herrschenden Klassen Brasiliens. Im Artikel der Zeitung O Globo wurde gezielt versucht, die Reputation von Menschen zu schädigen, die immer die Interessen des brasilianischen Volkes verteidigt haben und eine beachtenswerte Arbeit im CAIC in Ecuador geleistet haben. Wir rufen alle auf, sie und andere zu verteidigen, die mit ihrem Wissen zum Gelingen solcher Überprüfungsverfahren beitragen. Die Wahrheit über den Raub unserer Reichtümer durch die Schulden-Politik muss an die Öffentlichkeit gebracht werden, die Verantwortlichen müssen bestraft werden und die Völker und Länder müssen entsprechend entschädigt werden.

9) Wir bewundern die vielfachen Anstrengungen unserer Bewegungen in der Form von „Volks-Tribunalen“, mit denen große Fortschritte erzielt wurden in der Beschreibung der ökologischen Schulden. Die jüngsten „Volks-Tribunale“ in Wien (2006), New Delhi (2007), Den Haag (2007), Lima (April 2008), Kolumbien (August 2008) und während des dritten pan-amerikanischen Sozial-Forums in Guatemala (Oktober 2008) und andere haben

enorm dazu beigetragen, eine hervorragende Dokumentation zu erstellen, mit der die zahlreichen Verbrechen bewiesen werden können, die von weltweiten Konzernen an unseren Völkern verübt wurden. Es beweist auch die Mitwirkung internationaler Finanzinstitutionen an der enormen Verschuldung der Länder des Südens. Diese Aktionen wurden mit partizipierenden Methoden durchgeführt. Beteiligt waren u. a. indigene Bewegungen, die das Reich von Pacha Mama¹, verteidigen. Diese Fortschritte lassen einen Sieg erwarten in der Verteidigung unseres Gemeingutes gegen die Unterwerfung unter den Prozess der Merkantilisierung durch den Kapitalismus und gegen die herrschende Straflosigkeit.

Unsere Prioritäten für die nächsten Monate:

1) Wir rufen alle Bewegungen auf, unter dem Banner „*Wir zahlen nicht für illegitime Schulden*“ und „*Restitution und Entschädigung*“ gemeinsam aktiv zu werden. Das ist ein strategisches Werkzeug, um den Kampf gegen Straflosigkeit zu verstärken und zeigt Wege auf, den Fluss von Ressourcen und Kapital vom Norden in den Süden zu erhöhen, im Rahmen eines Prozesses zur Umverteilung der Reichtümer, die eine Korrektur der dramatischen Folgen von 527 Jahren der Plünderung einleiten würde.

2) Wir rufen alle Bewegungen auf, an der **Aktionswoche gegen den G20 Gipfel vom 28. März bis 4. April** teilzunehmen, gegen seine Reform-Vorschläge für dieses System und die globalen Finanzinstitutionen zu protestieren, die kein anders Ziel haben, als die Logik des Plünderns und der Konzentration zu verstärken. Wir müssen besonders in den Ländern des „Globalen Südens“ die Debatten und die Mobilisation über Alternativen verstärken, die zu einer echten finanziellen Souveränität führen. Auch müssen wir das Bewusstsein stärken, dass die Stärkung des IWF, der Weltbank und anderer Regional-Banken als Antwort auf die aktuelle Krise eine Gefahr darstellt.

3) Wir begrüßen die Initiative von Jubilee South, die Allianz der historisch, sozial und ökologisch verschuldeten Völker des Südens und des Weltrates der Kirchen, in den nächsten Monaten ein **Volkstribunal über die ökologische Verschuldung des Südens** einzuberufen. Wir rufen alle Bewegungen und Organisationen auf, an der Vorbereitung und der Auswertung dieses Prozesses aktiv teilzunehmen. Die Organisation dieses Tribunals wird neue Kampfszenarien eröffnen. Es soll darstellen, wer die wirklichen Gläubiger sind, besonders

¹ Pacha Mama: Für die Völker der Anden ist sie die personifizierte Mutter Erde.

im Hinblick auf die Umweltzerstörungen, die Bio-Piraterie, die Privatisierungsmodelle von und der Handel mit natürlichen Ressourcen wie Wasser, Boden und Luft. Es muss zur **Anerkennung der ökologischen Verschuldung des Nordens gegenüber dem Süden** kommen, besonders angesichts des Klimawandels.

4) Wir rufen alle Bewegungen und Organisationen auf, wie in den vergangenen Jahren an der **Woche der globalen Aktion gegen die Verschuldung und die internationalen Finanz-Institute vom 7. bis 15. Oktober 2009** teilzunehmen und gemeinsam die **internationale Kampagne gegen illegitime Schulden** noch erweitern und dynamischer zu machen. Dabei wollen wir auch die Gelegenheit nützen, Vernetzungen mit anderen Bewegungen und Kämpfen herzustellen, wie für Klima-Gerechtigkeit, für Gender-Mainstreaming, gegen Freihandel, Militarisation und Kriminalisierung. In diesem Rahmen wollen wir auch alle aufrufen, am **Tag der Verteidigung von Pacha Mama am 12. Oktober** teilzunehmen.

5) Wir rufen alle Bewegungen und Organisationen auf, eine Kampagne gegen die **Inter-Amerikanische-Entwicklungsbank (IDB)** auf, die Ende März in Medellin in Kolumbien ihr 50-jähriges Bestands-Jubiläum feiert. Das bietet uns eine hervorragende Gelegenheit zu sagen „50 Jahre sind genug – jetzt wollen wir Entschädigungen!“ Dort können wir auch die Politik der IDB entlarven, die ein Pfeiler des Systems der imperialistischen Vorherrschaft über unseren Kontinent darstellt. Dieses System fördert und initiiert Projekte, Programme und Aktionen nach der Logik des Washington-Consensus. Unser Aufruf will einen Prozess der Mobilisierung in Medellin und in allen unseren Ländern entfesseln, damit wir mehrfache Beispiele der Verbrechen der IDB an den Völkern unseres Abya Yala² dokumentieren, zurückweisen und Sanktionen und Entschädigungen fordern können.

6) Wir rufen alle Regierungen auf, die am Projekt der **Bank des Südens** teilnehmen, die Einrichtung dieses neuen institutionellen Instruments zu beschleunigen. Diese Bank sollte auf einer total anderen Logik aufgebaut werden, als die gegenwärtigen globalen Finanz-Architektur, die nur dem globalen Kapitalismus dient. Die Bank des Südens muss ein Instrument im Dienst der Entwicklung unserer Länder sein, basierend auf einer Logik der solidarischen Integration unserer Völker. Sie muss zusammen mit anderen Innovationen des regionalen Finanz-Systems ein strategisches Instrument werden, das die finanzielle Souveränität wieder herstellt, die kapita-

listische Logik überwindet, welche die Verschuldung als Herrschaftsinstrument über unsere Länder benützt. Es ist dringend notwendig, dass alle Hindernisse beseitigt werden, welche diesem Projekt im Wege stehen, das für die Zukunft unserer Nationen so enorm wichtig ist.

7) Wir rufen alle Bewegungen und Organisationen ganz Amerikas auf, entweder direkt von ihrem Land aus oder indirekt von ihrer Region aus am **Gipfeltreffen der Völker in Port-of-Spain, Trinidad und Tobago vom 16. bis 18. April** teilzunehmen. Auf diesem Gipfeltreffen sollten die erarbeiteten Standpunkte der früheren Treffen (in Chile 1998, in Quebec 2001 und in Mar del Plata 2005) bekräftigt werden. Wir wollen unsere Anstrengungen zur Umformung unserer Gesellschaft verstärken (wie es verschiedentlich auf nationaler Ebene schon geschieht). Wir wollen uns gegen die USA und ihre Verbündeten wehren, welche die ALCA (Amerikanische Freihandelszone) wieder beleben wollen, mit einer neuen Fassade und einigen manipulierten Konzepten, alles im Namen der Sicherheit und Prosperität der Hemisphäre.

8) Wir rufen alle Bewegungen auf, ihre Solidarität mit dem **Kampf des palästinensischen Volkes um seine Rechte** zu bekunden.

9) Wir rufen alle Bewegungen auf, die **Solidaritäts-Kampagne mit dem Volk von Haiti** zu unterstützen. Es kämpft um die Befreiung von militärischer Okkupation, um die Streichung der illegitimen Forderungen von internationalen Finanz-Institutionen und für die Umsetzung des auf Solidarität basierenden Wiederaufbau-Projekts. 2008 haben mehrere neue Stimmen die Streichung der Forderungen an Haiti gefordert. Haiti zahlt jede Woche eine Million US\$, trotz der immer schlechter werdenden Lebensbedingungen der Bevölkerung (man rechnet, dass über drei Millionen Menschen unter der zunehmenden Nahrungsmittel-Knappheit zu leiden haben.) Zugleich unterstreichen wir die Notwendigkeit eines Kampfes um Unabhängigkeit einiger Karibischer Staaten, die noch immer Kolonien sind.

10) Wir bewundern den außerordentlichen Erfolg von **ALBA (Bolivarische Alternative für Amerika)** besonders auf dem Gebiet der Alphabetisierung, der Gesundheitsversorgung und der öffentlichen Schulbildung. Eine Integration von Völkern, welche die Solidarität zur Grundlage hat, kann – in kurzer Zeit – eindrucksvolle Ergebnisse bei der Verbesserung der Lebensbedingungen zeitigen. Allerdings müssen wir feststellen, dass einige der unterzeichneten Abkommen von ihrem Zweck entfremdet wurden, sie wurden von korrupten Bürokraten monopolisiert und die Nutznießer waren Gruppen, die zur traditionellen Oligarchie gehören. Darum sollten die

Völker diese Instrumente selbst in die Hand nehmen, denn sie können wunderbare Werkzeuge sein für soziale Investitionen und für Forschungen im Hinblick auf eine Erneuerung des Energie-Systems. In diesem Sinne und gemäß der Vereinbarungen der vierten Konferenz der Völker der Karibik auf Kuba und bei der Koordinierungskonferenz von Jubilee South/Pan-Amerika in Managua (beide im Juli 2008), rufen wir unsere Bewegungen auf, neue Abkommen selbst in die Hand zu nehmen, wir laden sie auch ein, eine Gipfelkonferenz der sozialen Bewegungen der Karibik und Mittelamerikas einzuberufen und über das Abkommen Petrocaribe und die Energie-Krise zu beraten.

Die gegenwärtige Periode ist entscheidend für die Zukunft unserer Völker und der Menschheit. Wir sollten Massenbewegungen fördern, welche die Ursachen illegitimer Verschuldungs-Vorgänge und das kapitalistische System als Ganzes in Frage stellen. Wir sollten die gegenwärtige Krise nutzen, um einen wirklichen Ausweg zu finden zu einem neuen Gesellschafts-System, in dem die Souveränität der Völker, das „gute Leben“ und Harmonie mit der Natur Grundpfeiler sind. Wir rufen alle Regierungen des Südens auf, rasch eine breite Front gegen die Rückzahlung der illegitimen Schulden zu bilden. Zugleich sollen sie erkennen, dass sie Gläubiger sind mit riesigen historischen, sozialen, ökologischen und finanziellen Forderungen. Diese Front muss Raum schaffen für Widerstand und Offensiven. Die Regierungen der Länder des Südens sollten sich nicht beteiligen an der Farce der G20 und sollten für die Entstehung einer neuen internationalen Finanz-Architektur kämpfen, welche die Grundrechte und -bedürfnisse unserer Gemeinschaften, Völker, Länder und Regionen berücksichtigt.

Lang lebe der Kampf der Völker! Wir schulden nichts, wir zahlen nichts! Wir wollen nicht zahlen für die Krise der Reichen! Nieder mit dem Kapitalismus! Wir, die Völker des Südens sind die wahren Gläubiger! Entschädigungen jetzt!

Quelle:

<http://www.cadtm.org/spip.php?article4128>

Übersetzung: Herbert Kaser, Sig-Redaktion

Text auf Spanisch

<http://www.cadtm.org/spip.php?article4096>

Erschienen in SiG 73

² Abya Yala, vor Columbus Bezeichnung für Mittel- und Südamerika oder Teile davon.

Für ein neues wirtschaftliches und soziales System

Die Finanzwelt muss an ihren Platz zurückgesetzt werden!

Zu unterzeichnender Appell an Vereine, Gewerkschaften und soziale Bewegungen

Belem, den 1. Februar 2009

Dieser Aufruf ist aus einer Reihe von Seminaren beim Weltsozialforum 2009 in Belem hervorgegangen. Beteiligt waren vor allem: Action Aid, Attac, BankTrack, CADTM, CCFD, CEDLA, CNCD, CRID, Eurodad, Forum mondial des alternatives (Weltforum der Alternativen), IBON, International WG on Trade-Finance Linkages, LATINDADD, Networkers South-North, NIGD, SOMO, Tax Justice Network, Transform!, OWINFS, War on Want, Worl Council of Churches

Attac Argentinien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Flandern, Frankreich, Griechenland, Japan, Katalonien, Norwegen, Österreich, Polen, Quebec, Schweden, Spanien, Ungarn

Die Finanzkrise ist eine Systemkrise in einem Kontext vieler anderer globaler Krisen (Klima, Nahrung, Energie, Soziales) und eines neuen Gleichgewichts der Mächte. Sie ist das Ergebnis von dreißig Jahren Umverteilung des Arbeitseinkommens hin zum Kapital. Diese Tendenz muss umgekehrt werden. Die Krise ist auch die Konsequenz eines kapitalistischen, auf dem Laisser-faire beruhenden Produktionssystems, das von der Anhäufung kurzfristiger Profite einer Minderheit lebt, von internationalen finanziellen Ungleichgewichten, einer ungleichen Verteilung der Reichtümer, einem ungerechten kommerziellen System, von der Anhäufung unverantwortlicher, ökologischer und illegitimer Schulden, vom Plündern der natürlichen Ressourcen und von der Privatisierung der öffentlichen Dienste. Von dieser Krise ist die Menschheit als Ganzes betroffen, und zuallererst die Schwächsten (Arbeiter, Arbeitslose, Bauern, Migranten, Frauen, ...) und die armen Länder der Südhalbkugel, die die Opfer der Krise und keineswegs die Verantwortlichen dafür sind.

Die Mittel, die gegen die Krise angewandt werden, beschränken sich darauf, die Verluste auf die Allgemeinheit zu übertragen, um die Wurzel der aktuellen Katastrophe - das Finanzsystem - ohne wirkliche Gegenleistung zu retten. Wo sind die Mittel für die Opfer der Krise? Die Welt braucht nicht nur Regulierungen sondern ein neues Paradigma, das der Finanzwelt eine Rolle zu Diensten eines neuen demokratischen Systems zuschreibt, das auf der Einhaltung aller Menschenrechte, der würdigen Arbeit, der Nahrungssouveränität, der kulturellen Vielfalt, der sozialen und solidarischen Wirtschaft und einer neuen Auffassung des Reichtums beruht. Aufgrund dessen fordern wir:

- eine reformierte, demokratisierte UNO im Herzen der Reform des Finanzsystems, denn die G-20 ist kein legitimes Forum, um auf die Krise angemessen zu antworten
- internationale, dauerhafte und bindende Kontrollmechanismen des Kapitalverkehrs
- ein internationales Währungssystem, das auf einem neuen Reservesystem beruht, und regionale Währungen einschließt, um der Vorherrschaft des

Dollars ein Ende zu setzen und internationale finanzielle Stabilität zu garantieren

- ein weltweites öffentliches und bürgernahes Kontrollsystem für Banken- und Finanzinstitute. Bankdienstleistungen müssen als ein öffentlicher, für alle frei zugänglicher Dienst für alle Menschen dieser Erde garantiert und aus Freihandelsabkommen herausgenommen werden
- ein Verbot der Hedge-Fonds und des freihändigen Verkaufs von Derivaten und anderen giftigen Produkten außerhalb jeglicher öffentlicher Kontrolle
- das Ausrotten der Spekulation mit Rohstoffen, vor allem mit Nahrungsmitteln und Energierohstoffen durch öffentliche Mechanismen zur Preisstabilität
- die Abschaffung von Steueroasen, die Bestrafung ihrer Nutznießer (Personen, Unternehmen, Banken, Finanzmittler) und eine internationale Steuerorganisation, die die Steuerflucht und -konkurrenz unter Kontrolle bringt
- das Aufheben der illegitimen und unhaltbaren Schulden der armen Länder und ein verantwortungsvolles, gerechtes und demokratisches System zur souveränen Finanzierung für eine nachhaltige und gerechte Entwicklung
- ein neues internationales System der Verteilung der Reichtümer durch eine progressivere Steuer auf nationalem Niveau und durch eine globale Besteuerung der Kapitaltransaktionen, umweltverschmutzender Produktionen und großer Vermögen, um die weltweiten öffentlichen Güter zu finanzieren.

Wir appellieren an die Vereine, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen sich zu vereinen, um ein Kräfteverhältnis zugunsten der Bürger zu schaffen, das dieses neue Modell durchsetzen kann. Wir fordern sie auf, noch mehr Aktionen auf der ganzen Welt zu organisieren, besonders bezüglich der G-20 vom 28. März 2009 an.

<http://www.choike.org/campaigns/camp.php?5#deutsch>

Liste der Unterzeichner:

<http://www.choike.org/campaigns/listado.php?campid=5>

Erklärung des Bürger-Wasserforums

Istanbul, 19. März 2009 (Übersetzung aus dem Englischen: Markus Henn) Erschienen in SiG 73

Nach Mexico City 2006, was ein wichtiger Meilenstein der kontinuierlichen Arbeit der globalen Bewegung für Wassergerechtigkeit war, haben wir uns jetzt in Istanbul versammelt, um gegen das 5. Weltwasserforum zu mobilisieren. Wir sind hier, um dieses falsche, unternehmensgesteuerte Weltwasserforum zu delegitimieren und um der positiven Agenda der globalen Weltwasserbewegungen eine Stimme zu geben.

Da wir uns in der Türkei befinden, können wir nicht darüber hinwegsehen, dass dieses Land ein krasses Beispiel für die verheerenden Wirkungen zerstörerischer Wasserpolitik ist. **Die türkische Regierung hat sowohl Wasserversorgungen als auch Gewässer privatisiert und hat Pläne, jeden Fluss im ganzen Land aufzustauen.** Vier besonders eindrückliche Fälle zerstörerischer und risikoreicher Dämme sind der Ilisu-, der Yusufeli-, der Munzur- und der Yortanlı-Damm. Zehn Jahre lang haben sich die betroffenen Menschen massiv gegen diese Projekte gewehrt, besonders gegen den Ilisu-Damm, der Teil eines größeren Bewässerungs- und Energieproduktions-Projekts ist, bekannt als die Südostanatolien-Projekte (GAP). Der **Ilisu-Damm** – eines der meistkritisiertesten Dammprojekte weltweit – ist besonders komplex und problematisch wegen seiner Bedeutung für die internationale Wasserpolitik im Mittleren Osten. Der Damm ist in der kurdisch besiedelten Region gelegen, wo es andauernde Menschenrechtsverletzungen gibt, die mit der ungelösten Kurdenfrage verbunden sind. Die türkische Regierung nutzt GAP, um den Lebensraum der Kurden negativ zu beeinträchtigen und ihre kulturellen und politischen Rechte zu unterdrücken.

Wir als Bewegung sind hier, um Lösungen für die Wasserkrise anzubieten und fordern die UN-General-Versammlung auf, das nächste globale Wasserforum zu organisieren. Die Teilnahme wichtiger Mitarbeiter und Vertreter der Vereinten Nationen an unseren Treffen ist ein Beleg, dass sich etwas verändert hat. Es gibt einen spürbaren und sichtbaren Wandel hinsichtlich der Legitimität: weg vom offiziellen Forum, organisiert von privaten Interessen und dem Weltwasserforum, hin zum Bürger-Wasserforum, organisiert von der globalen Zivilgesellschaft: Bauern, Indigene, Aktivisten, soziale Bewegungen, Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen und Netzwerke, die rund um die Welt für die Verteidigung von Wasser und Gebieten sowie für Gemeingüter kämpfen.

Wir rufen die Vereinten Nationen und ihre Mitgliedsstaaten dazu auf, ihre Verpflichtung als legitimer globaler Einberufer von multilateralen Foren wahrzunehmen, und sich formell für die Ausrichtung eines Wasserforums einzusetzen, das sich auf staatliche Pflichten stützt und der globalen Gemeinschaft rechnen-

schaftspflichtig ist. Wir rufen alle Organisationen und Regierungen auf diesem 5. Weltwasserforum dazu auf, sich dafür einzusetzen, dass dies das letzte unternehmensgesteuerte Weltwasserforum sein wird.

Die Welt braucht die Ausrichtung eines legitimen, rechenschaftspflichtigen, transparenten und demokratischen Wasserforums, im Rahmen des UN-Prozesses und mit Unterstützung der Mitgliedsstaaten.

Wir betonen noch einmal **die Illegitimität des Weltwasserforums** und lehnen die Minister-Erklärung ab, weil sie Wasser weder als universelles Menschenrecht anerkennt noch es von globalen Handelsabkommen ausnimmt. Zudem verschweigt der Resolutionsentwurf, dass die Wasserprivatisierung bei der Sicherung des Wasserzugangs für alle gescheitert ist, und er berücksichtigt nicht die positiven Empfehlungen aus der unzureichenden Resolution des Europäischen Parlaments. Schließlich spricht sich die Minister-Erklärung für die Nutzung von Wasser zur Energieproduktion mithilfe hydroelektrischer Dämme und für die verstärkte Produktion von Bio-Sprit aus Getreide aus, was beides zu mehr Ungleichheit und Ungerechtigkeit führt.

Wir erinnern noch einmal nachdrücklich an alle Prinzipien und Bekenntnisse aus der **Erklärung von Mexico City 2006: Wir halten Wasser für die Grundlage allen Lebens auf dem Planeten und ein fundamentales und unveräußerliches Menschenrecht**; wir betonen, dass Solidarität zwischen den lebenden und den künftigen Generationen gesichert sein muss; **wir lehnen alle Formen von Privatisierung ab** und stellen fest, dass die Verwaltung und die Kontrolle des Wassers öffentlich, sozial, kooperativ, partizipatorisch und gerecht sein muss - und nicht gewinnorientiert; **wir rufen zur demokratischen und nachhaltigen Verwaltung von Ökosystemen auf**, und zum Erhalt der Integrität des Wasserkreislaufs durch den Schutz und die angemessene Verwaltung der Gewässer und der Umwelt.

Wir widersetzen uns dem vorherrschenden ökonomischen und finanzökonomischen Modell, das Privatisierung, Kommerzialisierung und Vermarktung des öffentlichen Wassers und der Abwasserentsorgung vorschreibt. Wir werden diesen zerstörerischen und nicht-partizipatorischen Typ von Reform des öffentlichen Sektors bekämpfen, nachdem wir die Folgen von strengen Kostendeckungs-Praktiken und des Gebrauchs von Prepaid-Zählern für arme Menschen gesehen haben. Seit 2006 in Mexiko hat die globale Bewegung für Wassergerechtigkeit fortwährend den Unternehmen Widerstand geleistet, die das Wasser für ihren Profit unter Kontrolle bringen wollten.

Wir haben einige Erfolge erreicht: die Rückkehr zu öffentlichen Wasserbetrieben, die privatisiert worden waren; die Förderung und Realisierung öffentlich-öffentlicher Partnerschaften; einen Umsatzrückgang der Flaschenwasser-Industrie und ein Zusammenkommen mit kollektiven, parallelen Aktionen während des Blauen Oktobers und der Globalen Aktionswoche.

Wir feiern unsere Erfolge, die durch die Anerkennung des Menschenrechts Wasser in einigen Verfassungen und Gesetzen gekrönt werden. Zur selben Zeit müssen wir uns mit der ökonomischen und ökologischen Krise auseinandersetzen. **Wir werden nicht für ihre Krise zahlen!** Wir werden dieses verfehlte und nicht-nachhaltige Modell nicht retten, das unverantwortliche private Ausgaben in öffentliche Schulden umgewandelt hat; Wasser und Gemeingüter in Handelsgüter; die ganze Natur in ein Rohstofflager und eine Freiluft-Müllkippe.

Der **grundlegende Zusammenhang zwischen Wasser und Klimawandel** ist anerkannt von der wissenschaftlichen Gemeinschaft und wird auch vom Intergovernmental Panel on Climate Change unterstrichen. Deshalb dürfen wir im Energiesektor keine Antworten auf die Klimakatastrophe akzeptieren, die derselben Logik folgen, wie sie die Krise vor allem verursacht hat. Dies ist eine Logik, die die Quantität und Qualität des Wassers und des Lebens, das von Dämmen, Atomkraftwerken und Bio-Sprit-Plantagen betroffen ist, aufs Spiel setzt.

Im Dezember 2009 werden wir unsere Bedenken und Vorschläge in den UN-Gipfel zum Klimawandel in Kopenhagen einbringen. Des Weiteren vergiftet und zerstört das vorherrschende Modell der industriellen Intensiv-Landwirtschaft Wasserressourcen, lässt landwirtschaftliche Böden veröden und schadet der Ernährungssouveränität. Dies hat massive Auswirkungen für Leben und öffentliche Gesundheit.

Mit der **fruchtbaren Erfahrung des Weltsozialforums in Belém 2009** setzten wir uns für die Stärkung der strategischen Allianz zwischen Wasserbewegungen und denen für Land, Ernährung und Klima ein. Wir setzten uns auch ein für den weitergehenden Aufbau von Netzwerken und neuen Allianzen, und dafür, sowohl lokale Behörden als auch Parlamentarier mit einzubeziehen, die dafür sind, Wasser als Gemeingut zu verteidigen und das Recht aller Lebewesen und der Natur auf Frischwasser zu stärken. Wir ermuntern auch alle öffentlichen Wasserbetriebe dazu, sich zusammenzuschließen sowie nationale Vereinigungen und regionale Netzwerke zu bilden. Wir feiern unsere Erfolge und freuen uns auf die Fortsetzung unserer Zusammenarbeit über Länder und Kontinente hinweg!

Aufruf: Nein zum Krieg! - Nein zur NATO!

März 2009

Sie reden von "Sicherheit" und „Humanität“, doch ihre Politik hat Krieg, Folter und globale Militarisierung zur Folge. Anfang April 2009 will die NATO in Strasbourg und Baden-Baden ihren 60. Geburtstag feiern. Sie beabsichtigt, ein neues strategisches Konzept zu verabschieden, das wie das bisherige der Aufrechterhaltung der ungerechten Weltwirtschaftsordnung dient und den ungehinderten Zugang zu den Rohstoff- und Energievorräten der Welt mit militärischer Gewalt zu sichern versucht. In Zeiten sich verknappender Rohstoffe, einer erstarrenden Weltmarktkonkurrenz durch China, Indien und Russland sowie des steigenden Selbstbewusstseins in Regionen wie z.B. Lateinamerika wächst die Bedeutung dieser Strategie. Die NATO schließt dabei weder Präventivkriege noch den Ersteinsatz von Atomwaffen aus. In der Bundesrepublik lagern US-Atomwaffen im rheinland-pfälzischen Büchel.

Die NATO-Staaten verantworten rund 75% der weltweiten Rüstungsexporte und geben jährlich ca. 900 Mrd. Euro für Rüstung aus. Lediglich 10 Prozent davon würden ausreichen, um die Armut auf der Welt zu halbieren. Das würde in der Tat mehr "Sicherheit" und „Humanität“ bedeuten. Bewusst werden diese immensen Rüstungsausgaben in immer neue Waffensysteme und Rüstung gesteckt, um die Vorherrschaft in der Welt zu sichern.

Der völkerrechtswidrige NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien, die nun erfolgte staatliche Anerkennung des Kosovo und die NATO-Ost-Erweiterung führten und führen zu globalen Spannungen und zur Destabilisierung in Europa. Russland, das sich von der sich immer näher an seine Grenzen vorschiebenden Allianz zunehmend bedroht fühlt, folgt mit seiner Politik in Georgien der fatalen NATO-Logik. Diese Konfrontationslogik droht erneut in einen Kalten Krieg zwischen Russland sowie China und dem

Westen zu führen. Die Militarisierung der Europäischen Union ist keine Alternative zur NATO, sondern ebenfalls ein gefährlicher Irrweg.

NATO-Staaten, allen voran die USA, führen weiterhin Krieg im Irak. Deutschland ist mit der US-Airbase in Ramstein die logistische Drehscheibe des Einsatzes. Die weltweiten Kriege, die Folgen des Klimawandels und eine zunehmende Verarmung führen zu immer größeren Flüchtlingsströmen. Die Antwort der NATO-Staaten und der EU ist eine Abschottungspolitik, die den Tod vieler Flüchtlinge, darunter auch Deserteure, in Kauf nimmt. Im Inneren wird diese Politik flankiert durch die Verabschiedung diskriminierender AusländerInnen Gesetze und Abschiebungen. Flucht und Emigration sind Folgen von Krieg, Besatzung, Elend, Hunger, Folter, Umweltzerstörung. Diese Ursachen müssen bekämpft werden, nicht deren Opfer.

In Afghanistan geht die Allianz immer aggressiver und rücksichtsloser vor. Hier zeigt sich auch immer deutlicher, was Besatzungstruppen bewirken: Sie brutalisieren die Gesellschaft, schaffen mehr Elend und mehr Bombentote. Es ist davon auszugehen, dass auch unter dem neuen US-Präsidenten der Druck auf Deutschland erhöht wird, noch mehr Soldaten nach Afghanistan zu schicken. Im Namen der Sicherheit und des „Krieges gegen den Terror“ werden immer mehr Soldaten zu Opfern, viele kehren traumatisiert zurück.

Der „Krieg gegen den Terror“ wird aber nicht nur in Afghanistan geführt, sondern auch zu Hause. Kriege in aller Welt gehen mit einem ständigen Demokratieabbau im Inneren und einer fortschreitenden Aushöhlung des Grundgesetzes einher. Mit sogenannten "Sicherheitsgesetzen" werden Grundrechte ausgehebelt und Vorratsdatenspeicherung, Ausspionieren

privater PCs und eine allgegenwärtige Überwachung "legalisiert".

Grundgesetzwidrige Einsätze der Bundeswehr im Inneren wie beim G8-Gipfel in Heiligendamm sollen zur Normalität werden. Gleichzeitig wird die zivilmilitärische Zusammenarbeit im Inland verstärkt. Die Bundeswehr versucht sich allen zivilen Bereichen der Gesellschaft, Institutionen, Organisationen und Vereine aufzudrängen und militärisches Denken zu verankern. Öffentliche Gelöbnisse, Militärkonzerte, Rekrutierungsversuche in den Arbeitsämtern, Schulbesuche und Zusammenarbeit mit Vereinen und Kommunen sollen das Kriegshandwerk wieder als Normalität erscheinen lassen.

Wir können und dürfen die Augen vor den verheerenden Folgen dieser Politik nicht verschließen. Sie steht für die Enttarnung des Militärischen in unserer Gesellschaft. Sie steht für Krieg, Verschleuderung von Ressourcen, Sozialabbau und steigende Rüstungsetats. Sie steht für eine aggressive Ideologie der Feindbilder und eine Einschränkung von Freiheitsrechten.

Weltweit lehnt die Mehrheit der Menschen Kriege ab. Das Ende der NATO, ein Abzug der NATO-Truppen aus Afghanistan und anderen Regionen und eine Abkehr von der Militarisierung Europas wären Schritte zu einer friedlichen Welt.

Die NATO will genau das Gegenteil.

Daher rufen wir zu gemeinsamen, bunten und vielfältigen Aktivitäten gegen den NATO-Gipfel in Strasbourg und Baden-Baden auf. Mit Demonstrationen, Konferenzen, Camps, Protesten und Aktionen des zivilen Ungehorsams – wie Umzingelungen, Blockaden usw. - wollen wir ein Zeichen gegen die menschenfeindliche Politik der NATO setzen.

Eine Welt ohne NATO ist nötig!

<http://www.attac.de/aktuell/nato/startseite/aufruf-nein-zur-nato/>

.4. April: Internationale Demonstration „No to War – No to NATO“

13 Uhr in der Straßburger Innenstadt.

3. April + 5. April in Strasbourg: Internationaler Kongress: "Nein zur NATO – Nein zum Krieg. 60 Jahre sind genug!"

Montag, 1. April bis Sonntag, 5. April in Strasbourg und Kehl: Internationales Widerstands-Camp

Mehr Infos: <http://www.no-to-nato.org/>

Erschienen in SiG 72 (S. auch SiG 71)

Attac Deutschland, Attac Österreich, Attac Schweiz, Attac Catalonien,
Attac Japan, Attac Spanien, Attac Griechenland, Attac Québec,
Focus on the Global South, TNI, Weed, ...

Weltweite Kehrtwende!

Wir rufen dazu auf, gemeinsam gegen die miteinander zusammenhängenden weltweiten Krisen der heutigen Zeit vorzugehen, die bestehenden Handels- und Investitionsabkommen sowie den damit verbundenen Moloch der konzerngesteuerten Weltwirtschaft zu ersetzen und gemeinsam eine nachhaltige wirtschaftliche Zukunft aufzubauen.



Wir leben in außergewöhnlichen, ja sogar noch nie da gewesenen Zeiten.

Vielleicht nie zuvor in der überlieferten Geschichte gab es eine solche Bündelung von Krisen und Kräften, die die Zukunft der Menschheit und des Planeten zu zerstören drohen.

Die **Finanzkrise** hat eine weltweite Wirtschaftskrise mit schnell ansteigender Arbeitslosigkeit und Armut ausgelöst. Dies wiederum geschieht mitten in einer weltweiten **Klimakrise**, in der unser Planet mit noch unvorstellbaren Konsequenzen aufgeheizt wird.

Das Zusammentreffen dieser globalen Wirtschafts- und Klimakrise wird verstärkt durch die heraufziehende Gefahr einer weltweiten **Nahrungsmittelkrise** und das Schreckgespenst von massenhaftem Hunger und Hungertod.

Mehr noch: diese dreifache Krise könnte zum einen bald durch die kommende **Energiekrise** noch verschlimmert werden, da die weltweite Nachfrage nach Erdöl das Angebot übersteigt.

Zum anderen trägt die Vertiefung der **sozialen Krise** durch die Verstärkung der Asymmetrien zwischen gesellschaftlichen Klassen, Geschlechtern und Rassen zu einer Ausweitung der Krise bei.

Darüber hinaus wird die Unfähigkeit der Regierungen, diese vielfachen Krisen zu bewältigen, wachsende **politische Unruhen** verursachen.

Mehr als je zuvor ist es an der Zeit, dass sich zivilgesellschaftliche Organisationen und breite soziale Bewegungen zusammen-

schließen, um gemeinsam die herrschende Politik und das Modell der wirtschaftlichen Globalisierung umzukehren.

Globale wirtschaftspolitische Steuerung

In vieler Hinsicht können die Antriebskräfte hinter diesen geballten multiplen Krisen nicht nur auf die Weltwirtschaft und das vorherrschende System des industriellen Kapitalismus zurückgeführt werden, sondern auch auf ihre Institutionen und das neoliberale Modell der wirtschaftlichen Globalisierung.

Mehr als ein halbes Jahrhundert lang haben die **Bretton Woods Institutionen** - die Welthandelsorganisation (und ihr Vorgänger, das GATT-Abkommen), die Weltbank, der Internationale Währungsfonds (IWF) - und ein paar Industriestaaten, die diese Organisationen steuern, die Weltwirtschaft hauptsächlich im Interesse der wirtschaftlich Mächtigen gelenkt und geleitet. Tatsächlich hat diese Politik transnationalen Konzernen genützt, die ihre Profite durch ungleiches und unbegrenztes Wachstum maximieren konnten - mit enormen Kosten für Mensch und Umwelt. Dieses System der globalen wirtschaftspolitischen Steuerung basiert auf dem neoliberalen Modell extremer Deregulierung und Privatisierung verbunden mit neuen Machtbefugnissen für Konzerne und dem Abbau von sozialen und umweltpolitischen Rechten. In letzter Zeit wurde es immer offensichtlicher, dass dieses System nicht nur versagt hat, sondern

auch eines der Hauptursachen der jetzigen weltweiten Krisen ist.

Aber bisher haben sich die meisten Länder, besonders die Industriemächte, ständig geweigert, grundsätzliche Änderungen an diesem globalen wirtschaftspolitischen Steuerungssystem und seinem neoliberalen Modell einzufordern.

Obwohl die **G8**, die aus den führenden Industrienationen der nördlichen Hemisphäre gebildet wird, auf die **G20** erweitert wurde und nun die wichtigsten Wirtschaftsmächte der südlichen Halbkugel mit einschließt, unterstützen und schützen sowohl die G8 als auch die G20 weitgehend den Status Quo in Bezug auf die Weltwirtschaft.

Vor kurzem hat die **UN Generalversammlung**, in der 192 Staaten der Welt vertreten sind, als Antwort auf die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise ein Communiqué auf Grundlage des Berichts der Stiglitz Kommission veröffentlicht und einige erhebliche Änderungen am System der globalen wirtschaftspolitischen Steuerung gefordert. Diese Initiativen für eine Reform wurden jedoch von gewissen Industrieländern, die am exklusiveren Prozess der G8 und G20 beteiligt sind, praktisch blockiert und letztlich an den Rand gedrängt.

Neoliberale Handelsmechanismen

Einer der wichtigsten Durchsetzungsmechanismen des Systems der Steuerung der Weltwirtschaft sind die **WTO und verschiedene regionale und bilaterale "Freihandels-" Abkommen**.

Das Hauptziel dieser neoliberalen Handels- und Investitionsordnungen ist es, einen weltweiten Markt durch und für große transnationale Konzerne zu schaffen, um ihnen die Etablierung von Konzernfilialen zu ermöglichen und um ihre Produkte in allen Ländern der Erde verkaufen zu können – ohne dabei seitens der nationalen Regierungen rechtlichen Vorgaben und Regulierungen im öffentlichen Interesse befürchten zu müssen.

Tatsächlich dienen diese „Freihandelsabkommen“ dazu, ausländischen Investoren neue Rechte und Befugnisse zu erteilen, mit denen sie Rohstoffe, lebenswichtige Dienstleistungen und andere Produktionsbereiche kontrollieren können.

Außerdem zwingen diese Abkommen die beteiligten Länder, ihre Märkte für Nahrungsmittel zu öffnen, die unterhalb der tatsächlichen Produktionskosten verkauft werden und damit die örtliche Landwirtschaft und Nahrungsmittelsicherheit zerstören. Und diese Abkommen zwingen nationale und lokale Regierungen, entscheidende soziale und umweltpolitische Schutzmaßnahmen zu beseitigen.

So wurde letztlich die politische Handlungsfähigkeit von Regierungen zur Regulierung und Steuerung der eigenen Wirtschaft zum Wohle der Menschen und Umwelt durch „Handelsregeln“ stark eingeschränkt – insbesondere jene von Entwicklungsländern.

Die gegenwärtigen „Handels“regeln sind heute im Wesentlichen im Interesse von global agierenden, profitorientierten Konzernen gestaltet. Die Möglichkeit von Regierungen, nicht handelsorientierte Politiken und Gesetze umzusetzen, die z.B. dem Schutz von wichtigen Sozialleistungen und Bodenschätzen, der Ernährungssouveränität, dem Zugang zu medizinischer Versorgung und der öffentlichen Sicherheit - um nur einige zu nennen - dienen, sind durch diese Regeln beschränkt. Diese neoliberalen Handels- und Investitionsregime sind somit auch eine treibende Kraft, die die vielschichtigen Krisen, der die Menschheit und unser Planet ausgesetzt sind, verbreiten und verstärken.

Wirtschafts- und Klimakrise

Die WTO hat auch eine wesentliche Rolle bei der Entstehung des weltweiten finanziellen Zusammenbruchs gespielt, da die WTO-Regeln den Mitgliedsländern die **Liberalisierung und Deregulierung ihrer Finanzdienstleistungen** vorschreiben.

Im Rahmen des **GATS** (Allgemeines Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen in der WTO) wurden viele Regierungen dazu gedrängt, schlicht und einfach jene Gesetze zu annullieren, die wichtige finanzielle Absicherungsmaßnahmen sicherstellten, sowie gleichzeitig die Etablie-

rung ausländischer Banken und anderer Finanzdienstleister sowie den Handel mit (riskanten) neuen Finanzprodukten und –dienstleistungen in ihren Ländern zuzulassen. Folglich erlaubten diese Regierungen, die durch das GATS ihres Rechtes auf Regulierung von Kredit-Absicherungen beraubt worden waren, den weltweiten Handel mit Derivaten aus US-amerikanischen Subprime-Hypotheken. Das GATS hat damit zur Entstehung und Beschleunigung der aktuellen Krise beigetragen. Es ist ein Skandal: Die gleichen Banken – in der GATS „Financial leader group“ vertreten, die dieses Modell der Liberalisierung von Finanzdienstleistungen weltweit exportiert haben, sind jetzt die Hauptempfänger der vom Steuerzahler finanzierten Rettungspakete.

In ähnlicher Weise ist diese neoliberale Handels- und Globalisierungspolitik ein Schlüsselfaktor bei der Intensivierung und Ausweitung der weltweiten Klimakrise. Die **CO₂-Emissionen dieses exportorientierten Produktions- und Konsummodells** sind im Hinblick auf die globale Erwärmung unhaltbar. Zu den industriellen Produktionsprozessen kommt der Versand und Transport von Waren als einer der Hauptquellen von Treibhausgasen, die für die Erwärmung unseres Planeten verantwortlich sind. Laut der UN verursacht allein die Verschiffung von Langstreckenfracht über die Ozeane 7 Prozent des weltweiten CO₂-Ausstoßes.

Zugleich werden einige entscheidende Umweltpolitiken und Regulierungsmaßnahmen zur Verringerung des CO₂-Ausstoßes oder zur Förderung alternativer erneuerbarer Energien angegriffen. Es wird behauptet, dass solche Maßnahmen den WTO- bzw. bilateralen Handelsregeln (im Fachjargon „Handelshemmnisse“) widersprechen und dass sie als solche beseitigt werden müssen oder wirtschaftliche Sanktionen nach sich ziehen werden.

Soziale und Nahrungsmittelkrise

Die exportorientierte landwirtschaftliche Produktion in den Entwicklungsländern ist kein Ausweg aus der weltweiten Hunger- und Nahrungsmittelkrise, im Gegenteil sie verschärft diese. Laut Welternährungsorganisation wird der **Hunger** weltweit im Jahr 2009 seinen höchsten Stand erreichen, so dass jeder sechste Mensch auf der Erde von Hunger und Unternahrung betroffen sein wird.

Im Rahmen der **WTO Regeln** ist es großen Agrarkonzernen, die von den großen Industrieländern subventioniert werden, erlaubt, weltweit große Mengen Güter zu Dumpingpreisen, unter dem Vorwand der Nahrungsmittelversorgung für den weltweiten Supermarkt, auf den Markt zu werfen. Schlimmer noch: Die bestehenden Handelsregeln zielen vor allem auf die Erhöhung

der Handelsvolumen, anstatt auf die Förderung der Nahrungsmittelsicherheit.

Viele Entwicklungsländer stehen unter dem gewaltigen Druck, Devisen für die **Bedeienung ihrer Schulden** bei globalen Finanzinstitutionen verdienen zu müssen.

Daher werden Ernteerträge, die auf den besten Ackerböden produziert werden, hauptsächlich in reiche Industrieländer exportiert.

Gleichzeitig werden Bauern und Bäuerinnen auf der südlichen Halbkugel von ihrem Land vertrieben und anstatt Nahrungsmittel für die Menschen im eigenen Land zu produzieren, erhöhen sie die Anzahl der Arbeitslosen in den Städten.

Zu all diesen Krisen, welche das gegenwärtige Handelssystem zur Grundlage haben, kommt eine anhaltende **soziale Krise** hinzu, die Hand in Hand mit der neoliberalen Globalisierung geht und die sich sowohl im Norden wie im Süden weiter verfestigt und vertieft.

Jahrzehnte des Freihandels mit Industriegütern haben zu einer weltweiten umfassenden **Verringerung der Löhne und einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen** geführt. ArbeiterInnen im Süden und Norden werden mehr und mehr gezwungen, in einem „Wetlauf nach unten“ miteinander in Konkurrenz zu treten. Dieser macht lediglich transnationale Konzerne reicher, für die die ArbeiterInnen lediglich ein Bestandteil in ihren globalen Versorgungsketten sind.

Entwicklungsländern ist es heute aufgrund von globalen und bilateralen Handelsregeln verboten, die gleichen Industrialisierungspolitiken und Strategien anzuwenden, die einst von den heute reichen Ländern angewendet wurden, um sich ausländische Investitionen für ihre Entwicklungsbedürfnisse zunutze zu machen.

Stattdessen sind die Länder gezwungen, miteinander um direkte ausländische Investitionen zu konkurrieren, indem sie ihre sozialen und Umweltstandards senken und damit das Rennen um den letzten Platz im weltweiten Maßstab beschleunigen.

Falsche Lösungen

Das aktuelle weltweite Handels- und Investitionssystem steht im Zentrum der vielschichtigen Krisen, die heute geballt die Erde erschüttern. Keine anhaltende Lösung kann für diese Krisen gefunden werden, ohne dass das neoliberale Modell und die Palette an Politiken, die von der WTO gemeinsam mit regionalen und bilateralen Handelsregularien eingeführt wurden, geändert werden.

Anstatt grundlegende Änderungen im gegenwärtigen Wirtschaftssystem anzustreben,

befürworten die meisten Regierungen weltweit weiterhin falsche Lösungen, wie den **Abschluss der WTO-Doha Runde** und die Umsetzung von **weiteren bilateralen und bi-regionalen Handelsabkommen**. Mehr noch: diese Handelsabkommen werden die Krise jedoch nur verschärfen.

Finanzdienstleistungen weiter zu liberalisieren und zu deregulieren wird keinesfalls die Kredite, Anleihen und Hypotheken der Menschen absichern, sondern Banken und Versicherungsgesellschaften noch mehr ermöglichen, die Einlagen für risikoreiche Spekulationen zu nutzen.

Eine weitere Senkung der Zölle wird nicht helfen, Hunger leidende Menschen zu ernähren, weil damit die Existenzgrundlage von noch mehr LandwirtInnen auf der südlichen wie der nördlichen Halbkugel zerstört wird, um die Interessen der Agrarindustrie zu bedienen und deren Macht und Steuerung des Nahrungsmittelsystems noch weiter auszubauen.

Die Senkung von Zöllen auf Industriegüter und die Abschaffung von technischen Standards wird auch nicht zur Schaffung neuer Arbeitsplätze im Norden oder im Süden führen. Anstatt dessen wird sie die Abwärtsspirale der Sozial- und Arbeitsbedingungen verstärken, besonders für Frauen und ärmere Gemeinden.

Um die Finanz-, Klima- und Nahrungsmittelkrise der Gegenwart zu lösen, müssen die **Regierungen** den notwendigen politischen **Spielraum** und die Flexibilität haben, ihre Wirtschaft zu regulieren und in vielen Fällen zu re-regulieren, um dem **Allgemeinwohl** der Menschen und der Umwelt zu dienen.

Solange verbindliche Handelsregeln, die nur dazu dienen, kurzfristige Profite und strategische Interessen von transnationalen Konzernen zu sichern – sei es durch die WTO oder durch regionale bilaterale Handelsabkommen – solange werden den Regierungen die Hände gebunden sein, diese Herausforderungen zu meistern, auf nationaler wie auf internationaler Ebene.

Aufruf zum Handeln

Wir wollen den Widerstand gegen ein weiteres **WTO-Ministertreffen** organisieren, das **Ende November 2009**, mit dem Ziel den Einfluss der WTO weiter auszubauen, stattfindet – genau 10 Jahre nach der "Schlacht von Seattle" und nur wenige Tage vor dem entscheidenden UN Klimagipfel in Kopenhagen.

Lasst uns gemeinsam aktiv werden.

Um die aktuellen globalen systembedingten Krisen zu überwinden, müssen wir gemeinsam die Schaffung einer **neuen Wirtschaftsordnung** fordern – die die Befriedigung grundlegender menschlicher Bedürf-

nisse und die Umsetzung aller sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen, politischen Rechte sowie Menschenrechte ins Zentrum stellt – und die auf Produktions- und Konsummodellen beruht, die die natürlichen Grenzen der Rohstoffversorgung der Erde respektieren, und die eine gerechte Verteilung dieser Rohstoffe unter allen Menschen sowie den Einsatz von sauberen, sicheren und erneuerbaren Energien vorsieht.

Als wichtigen ersten Schritt in Richtung einer neuen Wirtschaftsordnung fordern wir, dass das neoliberale Handelsregime ausrangiert und durch ein **alternatives multilaterales Handelssystem** ersetzt wird, das gerecht, nachhaltig und partizipativ ist.

Wir rufen daher soziale Bewegungen, Gewerkschaften und zivilgesellschaftliche Organisationen auf der ganzen Welt auf, in den kommenden Monaten mit uns zusammen dem neoliberalen Handels- und Globalisierungsregime, das die globalen Krisen verursacht und verschärft, zu widerstehen und es zu ersetzen,

- durch Aktionen und die Mobilisierung der Mitgliedsorganisationen von **Our World is Not For Sale**, um den Abschluss der **WTO-Doha-Runde** vor und nach dem Ministertreffen in Genf zu **verhindern**;
- durch das Vorantreiben und die Etablierung eines **Moratoriums** für bilaterale und bregionale Freihandelsabkommen in bestimmten Ländern und Regionen;
- durch Aktionen im Vorfeld des **Klimagipfels in Kopenhagen**, die sicherstellen, dass die WTO und ihr neoliberales Modell des Freihandels als falsche Lösungen für die Klimakrise bloßgestellt werden.

Als Subjekte der Geschichte ist es an der Zeit, dass wir eine sofortige umfassende Kehrtwende fordern, bevor es zu spät ist.

Unterzeichnet von:

A SEED Europe Netherlands / AFTINET Australia / AITEC FRANCE / Alianza Social Continental Perú / All Nepal Peasants' Federation / Alliance of Progressive Labor (APL) Philippines / Andhra Pradesh Vyavasaya Vruthidarula Union-APVVU INDIA / Anti Debt Coalition (KAU) Indonesia / Art for Change Canada / Asia Pacific Mission for Migrants (APMM) / Asia Pacific Research Network Philippines / Asian Peasant Coalition (APC) / Attac Austria / Attac Catalonia / ATTAC Japan / ATTAC Spain / ATTAC-Greece / ATTAC-Québec Canada / BanglaPraxis Bangladesh / Berne Declaration Switzerland / Bharat Jan Vigyan Jatha / Delhi Platform India Bharatiya Krishak Samaj (Indian Farmers' Organisation) / Campaign for the Welfare State Norway / Canadians for Action on Climate Change / Coalition Against Trafficking in Women - Asia Pacific (CATW-AP) Philippines / Confederation of Labor and Allied Social Services (CLASS) Philippines / Corporate Europe Observatory (CEO) Belgium / Council of Canadians Canada / Council of Canadians (Annapolis Valley chapter) Canada / Council of Canadians Toronto Chapter Canada / D5 USA / Ecologistas en Acción Spain / Economic Justice Network South Africa / EQUATIONS India /

ESK -Trade Union Basque Land / FAIR Italy / Focus on the Global South Asia / Forum For Biotechnology & Food Security India / Frente Social y Popular Asunción-Paraguay / Fundacion Solon Bolivia / IBON Foundation Philippines / India FDI Watch India / Informationsgruppe Lateinamerika (IGLA) Austria / Iniciativa contra los Agronegocios, America Latina / International Gender and Trade Network Brazil / Janpahal India / Jobs with Justice: Portland, OR USA / Labour, Health and Human Rights Development Centre Nigeria / LATINODD Peru / Llamado Mundial a la Acción contra la Pobreza - PERU / Marcha Mundial de las Mujeres Perú / Muxlow Clan Canada / n/a Canada / n/a UK / Nigeria Transformation Initiative (NgTI) Nigeria / Norsk Tjenestemannslag Norway / Oakland Institute USA / Observatorio de la Deuda en la Globalización Catalunya - Estado español / Peterborough and Kawartha's chapter, Council of Canadians Canada / Polaris Institute Canada / Programa Universitario México Nación Multicultural - UNAM- México / Project Allende Argentina / Public health and international development sciences student Sweden Quill Plains Chapter, Council of Canadians CANADA / Red Mexicana de Accion frente al Libre Comercio- RMLC Mexico / retired Canada SEARCH Foundation Australia / SMART ASSOCIATION INDIA / Solidarity Workshop Bangladesh / St. John's Eco-Cell Canada / taiga-institute finland / TIE-Netherlands / Turkey Trade Strategy Group and Biowatch South Africa / TRADITIONAL HEADMAN CANADA / Transnational Institute (TNI) Netherlands / University McGill Canada / Unorganised Sweden War on Want UK / Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung (WEED e.V.) Germany / WIDE Belgium World Development Movement UK / World March of Women International / Worldview-The Gambia Gambia

Übersetzung: Gina Heidemann, Coeditrad, und SiG-Redaktion

<http://www.ourworldisnotforsale.org/en/signo/global-turn-around>

Erschienen in SiG 78

Attac Verbände (u.a. Attac De) sind Mitglieder in dem Bündnis „Our world is not for sale“ (OWINFS)



<http://www.ourworldisnotforsale.org/>

S. auch
**die Stop EPA Kampagne,
an der Attac De teilnimmt**
www.stopepa.de

Systemwechsel statt Klimawandel

Die Erklärung vom Klimaforum09, Kopenhagen

Unterschrieben von ca. 500 Organisationen, darunter:
*ATTAC Dänemark, Attac Deutschland, ATTAC Finnland, ATTAC Flandern,
ATTAC Frankreich, ATTAC Italien, ATTAC Japan, ATTAC Österreich,
ATTAC Polen, ATTAC Spanien, ATTAC Schweden, ATTAC Togo,
Sozialforum Österreich, Focus on the Global South, Jubilee South, TNI, ...*

Präambel

Es gibt Lösungen für die Klimakrise. Was die Menschen und der Planet brauchen, ist ein gerechter und nachhaltiger Übergang unserer Gesellschaften hin zu einer Form, welche die Lebensrechte und die Würde aller Völker sichert und für zukünftige Generationen einen fruchtbareren Planeten und ein erfüllteres Leben bietet.

Dieser Übergang muss auf den Prinzipien der Solidarität beruhen – insbesondere mit den am meisten Gefährdeten –, nämlich mit den Grundsätzen der Nicht-Diskriminierung, der Geschlechtergleichheit, der Gerechtigkeit und der Nachhaltigkeit; in Anerkennung der Tatsache, dass wir ein Teil der Natur sind, die wir lieben und respektieren. Um die Klimakrise anzugehen, ist es jedoch notwendig, Bewusstsein zu schaffen und entschlossene Aktionen umzusetzen, die sich an den Rechten orientieren. Alle Staaten haben eine Verpflichtung zu internationaler Zusammenarbeit, um weltweit die Beachtung der Menschenrechte in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen durchzusetzen.

Wir, die teilnehmenden Völker, Gemeinschaften und alle Organisationen beim Klimaforum09 in Kopenhagen, rufen jede einzelne Person, Organisation, Re-

gierung und Institution einschließlich der Vereinten Nationen auf, zu diesem notwendigen Übergang beizutragen. Es wird eine herausfordernde Aufgabe sein.

Die gegenwärtige Krise weist ökonomische, soziale, ökologische, geopolitische und ideologische Aspekte auf, die miteinander in Wechselwirkung stehen und sich sowohl gegenseitig verstärken als auch die Klimakrise verschärfen.

Der gegenwärtige Zeitpunkt, an dem die Krisen von Klima, Energie, Finanzen, Ernährung und Wasser etc. aufeinander zulau- fen und sich verstärken, drängt uns dazu, uns zu vereinigen und das herrschende soziale und ökonomische System ebenso zu verändern wie das System der globalen Regierungsführung, welches gegenwärtig die zur Lösung der Klimakrise notwendigen Schritte blockiert.

Deshalb muss eine Bewegung von unten handeln. Umwelt- und Klimaschulden müssen beglichen werden. Es sollten keine falschen, gefährlichen oder kurzfristigen Lösungen propagiert und übernommen werden, wie etwa Kernenergie, Agrosprit, Emissionshandel, Techniken zur Speicherung von CO2 (CCS), Biokoh-

le, Geo-Engineering und Kohlenstoffhandel.

Stattdessen sollten wir einen wirklich nachhaltigen Übergang umsetzen, der sowohl auf sauberen, sicheren und erneuerbaren Ressourcen als auch auf Energieeinsparung beruht.

Wir begrüßen die Schaffung von Bündnissen quer durch soziale Bewegungen und gesellschaftliche Gruppen, die alle Altersgruppen, Geschlechter, Ethnien, Glaubensüberzeugungen, Gemeinschaften und Nationalitäten repräsentieren. Wir wollen die Zukunft in unsere eigene Hand nehmen, indem wir eine starke und breite Bewegung bilden von Jugendlichen, Männern, Frauen, Arbeitern, Bauern, Fischern, indigenen Völkern, Menschen aller Hautfarben, von Gruppen, die städtische und auch ländliche Gemeinschaften vertreten – eine Bewegung, die auf allen Ebenen der Gesellschaft die Zerstörung der Umwelt und den Klimawandel bekämpfen kann.

Wir fordern eine neue internationale Wirtschaftsordnung und unterstützen eine starke und demokratische UNO im Gegensatz zu G8, G20 oder anderen geschlossenen Gruppen mächtiger Staaten.

A. Wie wir die Herausforderung sehen

Die Konzentration von Treibhausgasen in der Atmosphäre ist bereits so hoch, dass das Klimasystem aus dem Gleichgewicht gebracht worden ist. CO2-Konzentration und weltweite Temperaturen sind in den letzten 50 Jahren rascher als jemals zuvor auf der Erde angestiegen und werden in den kommenden Jahrzehnten sogar noch schneller zunehmen.

Dies kommt zu einer Reihe von anderen ökologischen Gleichgewichtsverlusten hinzu, deren Folgen Leben und Lebensgrundlage aller Menschen bedrohen, in besonders scharfer Form aber die verarmten Menschen und andere ungeschützte Gruppen.

Das Ungleichgewicht des Klimasystems führt unter anderem zu stärkeren und häufigeren Extremen bei Hitze- und Regenverteilungen, bei tropischen Wirbelstürmen, Hurricanes und Taifunen, extremen Überflutungen und Dürreperioden, Verlust von Biodiversität, Erdtrüt-

schon, steigendem Meeresspiegel, Trinkwassermangel, kürzeren Anbauperioden, geringeren Erträgen, Verlust oder Verschlechterung von Ackerland, verringerter landwirtschaftlicher Produktion, Verlusten bei Viehherden, Zerstörung von Ökosystemen und verringertem Fischbestand. Diese Erscheinungen haben zur Folge Nahrungsmittelkrisen, Hunger, Krankheit, Tod, Vertreibung und die Auslöschung von nachhaltigen Lebensweisen. In Wechselwirkung damit stehen die Einführung von genetisch modifizierten Lebewesen, Monokulturen im Ackerbau und industrialisierte Landwirtschaft, die allesamt stark durch die Konzerne gefördert werden.

Diese Phänomene bedrohen die Stabilität und Diversität von Ökosystemen in ernsthafter Weise, sie marginalisieren Kleinbauern und tragen zu ihrer Verarmung bei und untergraben die Nahrungsmittelsouveränität. Konzerngesteuerte Landwirtschaft ist darauf angelegt,

einer aufgeblähten globalen Nachfrage zu begegnen, die eher durch Überkonsumtion vor allem im globalen Norden verursacht wird als durch örtliche Grundbedürfnisse. Das Gleiche gilt für moderne industrialisierte Fischwirtschaft, intensive Forstwirtschaft und Bergbau, die Ökosysteme zerstören, Biodiversität verringern und Leben und Lebensgrundlage lokaler Gemeinschaften zerstören.

Zusammen mit wachsender sozialer Ungleichheit und einer schweren Beeinträchtigung unserer gemeinsamen Umwelt zerstören diese Effekte des Klimawandels bereits das Leben von Millionen von Menschen sowie ihre lokalen Gemeinschaften. Andererseits sind wir, die Menschen, nicht bereit, diese Tatsache als unser Schicksal hinzunehmen. Deshalb gibt es schnell wachsende Basisbewegungen, die entschlossen sind ihre Lebensgrundlage zu verteidigen und sich gegen die Kräfte und

Faktoren zu wenden, die uns auf diesen letztlich selbstmörderischen Weg der Umweltzerstörung geführt haben.

In Asien, Afrika, dem Nahen Osten, in Ozeanien sowie in Süd- und Mittelamerika oder an der Peripherie von Nordamerika und Europa entstehen Basisbewegungen, um sich gegen die Ausbeutung ihres Landes durch fremde Interessen zur Wehr zu setzen und wieder die Kontrolle über ihre eigenen Ressourcen zu gewinnen.

Eine neue Form von Engagement hat die umweltpolitischen Bewegungen revitalisiert und so zu einer großen Breite von Protesten und Aktionen geführt, die sich u.a. gegen Bergbau, Staudämme, Entwaldung, Kohlekraftwerke, Luftverkehr und den Bau neuer Straßen auflehnen.

Es gibt ein wachsendes Bewusstsein davon, dass es notwendig ist, das gegenwärtige wirtschaftliche Paradigma in grundlegender Weise zu ändern. Bei verschiedenen Bewegungen entwickeln sich alternative Lebensformen.

Gleichzeitig wird es der Öffentlichkeit deutlich, dass die gegenwärtigen Machthaber nicht bereit sind, sich den Bedrohungen durch Klimawechsel und Verschlechterung der Umwelt zu stellen und wirksam dagegen vorzugehen.

Die so genannte Strategie des 'grünen Wachstums' oder des 'nachhaltigen Wachstums' hat sich als Vorwand entpuppt, um das gleiche grundlegende Modell der wirtschaftlichen Entwicklung weiter zu verfolgen, das eine der Grundursachen von Umweltzerstörung und Klimakrise ist.

B. Die Ursachen aus unserer Sicht

Die unmittelbare und vorrangige Ursache des anthropogenen Klimawandels ist eine beispiellos hohe Emission von Treibhausgasen in die Atmosphäre, die ihren Ursprung hat in der zunehmenden Verbrennung fossiler Brennstoffe für Zwecke der Industrie, des Handels und Transports sowie des Militärs, um nur einige, aber wichtige Quellen zu nennen.

Andere wichtige Antreiber des Klimawandels sind Waldschädigung – mit Ausnahme der von indigenen Völkern geübten nachhaltigen Praxis des Wanderfeldbaus –, Entwaldung, Rohstoffindustrien, Störung des Wasserkreislaufs, Ausweitung der Gebiete mit industrialisierter Landwirtschaft durch Landnahme, verstärkte industrielle Fleischproduktion und andere Formen nicht-nachhaltiger Nutzung natürlicher Ressourcen.

Ungleiches Eigentum an und Kontrolle über die Ressourcen

Diese unmittelbaren Ursachen sind das Ergebnis eines nicht-nachhaltigen weltweiten Wirtschaftssystems, das auf ungleichem Zugang zu und ebensolcher Kontrolle von den begrenzten Ressourcen dieses Planeten beruht sowie auf den Vorteilen, die aus deren Nutzung erwachsen. Dieses System setzt die Aneignung der lokalen, nationalen und weltweiten öffentlichen Gütern durch lokale und globale Eliten voraus.

Was als große Schritte in Technik, Produktion und menschlichem Fortschritt gelobt worden ist, hat in Wahrheit globale Katastrophen in Umwelt und Wirtschaft befördert. Immer noch

widmet sich eine privilegierte globale Elite einer rücksichtslos profitorientierten Produktionsweise und einer grob exzessiven Konsumtion, während ein Großteil der Menschheit in Armut verharrt, mit einem Konsum, der gerade noch das Überleben sichert oder sogar nicht einmal dies. Das ist die Situation nicht nur im globalen Süden, sondern auch im Norden. Die weltgrößten transnationalen Konzerne, die vor allem in den Ländern des Nordens und in Steueroasen ihre Basis haben, dabei aber ihr Operationsfeld ausweiten, sind seit langem schon die Speerspitze dieser Exzesse.

Der Wettbewerb zwischen transnationalen Konzernen und reichen Ländern um Ressourcen und größere Marktanteile, ferner auch Handelsabkommen und Verträge, haben zu einer neokolonialen Unterdrückung der Völker des Südens geführt, die ihnen den rechtmäßigen Besitz und die Kontrolle über ihre Ressourcen streitig macht. Die Welthandelsorganisation (WTO) und internationale Finanzinstitutionen wie auch die Europäische Union (EU) und die USA verstärken über bilaterale Handelsabkommen die Privatisierung und Kommerzialisierung öffentlicher Ressourcen und intensivieren damit die Ausplünderung der Ressourcen in unterentwickelten Ländern, denen sie Bedingungen aufzwingen, welche deren Abhängigkeit noch verstärkt.

Vorherrschende Denkmuster und Alternativen

Bei dem von diesen Institutionen geförderten Entwicklungsmodell handelt es sich nicht nur

um 'Wirtschaft'. Das vorherrschende ökonomische Paradigma ist eng verknüpft mit einer Denkweise, die den Menschen als 'wirtschaftenden Menschen – als homo oeconomicus' begreift. Verstärkt wird diese Ideologie durch entsprechend gesteuerte Medien und Marketing-Firmen, die Egoismus, Wettbewerbsdenken, materiellen Konsum und hemmungslose Akkumulation von privatem Reichtum propagieren – und zwar unter absoluter Missachtung der gesellschaftlichen und ökologischen Konsequenzen eines solchen Verhaltens. Dieses Denksystem ist auf das Engste verknüpft mit Strukturen von Patriarchat und Paternalismus.

Wenn wir wirklich die Probleme dieser Krise angehen wollen, so müssen wir anerkennen, dass die menschliche Art ein Teil sowohl der Natur als auch der Gesellschaft ist und nicht ohne eine von beiden existieren kann. Wenn daher die Menschheit überleben soll, so müssen wir die Integrität von Mutter Erde respektieren und nach Harmonie mit der Natur sowie nach Frieden innerhalb und zwischen den Kulturen streben. Wir sind zugleich Angehörige verschiedener Nationen und der Einen Welt. Jeder von uns hat teil an der Verantwortung für das gegenwärtige und zukünftige Wohlergehen der menschlichen Familie und der umfassenderen lebendigen Welt. Der Geist der Solidarität und der Verwandtschaft mit allen Lebewesen wird gefestigt, wenn wir nach dem Prinzip leben, dass wir eine von vielen Arten sind.

C: Ein gerechter und nachhaltiger Übergang

Es ist klar, dass die Lösung der Klimakrise weit reichende Umformungen erfordert, die gegenwärtig keinen Platz haben auf der Tagesordnung der Entscheidungsträger in Regierungen und multilateralen Einrichtungen. Die Menschen verlangen nach einem Systemwechsel, nicht bloß nach 'business-as-usual' und auch nicht nach einem unkritischen Einsatz von Technologie und Marktmechanismen, auf welche einflussreiche Kräfte die Klimaagenda beschränkt haben.

Basisbewegungen greifen eine Reihe von alternativen gesellschaftlichen Visionen auf und sehen konkrete Schritte vor, die ergriffen werden müssen, um sich in Richtung auf eine nachhaltige Zukunft zu bewegen – und zwar bei der Lösung der Klima-, Wasser-, Nahrung- und Wirtschaftskrise. Solch ein

nachhaltiger Übergang wird auf der Grundlage vieler verschiedener Initiativen beginnen.

Solche Schritte sind:

Nahrungssouveränität und ökologische Landwirtschaft: Es geht um das Recht der Menschen, Gemeinschaften und Länder, ihr eigenes Produktionssystem zu bestimmen, was eine Politik in den Bereichen Landwirtschaft, Fischerei, Ernährung, Forstwirtschaft und Land einschließt, die ökologisch, sozial, ökonomisch und kulturell dem Umfeld angepasst ist. Zugang und Kontrolle hinsichtlich produktiver Ressourcen wie Land, Saatgut und Wasser muss für die Menschen, insbesondere für die Frauen, respektiert und gesichert sein. Die landwirtschaftliche Pro-

duktion muss grundsätzlich auf lokalem Wissen beruhen sowie auf angepasster Technologie und ökologisch nachhaltigen Techniken, die CO₂ und Wasser in den verschiedenen einheimischen Pflanzensystemen binden und mehr Nährstoffe an den Boden zurückgeben als sie ihm entnommen haben. Die Nahrungsproduktion in der Landwirtschaft muss grundsätzlich auf die Abdeckung lokaler Bedürfnisse ausgerichtet sein, sie muss anregen zu Selbstversorgung und Arbeitsplätzen vor Ort, wobei sie Ressourcenverbrauch, Abfallerzeugung und Emission von Treibhausgasen minimiert.

Demokratisches **Eigentum** und Kontrolle der Wirtschaft: Nötig ist die Reorganisation der produktiven Einheiten einer Gesellschaft

nach dem Kriterium demokratischerer Formen von Eigentum und Management, um die Befriedigung der Grundbedürfnisse gewährleisten zu können, wie etwa Schaffung von Arbeitsplätzen, Zugang zu Wasser, Unterkünften, Land, Gesundheitsversorgung und Erziehung sowie Nahrungssouveränität und ökologische Nachhaltigkeit. Die öffentliche Politik muss sicherstellen, dass das Finanzsystem im Sinne des Gemeininteresses arbeitet und ferner dafür Sorge tragen, dass Ressourcen für die nachhaltige Umgestaltung von Industrie, Landwirtschaft und Dienstleistungen umgeleitet werden.

Energiesouveränität: Eine dramatische Reduzierung des Energieverbrauchs vor allem in den Ländern, die sich bereichern haben, verbunden mit einem Mix aus erneuerbaren und öffentlich zugänglichen Energiequellen (Sonnen-, Wind- oder geothermische Energie, dazu kleine Talsperren und Gezeitenkraftwerke); die Entwicklung einer netzunabhängigen Elektrizitätsverteilung, um die Energieversorgung von Gemeinschaften zu sichern; schließlich die Überführung der Elektrizitätsnetze in Gemeineigentum.

Ökologische Planung von städtischen und ländlichen Gebieten: Ziel ist die radikale Reduzierung der Inputs an Energie und Ressourcen sowie des Outputs an Abfall und Verschmutzung, wobei zugleich eine ortsnahe Versorgung der Bürger hinsichtlich der Grundbedürfnisse anzustreben ist. Stadtplanung und ländliche Planung beruhen auf dem Prinzip der sozialen Gerechtigkeit und der gleichen Versorgung für alle Menschen, was den Transportbedarf einschränken wird. Öffentliche Verkehrssysteme wie leichte und Hochgeschwindigkeits-Schienensysteme sowie der Gebrauch von Fahrrädern sind zu fördern, wodurch der Bedarf an privaten Motorfahrzeugen sinken wird, was die Gesundheit verbessert und den Energieverbrauch senkt.

Erziehung, Wissenschaft und kulturelle

Einrichtungen: Erziehung und öffentliche Forschung müssen sich insofern umorientieren, als sie den Bedürfnissen der Menschen und der Umwelt zu dienen haben, anstatt die gegenwärtige Ausrichtung an der Entwicklung kommerziell profitabler und firmeneigener Technologien fortzusetzen. Forschung und Entwicklung sollten primär ein offenes und auf Zusammenarbeit gegründetes Unterfangen im gemeinsamen Interesse der Menschheit sein. Patente auf Ideen und Technologien sind abzuschaffen. Ein fairer und gerechter Austausch angepasster Technologien, traditionellen Wissens und einheimischer innovativer Verfahren und Konzepte sollte gefördert werden.

Schluss mit **Militarismus** und Krieg: Das gegenwärtige, auf dem Verbrauch fossiler Brennstoffe beruhende Entwicklungsmodell führt zu Gewalt, Krieg und militärischen Konflikten zwecks Verfügungskontrolle über Energie, Land, Wasser und andere natürliche Ressourcen. Dies zeigt die US-geführte Invasion und Besetzung des Irak und von Afghanistan. Ferner auch die weltweite Militarisierung in Regionen, die reich an fossilen Brennstoffen und anderen natürlichen Ressourcen sind. Bauern und indigene Gemeinschaften werden ebenfalls gewaltsam von ihrem Land vertrieben, um Platz zu machen für Agrospritplantagen. Milliarden von Dollars werden für den militärisch-industriellen Komplex ausgegeben, womit enorme materielle und menschliche Ressourcen verschwendet werden, die stattdessen einer Umsetzung des nachhaltigen Übergangs dienen sollten.

Indem wir nach vorne gehen, lernen wir durch unsere Praxis. Diese Schritte werden uns dabei helfen, die breite Mehrheit der Menschen davon zu überzeugen, dass ein nachhaltiger Übergang das Versprechen eines erfüllteren guten Lebens in sich birgt.

Die sozialen, politischen, wirtschaftlichen und ökologischen Bereiche sind eng mitein-

ander verflochten. Eine schlüssige Strategie muss daher alle diese Gebiete ins Auge fassen, was in der Tat der zentrale Gedanke hinter dem Konzept des **nachhaltigen Übergangs** ist.

Ein Gesichtspunkt dieses Konzepts ist die Wiederherstellung von **lokalen Gemeinschaften** als grundlegender sozialer, politischer und wirtschaftlicher Einheit statt einer Ausrichtung am Weltmarkt. Sozialer Zusammenhalt, demokratische Teilhabe, ökonomische und ökologische Verantwortung können nur erreicht werden, indem der Prozess der Entscheidungsbildung auf die unterste angemessene Ebene zurück verwiesen wird. Dies ist eine grundlegende Lehre, die uns ethnische Kulturen und lokale Gemeinschaften zuteil werden lassen.

Ein an lokalen Gemeinschaften orientierter Ansatz steht jedoch nicht im Widerspruch zur Notwendigkeit von weitgehender **internationaler Kooperation**. Ganz im Gegensatz dazu wird es starker Bündnisse innerhalb und jenseits aller Grenzen zwischen direkten Produzenten in Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Industrie bedürfen. Bündnisse, die auch die Stärke des Gedankens der Gleichheit zwischen den Geschlechtern nutzen und die ungerechte Machtbeziehungen auf allen Ebenen sowohl erkennen als auch überwinden. Dies schließt ebenfalls die Notwendigkeit von Abkommen zur stärkeren regionalen und internationalen Zusammenarbeit ein, um allgemeine und anteilig genutzte Ressourcen wie etwa grenzüberschreitende Wasserressourcen zu verwalten. Ferner wird die internationale Zusammenarbeit den entwickelten gegenseitigen Austausch von Ideen, Technologien und Kenntnissen über alle Grenzen hinweg fördern, wie auch einen auf gegenseitigen Respekt gegründeten offenen Dialog zwischen verschiedenen Kulturen.

D: Wege zum Übergang

Viele Menschen sind an der praktischen Herausforderung einer nachhaltigeren Industrie, Land- und Forstwirtschaft, im Fischereiwesen und beim Sektor erneuerbarer Energie beteiligt. Diese **Initiativen** innerhalb des Systems haben ferner **Bündnisse** geschaffen zwischen anderen Sektoren der Gesellschaft, der Gewerkschaften, Verbraucher, Stadtbewohner, Lehrer und Forscher, die alle nach einer nachhaltigeren Lebensweise streben.

Vereinte Nationen und UN-Klimakonferenz in Kopenhagen (COP):

Wir müssen das Wort ergreifen bei der UN-Klimarahmenkonvention (UNFCCC) und bei der UN-Klimakonferenz in Kopenhagen (COP). Die Lehren aus früheren Verhandlungsrunden sind nicht sehr viel verspre-

chend. Trotz der im Fokus der Öffentlichkeit stehenden Pläne für eine konzertierte Aktion, die zuerst bei der Klimakonferenz in Rio (1992) und später im Kyoto Protokoll (1997) auf den Weg gebracht wurden, sind die Ergebnisse mager und die Probleme ungelöst. Tatsächlich hat sich die Situation verschlechtert, da die Prinzipien, Ziele und Zeitpläne sowohl der Rio-Konferenz als auch des Kyoto-Protokolls nicht vorangekommen sind.

Die gleichen Kapitalinteressen, die hauptsächlich für die Entstehung der Klimakrise verantwortlich sind, haben einen immensen Einfluss auf die Klimapolitik auf nationalem und globalem Niveau. Wir sind strikt gegen diesen undemokratischen Einfluss der Kapitallobby auf die laufenden Verhandlungen in Kopenhagen. Im Gegensatz dazu fordern

wir die Staaten auf, ein Bewertungssystem einzurichten für alle politischen Entwürfe und Politikinstrumente der UN-Klimarahmenkonvention, um für umfassende Beratungsprozesse unter Einbeziehung aller Interessenvertreter zu sorgen, welche bestehende Ungleichheiten vermindert, ob sie nun auf Geschlecht, Hautfarbe, Alter, Behinderungen oder andere Formen der Diskriminierung bei den Kopenhagener Verhandlungen beruhen.

Wir verlangen, dass in Kopenhagen eine Übereinkunft erzielt wird, welche die Wiederherstellung des ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Gleichgewichts des Planeten Erde durch Mittel einleitet, die ökologisch, sozial und wirtschaftlich nachhaltig und fair sind, und dass ein rechtlich bindender Vertrag das Ergebnis sein wird.

Unsere Forderungen

Wir appellieren an die Führer in der Klimarahmenkonvention der UN, die Forderungen und Alternativvorschläge der Menschen vorzutragen.

1. Stufenweiser Ausstieg aus fossilen Energieträgern: Wir verlangen eine klare Strategie zum Ausstieg aus der Ära der fossilen Brennstoffe innerhalb der nächsten 30 Jahre, die alle fünf Jahre durch markante Wegmarken überprüft werden muss. Wir verlangen von den Industriestaaten eine sofort einsetzende **Reduzierung** der Treibhausgasemissionen von mindestens **40%** bis 2020 – bezogen auf den Stand von 1990.

2. Reparationen und Kompensationszahlungen für Klimaschulden und Verbrechen: Wir verlangen umfassende Reparationen für die Länder des Südens und andere, die durch Staaten des Nordens, durch transnationale Konzerne und Einrichtungen der Steueroasen in die Verarmung gedrängt wurden. Damit sprechen wir zum Teil **geschichtliches Unrecht** an, das mit unfairer Industrialisierung und Klimawandel verbunden ist und seine Quelle im Genozid an indigenen Völkern, transatlantischem Sklavenhandel, der Epoche des Kolonialismus und auch in Invasionen hat. Dies muss mit einer ebenso klaren Strategie verbunden sein, welche die Klima- und im weiteren Sinne ökologische Schuld der Staaten, die sich bereichert haben, bei den verarmten Völkern wiedergutmacht. Es sollte ein globaler demokratischer Fond eingerichtet werden, der den Opfern des Klimawandels direkte Unterstützung anbietet. Die entwickelten Staaten müssen neue, verpflichtende, angemessene und verlässliche Finanzierung anbieten sowie **patentfreie Technologien**, damit die Entwicklungsländer sich besser an schädliche Auswirkungen des Klimawandels anpassen können und ihre Emissionen reduzieren können. Dies würde es den Entwicklungsländern ermöglichen, ihren Beitrag zur Eindämmung des Klimawandels zu leisten und dabei gleichzeitig die Bedürfnisse und Erwartungen ihrer Bürger zu berücksichtigen. Internationale Finanzinstitutionen,

Geber- und Handelseinrichtungen sollten sich nicht an den Reparationen beteiligen.

3. Ein sofortiges weltweites Verbot der Abholzung von Urwäldern und parallel dazu die Einführung eines ehrgeizigen globalen Aufforstungsprogramms, das auf einheimischen unterschiedlichen Arten basiert – in Partnerschaft mit indigenen Völkern und waldabhängigen Gemeinschaften. In ähnlicher Weise ist ein Verbot von im großen Maßstab angewendeten industrialisierten Fischfangmethoden anzustreben, bei Rückkehr zu einer vorwiegend lokalen und nachhaltigen **Fischereiwirtschaft**. Schließlich gehört dazu auch ein Verbot von Praktiken der **Landnahme** durch ausländische Investoren und die Anerkennung und ungeteilte Zustimmung zum Prinzip der Volkssouveränität bezüglich der natürlichen Ressourcen.

4. Wir wenden uns energisch gegen rein marktorientierte und technologiezentrierte falsche und gefährliche Lösungen, wie sie von vielen Konzernen, Regierungen und internationalen Finanzinstitutionen ins Feld geführt werden. **Diese umfassen Kernenergie, Agrosprit, Techniken zur Speicherung von CO2 (CCS), Mechanismen für umweltverträgliche Entwicklung (CDM), Biokohle, genetisch veränderte, dem Klima angepasste Anbaufrüchte, Geo-Engineering und Emissionsreduktion durch Entwaldung und Waldentwertung (REDD)**, wie sie gegenwärtig durch die Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC) definiert werden. Diese Methoden erzeugen nur neue ökologische Bedrohungen, ohne die Klimakrise wirklich zu lösen. **Kohlenstoff- und Emissionshandel sind ebenfalls falsche und ungerechte Instrumente**, da sie eine im Gemeinbesitz befindliche Ressource - die Atmosphäre – wie eine Ware betrachten, die zum Eigentum wird und gehandelt werden kann. Bisher hat das System seine Verdienste nicht nachgewiesen; vielmehr führt die Möglichkeit für reiche Länder, ihre Reduktionsverpflichtungen aufzurechnen, zu einer Verstärkung des ungerechten und nicht-

nachhaltigen Systems.

5. Eine faire Besteuerung von Kohlenstoffemissionen: Anstelle eines Systems handelbarer Emissionsquoten fordern wir eine faire Besteuerung von Kohlenstoffemissionen. Die Einkünfte aus dieser Steuer sollten in gerechter Weise an die Menschen zurückgeführt werden und ein Anteil davon sollte darauf verwendet werden, die Anpassung an den Klimawandel und eine Schadensbegrenzung zu finanzieren. Dies ist jedoch kein Ersatz für die Erstattung von bereits angehäuften Klimaschulden. Vielmehr sollte dieser unterstützende Ausgleich nicht an Bedingungen geknüpft, aber frei von Marktmechanismen und der Mitwirkung von Finanzinstitutionen sein. Die Reduktion der Emissionen sollte deutlich angeregt werden durch eine stark ansteigende, transparente Kohlenstoffsteuer, **zusätzlich zu direkten Bestimmungen, welche den Ausstieg aus fossilen Brennstoffen forcieren und zugleich sichere, saubere und erneuerbare Energie ermöglichen.**

6. Multilaterale Institutionen und transnationale Konzerne: Ungerechte, nicht-nachhaltige und nicht zur Rechenschaft zu ziehende globale Wirtschafts- und Finanzinstitutionen wie **die WTO, die Weltbank, der IWF**, regionale Entwicklungsbanken, Geberinstitutionen und Handelsabkommen sollten **durch demokratische und gerechte Institutionen ersetzt werden**, die in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen handeln, die Souveränität der Menschen bezüglich ihrer Ressourcen achten und die Solidarität zwischen Menschen und Nationen fördern. Ferner sollte ein Mechanismus zur strengen Überwachung und Kontrolle der Operationen von transnationalen Konzernen eingeführt werden.

Schließlich verpflichten wir uns zu voller und aktiver Mitwirkung bei der Umsetzung des nachhaltigen Übergangs unserer Gesellschaften entsprechend den in dieser Deklaration entwickelten Leitlinien.

E. Eine globale Bewegung für eine nachhaltige Wende

Unabhängig vom Ergebnis der Kopenhagener Konferenz zum Klimawandel besteht ein **dringendes Bedürfnis zur Bildung einer globalen Bewegung der Bewegungen, die sich der langfristigen Aufgabe verpflichtet fühlt, einen nachhaltigen Übergang in unseren Gesellschaften zu fördern**. Im Gegensatz zu den herrschenden Machtstrukturen muss diese Bewegung **von unten nach oben** wachsen. Was wir brauchen ist ein breites Bündnis von Umwelt- und sozialen Bewegungen, von Gewerkschaften, Bauern, Zivilgesellschaften und anderen verbündeten Organisationen, die sowohl auf lokaler und nationaler wie auch

auf internationaler Ebene im alltäglichen politischen Kampf zusammen arbeiten können. Ein solches Bündnis schließt zugleich die Entwicklung einer neuen Denkweise und von neuen Arten des gesellschaftlichen Handelns ein und muss in der Lage sein, nicht nur auf nicht-nachhaltige Praktiken zu reagieren, sondern auch ein Beispiel dafür aufzuzeigen, wie eine neue nachhaltige Wirtschaft tatsächlich funktionieren kann. Wir, die teilnehmenden Menschen, Gemeinschaften und sozialen Organisationen beim Klimaforum09 verpflichten uns dazu, auf den bei diesem Ereignis erzielten Ergebnissen für die Weiterentwicklung einer globa-

len Bewegung der Bewegungen aufzubauen. Es ist das Ziel dieser Deklaration, die weitere Entwicklung einer solchen Bewegung dadurch anzuregen, dass wir die allgemeine Richtung aufzeigen, in die wir uns bewegen wollen.

Zusammen können wir globale Wende für zu einer nachhaltigen Zukunft gestalten. Schließt euch an!

<http://www.klimaforum09.org/Declaration>
http://www.klimaforum09.org/IMG/pdf/List_of_organisations_that_have_signed_the_Declaration-3.pdf

Übersetzer: G. Kramann, coorditrad / SiG
Erschienen in **Sand im Getriebe 79**

Für ein freies und souveränes Haiti !

**Internationale Petition von Jubileo Sur und über 100 Organisationen aus der ganzen Welt, u.a. Attac Argentinien, Attac Deutschland, Attac Frankreich, Attac Marokko, Attac Spanien, CADTM, Via Campesina
Gerichtet an die Regierungen und Organisationen,
die sich in Montreal wegen der Katastrophe in Haiti versammelt haben
26. Januar 2010**

Die jüngste Tragödie in Haiti hat wegen ihrer zerstörerischen Kraft, ihrer ökologischen und sozialen Folgen und vor allem wegen des Verlustes an Menschenleben die Völker der ganzen Welt erschüttert.

Leider sind Naturkatastrophen nichts Neues für dieses in der Karibik liegende Land, wie die Hurrikans Hanna und Ike aus dem Jahr 2008 es belegen.

Es ist auch nicht neu, dass die internationale Gemeinschaft Haiti Versprechungen über Zusammenarbeit und Hilfe macht. Wir, soziale Organisationen und Bewegungen, haben die Sorge, dass die internationale Antwort eventuell nicht auf der Basis der Achtung vor der Souveränität des Volkes von Haiti und in voller Übereinstimmung mit dessen Erfordernissen und Bitten erfolgen könnte.

Es ist an der Zeit, dass die Regierungen, die an der Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Haiti (MINUSTAH) teilnehmen, die Vereinten Nationen und vor allem die Vereinigten Staaten, Kanada und Frankreich, ihre bislang in Haiti verfolgte falsche Politik grundlegend überprüfen.

Die Verwundbarkeit des Landes durch Naturkatastrophen - die zum großen Teil durch die Verwüstung der Umwelt, das Fehlen grundlegender Infrastruktureinrichtungen sowie die geringe Fähigkeit des Staates zu sozialer Maßnahmen verursacht wurde - hängt auch mit der Politik zusammen, die in der Vergangenheit die Souveränität des Volkes und seines Landes untergraben hat. Diese Politik hat eine historische, soziale, ökologische und kulturelle Schuld angehäuft, wofür zu großen Teilen diesen Ländern und Institutionen die Verantwortung aufgebürdet werden muss. Es ist dringend erforderlich, diese Schuld gegenüber dem Volk von Haiti zu begleichen, noch viel dringender jetzt angesichts der Lage, der es gegenüber steht.

In diesem Sinn **lehnen wir die Militarisierung des Landes** als unangemessene Antwort auf die jüngste Katastrophe **ab** und kritisieren die einseitige Maßnahme der Vereinigten Staaten, mehr als 10.000 Soldaten zu entsenden, um ihre wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen durchzusetzen. Die Besetzung der letzten sechs Jahre durch ausländische Streitkräfte über den Umweg der MINUSTAH hat weder zur Stabilisierung noch zum Aufbau einer Infrastruktur oder zweckdienlicher öffentlicher Dienste wirklich beigetragen. Nichts weist darauf hin, dass ein Festhalten an dieser Politik ein wirksames Mittel für die Zukunft sein könnte.

Wir fordern von den Regierungen und internationalen Organisationen **die sofortige und bedingungslose Annullierung der Auslandsschulden Haitis**, deren Bedienung Millionen

von Menschenleben belastet. Wir fordern ebenfalls, dass die für die Hilfe und den Wiederaufbau vorgesehenen Mittel nicht zu einer neuen Verschuldung führen. Wir fordern weiterhin, dass an der Hilfe keine **Bedingungen** oder andere Restriktionen verknüpft werden, die nichts mit ihr zu tun haben und die deren Zielsetzung beeinträchtigen würden, eine Praxis, die für internationale Finanzinstitutionen wie die Weltbank, die Interamerikanische Entwicklungsbank (BID), den Weltwährungsfonds (IWF) sowie für die so genannten "Geberländer" üblich geworden ist. Darüber hinaus lehnen wir es ab, dass die privaten **multinationalen Unternehmen** diese Tragödie dazu nutzen, um unter dem Mantel des Wiederaufbaus des Landes goldene Geschäfte zu machen, wie es im Irak passiert ist, oder dass sie die billigen Arbeitskräfte ausnutzen und die Naturschätze ausbeuten. Die Gesellschaft Haitis, ihre Organisationen, ihre sozialen Bewegungen und ihre staatlichen Vertreter müssen an erster Stelle die internationalen Bemühungen zum Wiederaufbau ihres Landes leiten. **Sie** müssen die ersten sein, denen man zuhören und die man hören sollte, sie müssen die abschließende und **souveräne Kontrolle über die Entscheidungen behalten, die ihr Schicksal betreffen**.

Das Volk von Haiti ist immer wieder aufgestanden, dank einer Willenskraft und einer beispielhaften Einstellung, die es zu dem ersten freien Volk Amerikas gemacht haben. Jede Zusammenarbeit kann nur dann wirksam sein, wenn sie dieses Engagement zur Kenntnis nimmt und auf die Beteiligung der gesamten Bevölkerung zählt.

Wir bleiben wachsam und verfolgen die Ereignisse in einem ständigen Dialog mit den Organisationen und Partnern in Haiti, um dafür zu sorgen, dass die internationale Zusammenarbeit auf solidarischer Grundlage erfolgt und um zu vermeiden, dass die Fehler der früher verfolgten Politik sich nicht wiederholen.

Für ein freies und souveränes Haiti !

Bitte senden Sie Ihre Unterschrift an

jubileo@wamani.apc.org

Liste der Unterzeichner:

<http://www.cadtm.org/To-the-governments-and>

<http://www.cadtm.org/A-l-attention-des-gouvernements-et>

*Übersetzung: coorditrad (Jürgen Janz) /SiG-Redaktion
(Erschienen in SiG 80)*

Via Campesina, Jubilee Sur, MST Brasilien und viele mehr: Ein gigantisches Netzwerk von Militärbasen breitet sich über die ganze Welt aus.

Keine ausländischen Militärbasen!

Wir - Mitglieder von Bewegungen, Netzwerken und anderen Organisationen aus Lateinamerika – haben uns aus Anlass der Feier des 10. Geburtstages des Weltsozialforums in Porto Alegre, Brasilien, versammelt.

Angesichts einer neuen aggressiven Eskalation des Imperialismus schließen wir uns erneut in einer Kampagne zusammen, die derjenigen gleicht, die wir gegen die ALCA (Amerikanische Freihandelszone) organisiert haben, um zu bestärken, dass Lateinamerika eine friedliche Region ist, und um „NEIN“ zu ausländischen Militärbasen zu sagen!

Seit mehr als einem Jahrzehnt hat Lateinamerika einen Wandlungsprozess durchlaufen. Der Kampf für Unabhängigkeit, Rechte und das Wohlergehen seiner Bevölkerung verstärkt sich. Gleichzeitig wachsen durch den Imperialismus der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten die Bedrohungen der Völker. Eine konservative Reaktion zu den entstehenden politischen Änderungen bildet sich heraus.

In diesem Zusammenhang registrieren wir folgende Ereignisse:

- wachsende Anzahl von Militärbasen: Errichtung von sieben Basen auf kolumbianischem Territorium und Unterzeichnung von Verträgen mit Panama zur Errichtung von 11 Militärbasen;
- militärische Invasion unter dem Deckmantel von humanitärer Hilfe nach der Katastrophe von Haiti;
- Reaktivierung der Vierten Flotte der US Marine, bewaffnet mit Atomwaffen, mit dem Ziel, in den reichen Gewässern von Lateinamerika und der Karibik zu patrouillieren;
- Putsch-Versuche wie in Honduras, mit der logistischen Unterstützung der amerikanischen Militärbasis von Palmerola;
- Destabilisierungspläne gegenüber Ländern wie Paraguay, Bolivien und Venezuela;
- Intensivierung von Kampfhandlungen und Aufrechterhaltung des Embargos gegen Kuba
- Kriminalisierung der sozialen Kämpfe.

Die Intensivierung der militärischen Präsenz der USA in der Region hat nicht nur zum Ziel, einschüchternd auf die politischen Veränderungen in der Region zu wirken. Die US-Streitkräfte werden auch an strategisch wichtigen Orten mit natürlichen Ressourcen positioniert, wie z.B. im Amazonas mit seiner Artenvielfalt und im Südatlantik mit seinem Öl. All das gefährdet eindeutig

den Frieden, die Sicherheit und die Unabhängigkeit aller Länder der Region.

Ganz im Gegensatz zu dem, was von den herrschenden Cliquen und konservativen Kräften behauptet wird, ist die Welt nicht zu einem friedlichen, sicheren oder stabilen Ort geworden. Ernsthaftige Bedrohungen kommen auf die Menschheit zu und stellen eine Gefahr für den Weltfrieden, die internationale Sicherheit und die Unabhängigkeit aller Länder und Völker der Region dar.

In Zentralasien stellen die Vereinigten Staaten und ihre NATO-Verbündeten noch mehr Truppen auf, und intensivieren die Besetzung und Kriege, darunter auch Luftangriffe und zerstörerische Aktionen gegen die Zivilbevölkerung. Irak ist immer noch ein Unruheherd, der zum Prototyp einer neuen Art militarisierten Kolonialismus geworden ist, eröffnet in der Bush-Ära und von der Regierung Obamas fortgesetzt. In Palästina ist das gemarterte Volk, dessen Gebiet vom Staat Israel besetzt ist, ein Opfer des Völkermordes, der mit dem Einverständnis und unter Duldung der Vereinigten Staaten und Europas geschieht.

Während internationales Recht gebrochen wird, erreicht die Militarisierung ein nie da gewesenes Ausmaß. Militärausgaben wachsen, Atomwaffen vermehren sich, die Vereinigten Staaten entwickeln neue Arten von Raketenabwehr-Systemen, die NATO setzt ihre aggressive Rolle durch, die Flottenpräsenz von imperialistischen Ländern im Indischen Ozean wächst, während Afrika durch die Erschaffung von AFRICOM, dem militärischen Kommando der Vereinigten Staaten für den Kontinent, immer verwundbarer wird. Ein gigantisches Netzwerk von Militärbasen breitet sich über die ganze Welt aus.

Es ist nicht die Welt, die all diese Machtzusammenballung braucht, sondern es ist das Wirtschaftssystem, welches das Imperium dem Rest der Welt aufzwingt. Es sind die gleichen Ziele, die auch bisher das imperialistische System aufrechterhalten haben – die Kontrolle von ökonomischen Ressourcen und nationalen Reichtümern, die Herrschaft über die Märkte, und die Bekämpfung sozialen Wandels.

Die wachsende Militarisierung, verkörpert durch mehr als 800 US-Militärbasen weltweit, ist Teil einer imperialistischen Strategie, um mit der wirtschaftlichen und politischen Krise umzugehen, das wirtschaftliche

Modell zu erhalten und seine Rolle als Welt beherrschende Macht beizubehalten – wenn nötig wird auch Gewalt angewandt, um diese Ziele zu erreichen.

Unsere sozialen Organisationen verurteilen zutiefst die Eskalation des Militarismus. Wir nehmen Demokratie, Solidarität und die Verteidigung des Friedens sehr ernst. Den Völkern wird bewusst, dass Frieden, im Gegensatz zur Militarisierung und imperialistischen Kriegen, nicht nur etwas ist, das mit Leidenschaft zu verteidigen sich lohnt, sondern auch ein unabdingbares Mittel, um das Überleben und die Entwicklung der Menschheit zu garantieren, mit sozialer Gerechtigkeit, Demokratie, universellen Rechten, nationaler Unabhängigkeit und gerechter Verteilung von Einkommen und Vermögen.

Wir bekräftigen in diesem Moment, dass Haiti keine militärische Intervention braucht, sondern den Respekt vor seiner Unabhängigkeit. Wir rufen alle Länder dazu auf, solidarisch zusammen zu arbeiten, und dem Volk von Haiti Ärzte, Lehrer und andere Spezialisten zur Verfügung zu stellen.

Als patriotische Lateinamerikaner, zur Solidarität unter Völkern verpflichtet, wollen wir unseren Beitrag zur Erfüllung all dieser ehrenhaften Ziele liefern, und **Lateinamerika in ein friedliches Gebiet umwandeln, frei von ausländischen Militärbasen.**

Internationale Organisationen
Consejo Mundial por la Paz - CMP
Alianza Social Continental - ASC
Vía Campesina - CLOC
Encuentro Sindical Nuestra América
Marcha Mundial de Mujeres - MMM
Jubileo Sur - Américas
Compa, FDIM, OCLAE, OSPAAAL
Nationale Organisationen
Mopassol – Argentina, Cebrapaz - Brasil
MST – Brasil, CUT – Brasil
UBM – Brasil, CONAM – Brasil
CTB – Brasil, MAB
Consulta Popular, Asamblea Popular
UJS – Brasil, MOVPAZ – CMLK – Cuba
Frente nacional de Resistencia- Honduras

http://www.forumdesalternatives.org/EN/readarticle.php?article_id=8003

Übersetzung: coorditrad, Gabriela Greif

Erschienen in SiG 81

Cochabamba

Weltkonferenz über den Klimawandel und die Rechte der Mutter Erde

Abkommen der Völker, 22 April 2010 in Cochabamba, Bolivia

Wenn die globale Erwärmung über 2 Grad C ansteigt, wohin uns die so genannte „Kopenhagener Vereinbarung“ führen würde, ist mit einer Wahrscheinlichkeit von 50% damit zu rechnen, dass die unserer Mutter Erde zugefügten Schäden für immer irreversibel sein werden. Zwischen 20% und 30% der Arten wären in Gefahr zu verschwinden. Große Waldflächen wären betroffen, die Dürren und Überschwemmungen würden viele Regionen des Planeten schädigen, die Wüsten würden sich ausdehnen, und das Abschmelzen der Pole und der Gletscher in den Anden und im Himalaja würde sich beschleunigen. Viele Inselstaaten würden verschwinden, und Afrika würde einen Temperaturanstieg um mehr als 3 Grad C erleben. Auch die Produktion von Nahrungsmitteln in der Welt würde sich verringern, was katastrophale Wirkungen für das Überleben der Bewohner weiter Regionen der Erde hätte, und die Zahl der Hungernden in der Welt, die bereits 1,02 Milliarden Menschen übersteigt, würde dramatisch zunehmen.

Die Unternehmen und die Regierungen der Länder, die die „entwickelten“ genannt werden, unter Beihilfe eines Teils der wissenschaftlichen Welt, bieten uns an, den Klimawandel als ein Problem zu diskutieren, das sich auf den Anstieg der Temperatur reduziert, ohne nach der Ursache zu fragen, die im kapitalistischen System besteht. Wir stehen der **Endkrise des patriarchalischen Zivilisationsmodells** gegenüber, das sich auf die Unterwerfung und Zerstörung von Menschen und Natur stützt, ein Prozess, der sich mit der industriellen Revolution beschleunigte.

Das kapitalistische System hat uns eine Denkweise der Konkurrenz, des Fortschritts und des Wachstums ohne Grenzen aufgezogen. Dieses Produktions- und Konsumregime strebt nach schrankenlosem Profit, es trennt den Menschen von der Natur und folgt einer Logik der Herrschaft über diese, es verwandelt alles in Ware: das Wasser, den Boden, die menschlichen Gene, die überlieferten Kulturen, die Biodiversität, die Gerechtigkeit, die Ethik, die Rechte der Völker, selbst den Tod und das Leben. Im Kapitalismus wird die Mutter Erde nur zu einer Quelle von Rohstoffen und die Menschen zu Produktionswerkzeugen und Konsumenten, zu Personen, deren Wert danach bemessen wird, was sie haben, nicht was sie sind.

Der Kapitalismus braucht eine leistungsfähige Militärindustrie für seinen Akkumulationsprozess und die Kontrolle von Territorien und Naturressourcen, um den Widerstand der Völker zu unterdrücken. Es handelt sich um ein imperialistisches System der Kolonisierung des Planeten.

Die Menschheit befindet sich vor einer großen Entscheidungsfrage: den Wege des Kapitalismus, der Plünderung und des Todes fortzusetzen oder den Weg der Harmonie mit der Natur und der Achtung vor dem Leben einzuschlagen.

Wir müssen ein neues System herausbilden, das die Harmonie mit der Natur und zwischen den Menschen wiederherstellt.

Gleichgewicht mit der Natur kann es nur geben, wenn es Gerechtigkeit zwischen den Menschen gibt.

Wir schlagen den Völkern der Welt die Rückgewinnung, Wiederaufwertung und Stärkung der überlieferten Kenntnisse, Weisheiten und Praktiken der indigenen Völker vor, die sich in der Lebensweise und dem Modell des „Vivir Bien“ (Gutes Leben) bestätigt finden, indem die Mutter Erde als ein lebendiges Wesen anerkannt wird, zu dem wir in einer unteilbaren, wechselseitigen, gegenseitig ergänzenden und spirituellen Beziehung stehen.

Um dem Klimawandel entgegenzutreten, müssen wir die Mutter Erde als Quelle des Lebens anerkennen und **ein neues System herausbilden**, das sich auf die Prinzipien gründet:

- * Harmonie und Gleichgewicht unter allen und mit allem;
- * Komplementarität, Solidarität und Gleichheit;
- * Kollektives Wohlergehen und Befriedigung der Grundbedürfnisse aller in Harmonie mit der Mutter Erde;
- * Achtung der Rechte der Mutter Erde und der Menschenrechte;
- * Anerkennung des Menschen für das, was er ist, nicht für das, was er hat;
- * Beseitigung jeder Form von Kolonialismus, Imperialismus und Interventionismus;
- * Frieden zwischen den Völkern und mit der Mutter Erde.

Das Modell, für das wir eintreten, beinhaltet weder zerstörerische noch grenzenlose Entwicklung. Die Länder brauchen die Produktion von Gütern und Dienstleistungen, um die Grundbedürfnisse ihrer Bevölkerungen zu befriedigen, aber auf keine

Weise können sie den Weg der Entwicklung fortsetzen, auf dem die reichsten Länder einen ökologischen Fußabdruck haben, der fünfmal größer ist, als der Planet tragen kann. In der Gegenwart ist die Fähigkeit des Planeten zur Regeneration bereits um 30% überschritten. Bei diesem Tempo der Überausbeutung unserer Mutter Erde brauchte man 2030 zwei Planeten.

In einem **System der wechselseitigen Abhängigkeit**, in dem wir Menschen eine der Komponenten sind, kann man nicht nur Rechte auf der Seite der Menschen anerkennen, ohne ein Ungleichgewicht des ganzen Systems hervorzurufen. Um die Menschenrechte zu garantieren und die Harmonie mit der Natur wiederherzustellen, muss man die **Rechte der Mutter Erde** anerkennen und zur Geltung bringen.

Deshalb schlagen wir die beigefügte Allgemeine Erklärung der Rechte der Mutter Erde vor, in der ihr zugesichert werden:

- * das Recht auf Leben und Existenz;
- * das Recht, respektiert zu werden;
- * das Recht auf Fortsetzung ihrer Zyklen und Lebensprozesse frei von menschlichen Eingriffen;
- * das Recht auf Erhaltung ihrer Identität und Integrität als Gesamtheit unterschiedlicher, selbstregulierter und untereinander in Beziehung stehender Wesen;
- * das Recht auf Wasser als Lebensquelle;
- * das Recht auf saubere Luft;
- * das Recht auf integrale Gesundheit;
- * das Recht, frei von Kontamination und Verschmutzung, von giftigen und radioaktiven Abfällen zu sein;
- * das Recht, keine genetischen Veränderungen und Modifizierungen ihrer Struktur zu erleiden, die ihre Integrität oder ihre lebenswichtigen und gesunden Funktionen bedrohen;
- * das Recht auf volle und schnelle Wiederherstellung bei Verletzungen der in dieser Erklärung anerkannten Rechte, die durch menschliche Aktivitäten verursacht werden.

Die übereinstimmende Vorstellung ist, die **Konzentration von Treibhausgasen zu stabilisieren**, um den Artikel 2 der Rahmenübereinkunft der Vereinten Nationen über Klimaveränderungen zur Anwendung zu bringen, der „die Stabilisierung der Treibhausgaskonzentrationen in der Atmosphäre auf einem Niveau ..., auf dem eine gefährliche anthropogene Störung des Kli-

masystems verhindert wird“, bestimmt. Unsere Vorstellung ist, auf der Basis des Prinzips der gemeinsamen, aber differenzierten historischen Verantwortung zu fordern, dass **die entwickelten Länder** sich zu quantifizierten Zielen der **Reduzierung von Emissionen verpflichten**, die es ermöglichen, die Konzentration von Treibhausgasen in der Atmosphäre auf **300 ppm** zurückzuführen und so den globalen Temperaturanstieg auf **maximal 1 Grad C** zu begrenzen. Wir unterstreichen die Dringlichkeit des Handelns, um dieses Zukunftsbild zu erreichen, und mit der Unterstützung der Völker, Bewegungen und Länder sollten die entwickelten Länder sich zu anspruchsvollen Zielen der Emissionsreduzierung verpflichten, die es ermöglichen, kurzfristig Ergebnisse zu erreichen; wir erhalten unsere Vision vom Gleichgewicht des Klimasystems der Erde aufrecht entsprechend dem obersten Ziel der Konvention.

Die „gemeinsame Sicht“ für die „langfristige Zusammenarbeit“ darf sich in der Verhandlung über den Klimawandel nicht darauf beschränken, die Grenze für den Temperaturanstieg und die Konzentration von Treibhausgasen in der Atmosphäre zu definieren, sondern muss in umfassender und ausgewogener Weise einen Komplex von finanziellen, technologischen, Anpassungs- und Kapazitätsentwicklungsmaßnahmen, von Produktions- und Konsummustern und anderen wesentlichen Maßnahmen umfassen, wie die Anerkennung der Rechte der Mutter Erde, um die Harmonie mit der Natur wiederherzustellen.

Die entwickelten Länder, die Hauptverantwortliche des Klimawandels, müssen in Anerkennung ihrer historischen und gegenwärtigen Verantwortung ihre Klimaschuld in allen ihren Dimensionen als Basis für eine gerechte, effektive und wissenschaftliche Lösung des Problems des Klimawandels anerkennen und einlösen. In diesem Rahmen fordern wir von den entwickelten Ländern, dass sie:

- * für die Entwicklungsländer den Raum der Atmosphäre wiederherstellen, der durch ihre Treibhausgasemissionen belegt ist. Das bedeutet die Entkolonisierung der Atmosphäre durch die Reduzierung und Absorption ihrer Emissionen.

- * die Kosten und den erforderlichen Technologietransfers an die Entwicklungsländer für den Verlust von Entwicklungschancen wegen der Einschränkung des atmosphärischen Raumes übernehmen.

- * die Verantwortung übernehmen für die Hunderte Millionen von Menschen, die wegen des Klimawandels, den sie verursacht haben, migrieren müssen, und dass sie ihre restriktive Einwanderungspolitik aufgeben und den Migranten ein würdiges Leben mit allen Rechten in ihren Ländern anbieten.

- * die Kosten der Anpassungen übernehmen, die mit den Auswirkungen des Klimawandels in den Entwicklungsländern verbunden sind, indem sie die Mittel einplanen, um den Schäden vorzubeugen, sie zu minimieren und zu beheben, die aus ihren exzessiven Emissionen entstehen.

- * diese Schulden einlösen als Teil einer größeren Schuld gegenüber der Mutter Erde, indem sie die Allgemeine Erklärung der Rechte der Mutter Erde in den Vereinten Nationen annehmen und verwirklichen.

Der Ansatz darf nicht allein ökonomische Kompensierung sein, sondern hauptsächlich **wiederherstellende Gerechtigkeit**, das heißt die Wiederherstellung der Integrität der Personen und der Wesen, die eine Lebensgemeinschaft auf der Erde bilden.

Wir beklagen den Versuch einer Gruppe von Ländern, das Protokoll von Kyoto zu annullieren, das einzige legal bindende spezifische Instrument für die Reduzierung der Treibhausgase in den entwickelten Ländern.

Wir machen die Welt darauf aufmerksam, dass die **Emissionen der entwickelten Länder** zwischen 1990 und 2007, ungeachtet ihrer legal gültigen Verpflichtung, statt zu sinken, **um 11,2% gestiegen sind**. Die **Vereinigten Staaten** erhöhten auf Grund des schrankenlosen Konsums ihre Treibhausgasemissionen im Zeitraum 1990 bis 2007 um 16,8% und brachten im Durchschnitt pro Einwohner zwischen 20 und 30 Tonnen CO₂ jährlich hervor, was mehr als neunmal den durchschnittlichen Emissionen für einen Bewohner der Dritten Welt entspricht und mehr als das 20fache der Emissionen eines Bewohners des subsaharischen Afrika darstellt. **Wir weisen strikt die illegitime „Vereinbarung von Kopenhagen“ zurück**, die es den entwickelten Ländern erlaubt, ungenügende Reduzierungen von Treibhausgas auf der Basis von freiwilligen und individuellen Verpflichtungen zu offerieren, die die Umweltintegrität der Mutter Erde verletzen und zu einer Temperaturerhöhung um 4 Grad C führen werden.

Die nächste Konferenz über den Klimawandel, die Ende des Jahres in Mexiko stattfinden wird, muss **den Zusatz zum Kyoto-Protokoll annehmen**, der für die zweite Periode von Verpflichtungen von 2013 bis 2017 vorgesehen ist; in dieser Periode sollen die entwickelten Länder sich verpflichten, signifikante Reduzierungen von mindestens 50% zum Basisjahr 1990 vorzunehmen, ohne Kohlenstoffmärkte und andere Ausweichsysteme einzubeziehen, die die tatsächliche Nichterfüllung der Reduzierung von Treibhausgasemissionen verschleiern. Wir fordern, als erstes ein Ziel für die Gesamtheit der entwickelten Länder festzulegen, um dann die Einzelzuweisung für jedes entwickelte Land im Rahmen einer Abwägung der Kräfte unter ihnen vorzunehmen,

sodass das System des Kyoto-Protokolls für die Reduzierung der Emissionen beibehalten wird.

Die Vereinigten Staaten von Amerika als einziges Annex-I-Land der Erde, das das Protokoll von Kyoto nicht ratifiziert hat, haben eine bedeutende Verantwortung vor den Völkern der Welt, sie sollten daher das Kyoto-Protokoll ratifizieren und sich verpflichten, die Ziele der Emissionsreduzierung zu respektieren und im Maßstab ihrer gesamten Wirtschaft zu erfüllen.

Die Völker haben die gleichen Rechte auf Schutz vor den Einwirkungen des Klimawandels, und **wir weisen den Begriff Anpassung an den Klimawandel zurück**, insofern darunter die Resignation angesichts der Wirkungen verstanden wird, die die Emissionen der **entwickelten Länder** über die Geschichte hin verursacht haben; diese sollten vielmehr **ihren Lebens- und Konsumstil dieser planetaren Notlage anpassen**. Wir sehen uns gezwungen, den Wirkungen des Klimawandels entgegenzutreten, aber diese Anpassung muss als ein Prozess und nicht als eine Auflage betrachtet werden, außerdem als ein Instrument, das dazu dienen soll, diesen Einwirkungen zu widerstehen, indem gezeigt wird, dass es möglich ist, innerhalb eines anderen Lebensmodells in Harmonie zu leben.

Es ist erforderlich, einen **Anpassungsfonds aufzubauen**, einen Fonds, der ausschließlich dazu bestimmt ist, dem Klimawandel zu begegnen, als Teil eines Finanzmechanismus, **der auf souveräne, transparente und ausgewogene Weise von unseren Staaten verwaltet und geleitet wird**. Im Rahmen dieses Fonds soll bewertet werden: die Auswirkungen und ihre Kosten in Entwicklungsländern und die Erfordernisse, die sich aus diesen Auswirkungen ableiten, und die Unterstützung durch entwickelte Länder soll erfasst und ausgewertet werden. Dieser Fonds soll außerdem einen Mechanismus verwalten, der für den Ersatz von Schäden durch erfolgte und zukünftige Auswirkungen, durch Verlust von Chancen und für die Wiederherstellung nach extremen und bei allmählich wirkenden klimatischen Ereignissen dient sowie zusätzliche Kosten bestreitet, die sich ergeben können, wenn unser Planet die ökologischen Schwellen überschreitet, wie auch jene Auswirkungen, die das Recht auf Vivir Bien beeinträchtigen.

Die „**Vereinbarung von Kopenhagen**“, die den Entwicklungsländern durch einige Staaten aufgezwungen wurde, ist - außer dass sie einige unzureichende Ressourcen offeriert - darauf ausgerichtet, **die Völker zu spalten und gegeneinander auszuspielen**, und hat das Ziel, **die Entwicklungsländer zu erpressen**, indem sie den Zugang zu Ressourcen für die Anpassung an Minderungsmaßnahmen bindet. Zusätzlich erweist sich als inakzeptabel, dass in den internationalen Verhandlungsprozessen

Verhandlungsprozessen versucht wird, die Entwicklungsländer nach ihrer Verwundbarkeit für den Klimawandel in Kategorien zu fassen, so dass Streitigkeiten, Ungleichheiten und Absonderungen unter ihnen hervorgerufen werden.

Die immense Herausforderung, der wir als Menschheit gegenüberstehen, um die globale Erwärmung aufzuhalten und den Planeten abzukühlen, ist nur zu bewältigen, wenn es gelingt, eine **tiefgreifende Umgestaltung in der Landwirtschaft** hin zu einem Modell der nachhaltigen bäuerlichen und indigen/originären landwirtschaftlichen Produktion und anderen überlieferten ökologischen Modellen und Praktiken vorzunehmen, die zur Lösung des Problems des Klimawandels beitragen und die **Ernährungssouveränität** sichern. Diese wird verstanden als das Recht der Völker, ihre eigenes Saatgut, ihren Boden, das Wasser und die Produktion von Nahrungsmitteln unter Kontrolle zu haben und durch eine Produktion in Harmonie mit der Mutter Erde, die den lokalen und kulturellen Gegebenheiten angepasst ist, den Zugang der Völker zu ausreichenden, varierten und nahrhaften Nahrungsmitteln im Austausch mit der Mutter Erde zu garantieren sowie die Autonomie der (partizipativen, kommunitären und auf alle verteilten) Produktion jeder Nation und jedes Volkes zu vertiefen.

Der Klimawandel bringt bereits tiefe Einschnitte für die Landwirtschaft und die Lebensweise der indigenen und Urvölker und Bauern der ganzen Welt hervor, und die Einwirkungen werden sich in der Zukunft verschlimmern.

Das **Agrobusiness** mit seinem sozialen, ökonomischen und kulturellen Modell der globalisierten kapitalistischen Produktion und seiner Logik der Nahrungsmittelproduktion für den Markt, nicht für das Recht auf Ernährung, ist eine der Hauptursachen des Klimawandels. Seine technologischen, kommerziellen und politischen Instrumentarien vertiefen direkt die Klimakrise und verstärken den Hunger in der Welt. Deshalb lehnen wir die **Freihandelsverträge und Assoziierungsabkommen** und jede Form der Anwendung der **intellektuellen Eigentumsrechte über das Leben** ab, ebenso die aktuellen technologischen Pakete (agrochemische und gentechnische Maßnahmen) und **jene Technologien**, die als Scheinlösungen angeboten werden (Agrotreibstoffe, Geoengineering, Nanotechnologie, Terminator-Technologie und ähnliche), denn sie verschärfen lediglich die gegenwärtige Krise.

Zugleich klagen wir an, wie dieses kapitalistische Modell **Megaprojekte der Infrastrukturen** durchsetzt, Regionen mit extraktiven Projekten überschwemmt, das **Wasser privatisiert** und vermarktet und die **Territorien militarisiert**, die indigenen und bäuerlichen Völker vertreibt und dadurch

die Nahrungsmittelsouveränität hintertreibt und die soziale und Umweltkrise vertieft. Wir fordern die Anerkennung des Rechts aller Völker, der Lebewesen und der Mutter Erde auf Zugang zu Wasser und seine Nutzung und unterstützen den Vorschlag der Regierung Boliviens, das **Wasser als ein fundamentales Menschenrecht** anzuerkennen.

Die Definition von Nutzwald in den Verhandlungen zur Rahmenübereinkunft der Vereinten Nationen über Klimaveränderungen, die Pflanzungen einschließt, ist inakzeptabel. **Die Monokulturen sind keine Wälder**. Deshalb fordern wir für Verhandlungszwecke eine Definition, die die natürlich gewachsenen Wälder und Urwälder und die Diversität der Ökosysteme der Erde anerkennt.

Die **Erklärung der UNO über die Rechte der indigenen Völker** muss voll anerkannt, umgesetzt und in die Verhandlungen über den Klimawandel integriert werden. Die beste Strategie und Handlungsweise, um die Entwaldung und die Waldschäden zu verhindern und die natürlichen Wälder und Urwälder zu schützen, besteht darin, die kollektiven Rechte an den Ländereien und Territorien anzuerkennen und zu garantieren, besonders in Anbetracht der Tatsache, dass die Mehrheit der Wälder und Urwälder sich in den Territorien indigener Völker und Nationen, bäuerlicher und traditioneller Gemeinden befinden.

Wir verurteilen die Marktmechanismen wie den Mechanismus REDD (Reduzierung von Emissionen aus Entwaldung und Schädigung der Wälder) und seine Varianten, der die Souveränität der Völker und ihr Recht auf freie, vorherige und informierte Einwilligung und die Souveränität der nationalen Staaten sowie die Rechte, Bräuche und Gewohnheiten der Völker und die Rechte der Natur verletzt.

Die Länder, die für Kontaminationen verantwortlich sind, haben die Pflicht, auf direktem Wege die ökonomischen und technologischen Ressourcen zu überweisen, um die Wiederherstellung und Erhaltung der Wälder und Urwälder zu bezahlen, zugunsten der indigenen, originären und bäuerlichen Völker und ihrer überlieferten Organisationsstrukturen. Das wäre eine direkte Kompensation, zusätzlich zu den Finanzierungsquellen, die von den entwickelten Ländern zugesagt worden sind, außerhalb des Kohlenstoffhandels und keineswegs als Kompensationen von Kohlenstoff (carbon offsets). Wir fordern die Länder auf, die lokalen Projekte zu stoppen, die mit Marktmechanismen auf Wälder und Urwälder zugreifen und fälschlich und unter deren Bedingungen Ergebnisse versprechen. Wir fordern von den Regierungen ein weltweites Programm zur Wiederherstellung der natürlichen Wälder und Urwälder, das von den Völkern geleitet und verwaltet wird und durch das forstwirtschaftliches Saatgut,

Obstbäume und Wildflora zur Verfügung gestellt werden. Die Regierungen müssen die Forstkonzessionen kündigen und dafür eintreten, dass das Erdöl im Boden bleibt, und dringend ist, dass die Förderung von Erdöl und Erdgas in den Urwäldern eingestellt wird.

Wir fordern von den Staaten, dass sie die wirksame Anwendung der internationalen Menschenrechtstandards und der Rechte der indigenen Völker anerkennen, achten und garantieren, besonders der Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte der indigenen Völker und der **Konvention 169 der ILO**, um nur zwei entsprechende Dokumente im Rahmen der Verhandlungen, Politiken und Maßnahmen zur Beantwortung der Herausforderungen zu nennen, die durch den Klimawandel auftreten. Im besonderen fordern wir die Staaten auf, die Präexistenz des Rechts über unsere Territorien, Ländereien und Naturressourcen juristisch anzuerkennen, um unsere traditionellen Lebensformen möglich zu machen und zu stärken und wirksam zur Antwort auf den Klimawandel beizutragen.

Wir fordern die volle und wirksame Anwendung des Rechts auf Konsultation, Beteiligung und vorherige Einwilligung sowie freie Information der indigenen Völker bei allen Verhandlungsprozessen wie auch bei der Planung und Durchführung der Maßnahmen, die auf den Klimawandel Bezug haben.

In der Gegenwart erreichen die Umweltschäden und der Klimawandel kritische Ausmaße, und eine der Hauptkonsequenzen ist die **Binnen- und internationale Migration**. Nach einigen Schätzungen existierten 1995 etwa 25 Millionen Klima-Migranten, gegenwärtig schätzt man sie auf 50 Millionen, und die Voraussicht für das Jahr 2050 sind 200 bis 300 Millionen Menschen, die durch Situationen, die vom Klimawandel verursacht sind, aus ihrer Heimat vertrieben sein werden. Die entwickelten Länder müssen die Verantwortung für die Klima-Migranten übernehmen, sie in ihren Ländern aufnehmen und ihnen die Grundrechte gewährleisten nach internationalen Verträgen, die die Definition des Klima-Migranten einschließen, damit alle Staaten diese Bestimmungen befolgen.

Es ist ein **Internationaler Gerichtshof des Gewissens** zu konstituieren, um die Verletzungen der Rechte der Migranten, Flüchtlinge und Vertriebenen in den Ursprungs-, Transit- und Zielländern sichtbar zu machen, zu dokumentieren, zu verurteilen und zu bestrafen, wobei eindeutig die Verantwortung der Staaten, der Unternehmen und anderer Akteure zu benennen ist.

Die Finanzmittel, die gegenwärtig den Entwicklungsländern für den Klimawandel zugewiesen werden, und der Vorschlag in der Vereinbarung von Kopenhagen sind viel zu gering. **Die entwickelten Länder müs-**

sen eine neue jährliche Finanzierung von mindestens 6% ihres BIP zusagen, zusätzlich zur Offiziellen Entwicklungshilfe und aus öffentlichen Quellen, um dem Klimawandel in den Entwicklungsländern entgegenzutreten. Das ist realisierbar, wenn man berücksichtigt, dass sie eine ähnliche Summe für ihre Verteidigungszwecke ausgeben und fünfmal mehr zur Rettung von Banken und Spekulanten vor dem Bankrott gewähren, was ernsthaft ihre internationalen Prioritäten und ihren politischen Willen in Frage stellt.

Diese Finanzierung soll direkt, ohne Bedingungen und ohne Verletzung der nationalen Souveränität und der Selbstbestimmung der am meisten betroffenen Gemeinschaften und Gruppen erfolgen.

In Anbetracht der Unwirksamkeit des gegenwärtigen internationalen Instrumentariums muss auf der Konferenz in Mexiko ein neuer Finanzierungsmechanismus eingerichtet werden, der unter der Autorität der Konferenz der Teilnehmerstaaten an der Rahmenkonvention der Vereinten Nationen über den Klimawandel arbeitet und dieser gegenüber Rechenschaft ablegt, und zwar mit einer signifikanten Vertretung der Entwicklungsländer, um die Erfüllung der Finanzierungsverpflichtungen der Annex-1-Länder zu garantieren.

Man hat festgestellt, dass die entwickelten Länder ihre Emissionen im Zeitraum 1990-2007 erhöht haben - und das trotz ihrer Behauptung, die Reduzierung würde durch Marktmechanismen wesentlich unterstützt. Der **Kohlenstoffhandel** hat sich in ein lukratives Geschäft verwandelt, er vermarktet unsere Mutter Erde. Er stellt keine Alternative dar, um dem Klimawandel zu begegnen, da er die Erde, das Wasser und sogar das Leben selbst ausplündert und verwüstet. Die jüngste Finanzkrise hat gezeigt, dass der Markt unfähig ist, das Finanzsystem zu regulieren, dass es anfällig und unsicher ist angesichts der Spekulation und dem Auftreten von Vermittlern, deshalb wäre es völlig unverantwortlich, seinen Händen die Bewahrung und den Schutz der menschlichen Existenz selbst und unserer Mutter Erde zu überlassen. Wir betrachten es als unzulässig, dass die laufenden Verhandlungen auf die Schaffung neuer Mechanismen abzielen, die den Kohlenstoffmarkt erweitern und fördern, während die vorhandenen Mechanismen das Problem des Klimawandels weder gelöst noch sich in reale und direkte Aktionen zur Reduzierung der Treibhausgase umgesetzt haben.

Es ist unerlässlich, die Erfüllung der durch die entwickelten Länder in der Rahmenkonvention der Vereinten Nationen über den Klimawandel übernommenen Verpflichtungen hinsichtlich der **Entwicklung und Übertragung von Technologie** zu fordern sowie den „technologischen Schaukasten“ abzulehnen, der von den entwickelten

Ländern vorgeschlagen wird und nur der Kommerzialisierung der Technologie dient. Es ist von grundlegender Bedeutung, die Richtlinien für die Schaffung eines multilateralen und multidisziplinären Mechanismus für die partizipative Kontrolle, die Verwaltung und die kontinuierliche Bewertung des Technologieaustausches festzulegen. Diese Technologien müssen Nutzen bringen, sauber und sozial verträglich sein. Ebenso grundlegend ist die Einrichtung eines Fonds für die Finanzierung und Erfassung geeigneter Technologien, die von intellektuellen Eigentumsrechten befreit sein müssen, besonders vom Patentrecht, und von privaten Monopolen in die öffentliche Verfügung übergehen müssen, frei zugänglich und zu niedrigen Kosten. Das Wissen ist universal und darf unter keiner Begründung Objekt privaten Eigentums und ausschließender Nutzung sein, ebensowenig seine Anwendungen in Form von Technologien. Es ist Pflicht der entwickelten Länder, ihre Technologien den Entwicklungsländern zur Verfügung zu stellen, Forschungszentren für die Schaffung ihrer eigener Technologien und Innovationen zu schaffen wie auch ihre Entwicklung und Anwendung für das Vivir Bien zu schützen und zu fördern.

Die Welt muss die Prinzipien und Ansätze des uralten Erbes ihrer Urvölker für die Abwendung der Zerstörung des Planeten zurückerobern, erlernen und wieder aufgreifen, ebenso das überlieferte Wissen und die Praktiken, die Spiritualität in der Wiedereingliederung in das Vivir Bien zusammen mit der Mutter Erde. Angesichts des fehlenden politischen Willens der entwickelten Länder, in wirksamer Weise ihre Zusagen und Verpflichtungen zu erfüllen, die sie im Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über den Klimawandel und im Kyoto-Protokoll übernommen haben, und angesichts der Nichtexistenz einer legalen internationalen Instanz, die Klima- und Umweltdelikten gegen die Rechte der Mutter Erde und die Menschheit vorbeugt und sie bestraft, fordern wir die Schaffung eines **Internationalen Klima- und Umweltgerichtshofes**, der die bindende juristische Kompetenz hat, Staaten, Unternehmen und Personen zu hindern, zu verteilen und zu bestrafen, die durch Handeln oder Unterlassen Kontaminationen verursachen und den Klimawandel provozieren.

Es gilt die Staaten zu unterstützen, die Klagen vor dem Internationalen Gerichtshof gegen die entwickelten Länder einbringen, die ihre Verpflichtungen gemäß der Rahmenkonvention der Vereinten Nationen über den Klimawandel und dem Protokoll von Kyoto nicht erfüllen, einschließlich ihrer Pflichten zur Reduzierung von Treibhausgasen.

Wir rufen die Völker eindringlich auf, eine **tiefgehende Reform der Organisation der Vereinten Nationen (UNO)** vorzuschlagen

und zu unterstützen, damit alle ihre Mitgliedsstaaten die Entscheidungen des internationalen Klima- und Umweltgerichtshofes erfüllen.

Die Zukunft der Menschheit ist in Gefahr, und wir können nicht akzeptieren, dass eine Gruppe von Regierenden entwickelter Länder für alle Länder entscheiden wollen, so wie sie es erfolglos auf der Konferenz der Teilnehmerstaaten in Kopenhagen versucht haben. Diese Entscheidung kommt uns, allen Völkern zu. Deshalb ist die **Durchführung eines Weltreferendums, eines Plebiszits oder einer Volksbefragung über den Klimawandel** notwendig, in dem die Meinungen eingeholt werden sollen über:

- das Niveau der Reduzierung von Emissionen, die die entwickelten Länder und die transnationalen Unternehmen vornehmen sollen;
- die Finanzmittel, die die entwickelten Länder zur Verfügung stellen sollen;
- die Schaffung eines internationalen Klimagerichtshofes;
- die Notwendigkeit einer Allgemeinen Erklärung der Rechte der Mutter Erde;
- und die Notwendigkeit, das gegenwärtige kapitalistische System zu verändern.

Die Durchführung des Weltreferendums, Plebiszits oder einer Volksbefragung wird Ergebnis eines Vorbereitungsprozesses sein, der die erfolgreiche Entwicklung desselben sichert.

Um unser internationales Auftreten zu koordinieren und die Zielstellungen dieses „Abkommens der Völker“ umzusetzen, rufen wir dazu auf, eine **Weltbewegung der Völker für die Mutter Erde aufzubauen**, die sich auf die Prinzipien der Komplementarität und der Achtung der Verschiedenartigkeit des Ursprungs und der Sichtweisen ihrer Mitglieder stützen soll und sich als ein weiter und demokratischer Raum der Koordinierung und Verbindung von Aktionen auf Weltebene konstituiert. Mit diesem Vorsatz nehmen wir den beigefügten **Weltaktionsplan** an, auf dass in Mexiko die entwickelten Länder des Annex 1 den geltenden legalen Rahmen respektieren und ihre Treibhausgasemissionen um 50% reduzieren sowie die verschiedenen Vorschläge übernehmen, die in diesen Abkommen enthalten sind.

Abschließend kommen wir überein, die Zweite Weltkonferenz der Völker über den Klimawandel und die Rechte der Mutter Erde im Jahre 2011 durchzuführen, als Teil dieses Prozesses des Aufbaus der Weltbewegung der Völker für die Mutter Erde und als Reaktion auf die Ergebnisse der Konferenz zum Klimawandel, die Ende des Jahres in Cancún, Mexiko, stattfinden wird.

<http://cmppcc.org/>

Übersetzung der bolivianischen Botschaft (Erschienen in Sig 83

Ergebnisse der Arbeitsgruppen als Beilage zu der Nummer 83 von „Sand im Getriebe“

Solidarität mit der griechischen Bevölkerung gegen die Finanzmärkte

Die Souveränität aller Völker über ihre Wirtschaften wiederherstellen, im Süden wie im Norden.

Die Finanzmärkte haben Griechenland seit einigen Monaten im Visier. Um „die Märkte zu beruhigen“ und „das Vertrauen wiederherzustellen“, haben die EU und der Internationale Währungsfond (IWF) der griechischen Bevölkerung einen drastischen Sparplan als „Gegenmittel“ auferlegt. Das Rentenalter wird auf 67 erhöht und bestehende Renten eingefroren. Beamtengehälter werden um 15% gekürzt und Kündigungen im privaten Bereich vereinfacht. Die Mehrwertsteuer wird von 19% auf 21% steigen, weitere ähnliche Maßnahmen sind derzeit in Planung. Dieser Sparplan wird nicht nur Griechenlands Wirtschaft in eine Depression stürzen, sondern auch zu einem sozialen Desaster führen.

Wir kennen es aus Erfahrung: die Krise in Griechenland ist nur ein weiteres Beispiel aus Jahrzehnten Finanzturbulenzen, die Länder auf dem gesamten Globus verwüstet und weiter in die Verschuldung getrieben haben, insbesondere im Süden. So auch die Kreditkrise der 80er Jahre, die viele afrikanische und lateinamerikanische Länder dauerhaft in die Schulden gestürzt hat, oder die mexikanische, asiatische und russische Finanzkrisen der späten 90er, und die Argentinienkrise 2001-2002. Dies sind keine voneinander losgelösten Ereignisse, sondern das

Ergebnis der Tätigkeiten unregulierter und unersättlicher Finanzmärkte.

Nach Island und Griechenland haben sie schon wieder andere europäische Länder im Blick: Portugal und Spanien stehen in der Schusslinie, Irland und Frankreich sind bedroht. Die kürzlichen Finanzgeschenke an marode Banken, die „Krisenpläne“ und Steuersenkungen für die Reichsten haben gigantische Löcher in die Staatsbudgets gerissen. Unsere Regierungen haben Banken vor dem Bankrott bewahrt, ohne irgendeine Gegenleistung zu verlangen. Nun stützen sich dieselben Banken auf die Unterstützung dieser Länder und haben wieder freie Hand, auf schlechte Kreditratings zu spekulieren. Sie sind wieder zurück, um von der Bevölkerung zu profitieren.

Die Herausforderung ist schlicht: Wer wird die Rechnung bezahlen? Wer wird die Bankenrettung bezahlen? Wer wird die Haushaltsdefizite bezahlen? Die europäische Union hat einen „Griechenland-Rettungsplan“ bekannt gegeben, dessen Kredite aber nur den Spekulanten nützen, und nicht der griechischen Bevölkerung. Darüber hinaus bieten sie auch keine langfristige Lösung.

Soziale Rechte stehen überall auf dem Spiel. Wenn die Menschen nicht sofort und entschieden reagieren, werden sie

einer gegen den anderen ausgespielt, so wie es schon jetzt den Griechen ergeht, die als „unverantwortlich“ und „Schummeler“ dargestellt werden. Niemand kann voraussehen, wo diese Aufstachelung enden soll. Um diese Abwärtsspirale zu stoppen, müssen wir mobilisieren und den Griechen zur Seite stehen. Gestern (am 5. Mai), haben die griechischen Gewerkschaften und Arbeiterbewegungen einen Generalstreik organisiert und um die Solidarität von internationalen, sozialen Bewegungen, Netzwerken und Organisationen gebeten.

Wir, Mitglieder von Bewegungen und Organisationen, die dem Internationalen Rat des Weltsozialforums angehören, nutzen unser Treffen in Mexiko, um unsere **Solidarität mit den griechischen und europäischen Bewegungen** auszudrücken, und unterstützen ihre **Forderung nach strengen Maßnahmen gegen Finanzspekulation, und die Erstellung eines echten finanziellen Solidaritätsplans, der der griechischen Bevölkerung dient, statt den Finanzmärkten und Spekulanten.**

Die Krise in Griechenland bekräftigt unsere Entscheidung, uns der neoliberalen Finanzpolitik entgegen zu stellen und **die Souveränität aller Völker über ihre Wirtschaften wiederherzustellen, im Süden wie im Norden.**

Unterschriften:

Rita Freire, CIRANDA, Brazil
Viriato Tamele, CJE, Mozambique
Gustave Massiah, CRID, France
Ryu Mikyung, KCTU, Korea
Christophe Aguiton, ATTAC, France
Geneviève Azam, ATTAC, France
Nicola Bullard, Focus on the Global South, Thailand
Edward Oyugi, SODNET, Kenya
Mireille Fanon-Mendes-France, Fondation Frantz Fanon
Allam Jarrar, Palestinian NGO network
Chico Whitaker, Brazilian Commission Justice and Peace
Moema Miranda, Ibase, Brazil
Virginie Vargas, Articulacion Feminista Marcosur, Peru
Taoufik Ben Abdallah, Enda, Sénégal
Abbé Antoine Ambroise Tine, Italie
Babacar Diop, ICAE-PALAE, Sénégal
Demba Moussa, Forum Africain des Alternatives, Sénégal
Dan Baron, IDEA, Brazil-Wales
Celina Valadez, Dinamismo Juvenil, Mexico
Diana Senghor, PANOS, Sénégal
Alexandre Bento, CUT, Brazil
Salete Valesan, IPF, Brazil
Jason Nardi, Social Watch, Italy

Hélène Cabioc'h, AITEC, France
Nicolas Haeringer, ATTAC, France
Nathalie Péré-Marzano, CRID, France
Azril Bacal, Uppsala Social Forum, Sweden/Peru
Francine Mestrum, Global Social Justice, Belgium
Hector-Leon Moncayo, Alianza Social Continental, Colombia
Leo Gabriel, Austrian Social Forum, Austria
Wilhelmina Trout, World March of Women, South Africa
Bheki Ntshalintshali, COSATU, South Africa
Ivette Lacaba, COMCAUSA, Mexico
Samir Abi, ATTAC Togo/ROAD, Togo
Olivier Bonfond, CADTM, Belgium
Walter Baier, Transform!, Austria
Diego Azzi, CSA, Brazil
Marco A. Velazquez N., RMALC, Mexico
Miguel Santibanez, ALOP, Chile
Hector de la Cueva, Alianza Social Continental
Jennifer Cox, PPEHRC, USA
Jorge Lopez, CAMBIOS, Mexico
Ana Esther Cecena, Red en Defensa de la Humanidad, Mexico
Lorena Zarate, HIC-AL, Mexico

Refaat Sabbah, Alternatives International, Palestine
José Miguel Hernandez, CCFSM, Cuba
Maria Atilano, World March of Women, Mexico
Monica Di Sisto, FAIR, Italy
Yoko Kitazawa, Japan Network on Debt & Poverty, Japan
Marcela Escribano, Alternatives
Vinod Raina, Alternatives Asia, India
Njoki Njoroge Njehu, Daughters of Mumbi Global Resource Center, Kenya
Ali Karamat, Pakistan Peace Coalition (PPC)/Pakistan Institute of Labour Education and Research, Karachi (PILER), Pakistan
Piero Bernocchi, Italian Coordination for ESF and WSF, Italy
Ana Prestes, OCLAE
Feroz Mehdi, Alternatives International
Amit Sengupta, Peoples Health Movement, India
Osvaldo Leon, Agencia Latinoamericana de Informacion

Original: <http://www.cadtm.org/Solidarity-with-the-Greek-people>

Übersetzung: Felix von Drigalski,
www.coorditrad.attac.org
(Erschienen in SiG 83)

Europäische Attac-Gruppen

Solidarisch mit der griechischen Bevölkerung

*Wir fordern echte Lösungen der Euro-Krise zum Wohl der Menschen
Lasst die Finanzakteure zahlen und erobert die Demokratie zurück, Mai 2010*

Mehrere europäische Attac Gruppen begrüßen und unterstützen den gerechtfertigten Widerstand der Bevölkerung Griechenlands und anderer südeuropäischer Länder dagegen, dass sie für eine vom Kapitalismus verursachte Krise bezahlen sollen.

Wir weisen die falschen Beschlüsse der EU-Regierungen in der Euro-Krise zurück.

In Griechenland und anderen europäischen Ländern versuchen die Regierungen, die Mehrheit der Menschen für die gegenwärtige Krise zahlen zu lassen. Die EU-Kommission, die EU-Mitgliedsländer und der Internationale Währungsfond (IWF) nutzen die Krise, um strenge Sparmaßnahmen durchzusetzen, darunter tiefe Einschnitte in die Gehälter der öffentlich Beschäftigten, die Kürzung oder das Einfrieren von Renten, das Aussetzen von Tarifverträgen, drastische Kürzungen bei den öffentlichen Ausgaben und so weiter.

Es ist die Strategie der Regierungen, auf diesem Wege das zu zerstören, was vom europäischen Sozialmodell noch übrig geblieben ist. Auch schon vor den Sparplänen hat die soziale Ungleichheit innerhalb Europas zugenommen, Griechenland und Portugal haben das größte Maß an sozialer Ungleichheit in der Eurozone. Das von den Mitgliedsstaaten am 11. Mai angenommene "Euro-Rettungspaket" behandelt in keiner Weise die Wurzeln der Euro-Krise. Es verschiebt Probleme nur, statt sie zu lösen.

Ein ungerechtes und unwirksames

Anpassungsprogramm für Griechenland
Finanzakteure, die zuvor mit dem Geld der Steuerzahler gerettet wurden und ein bisher nicht da gewesenes öffentliches Defizit verursacht haben, attackieren Staaten, indem sie gegen den Euro spekulieren. Jeglicher demokratischer Kontrolle entzogen, erwarten sie, dass der Preis für ihre Rücksichtslosigkeit von den Bürgern durch tiefe Einschnitte in die Sozialausgaben bezahlt wird. Die Situation in Griechenland beweist einmal mehr die Dringlichkeit, die Finanzmärkte radikal zu regulieren.

Bereits vor der Finanzkrise hatten Steuersenkungen und andere Maßnahmen zu Gunsten von Unternehmen und privilegierten Wirtschaftssektoren das öffentliche Defizit verschlimmert. Zudem hat der offensichtliche Fehler der Euro-Zone, eine gemeinsame Währung ohne gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik zu schaffen, zu großen Ungleichgewichten in den Handelsbilanzen der europäischen Länder geführt. Die Exportstrategien Deutschlands und anderer Länder mit Handelsbilanzüberschüssen basieren auf Lohn- und Steuerdumping.

Die jetzt von der EU eingeforderten radikalen Sparmaßnahmen dienen allein den Interessen der Reichen und der Finanzakteure. Die überwältigende Mehrheit der Griechen ist nicht

privilegiert; ihre Löhne und sozialen Rechte liegen weit unter dem europäischen Durchschnitt. Griechenland braucht nicht niedrigere, sondern höhere Löhne; nicht weniger, sondern ein höheres Maß an öffentlicher Sozialpolitik. EU-Regierungen wollen überall einen strengen Sparkurs durchsetzen. In Portugal und Spanien haben sie bereits damit begonnen. Diese Politik kann nur zu einer Verschärfung sozialer Ungleichheiten und der gegenwärtigen Krise beitragen und zugleich verschlechtert sie die ökonomische Lage in Griechenland und dem Rest der EU.

Der "Euro-Stabilisierungspakt" wird die Situation verschlimmern

Die Europäischen Kommission wird auf den Finanzmärkten Kredite aufnehmen müssen, um Griechenland und anderen betroffenen Ländern Geld leihen zu können. Ein 60 Milliarden Euro schwerer "Stabilisierungs-Fonds" wird daher zunächst von Banken und Hedgefonds besorgt. Zusätzliche 440 Milliarden Euro könnten von den Regierungen der Euro-Zone garantiert werden. Dieses Programm löst keines der grundlegenden und dem Euro seit 15 Jahren innewohnenden Probleme, die nun durch die Finanzkrise verschärft werden. Es sorgt nicht für einen koordinierten Abbau von Handelsungleichgewichten, insbesondere des deutschen Überschusses. Es bietet weder eine Grundlage für ein harmonisiertes europäisches Steuersystem, noch für einen gemeinsamen Haushalt, der das einzige zuverlässige Werkzeug für Solidarität wäre. Es soll eine Schuldenkrise durch die Aufnahme neuer Schulden lösen und bewahrt so die Abhängigkeit der Regierungen von den Finanzakteuren, den einzig echten Gewinnern der neuen europäischen Darlehen. Das Programm wird Europa voraussichtlich in eine bisher nicht gekannte Deflation und Stagnation stürzen. Europäische Regierungen stellen die Spekulations-Krise weiterhin als "Naturkatastrophe" dar, die nur durch ein Opfer in Höhe von hunderten Milliarden Euro gelöst werden kann – eingetrieben durch Kürzungen der Sozialausgaben und öffentlichen Dienstleistungen. Aber Spekulanten sind Menschen, keine überraschend ausbrechenden Vulkane. Die von ihnen verursachten Desaster geschehen, weil wir es ihnen gestatten. Dennoch sträuben sich die europäischen Regierungen, auf EU-Ebene Entscheidungen zu treffen, die ein solches Desaster ein für alle Mal verhindern.

Wir fordern:

1. Die Einführung eines echten Solidarplans für Griechenland, der einen Ausweg aus der Krise ermöglicht, ohne soziale Errungenschaften zu zerstören und soziale Ungleichheiten zu verschärfen. Der Plan soll finanziert werden durch eine Besteuerung von Kapitaleinkom-

men und derjenigen, die von der Krise profitieren.

2. Die Möglichkeit für Länder der Euro-Zone, sich bei der Europäischen Zentralbank (EZB) zu denselben Bedingungen wie Privatbanken Geld zu leihen, sowie eine demokratische und politische Kontrolle der EZB, um eine solidarische Währungspolitik der Eurozone zu ermöglichen.

3. Eine umfassende Regulierung und Kontrolle der Finanzmärkte durch die Einführung der Finanztransaktionssteuer; ein Verbot von Credit Default Swaps (CDS); die Wiedereinführung von Kapitalverkehrskontrollen; Maßnahmen zur Verhinderung von Steuerflucht und Steuerhinterziehung in Griechenland und überall; die Schließung aller Steueroasen in Europa sowie die Vergesellschaftung von Banken, die als zu groß zum Scheitern ("too big to fail") eingestuft werden.

4. Die koordinierte Reduktion von externen Handelsungleichgewichten und eine abgestimmte Lohnpolitik inklusive Mechanismen zur Einführung von Mindestlöhnen in Europa, um Sozialdumping zu vermeiden.

5. Die Einführung einer gemeinsamen Wirtschafts- und Sozialpolitik in der Euro-Zone und der EU, einschließlich der Einführung eines gemeinsamen europäischen Haushalts, sowie eine Harmonisierung der Steuer- und Sozialpolitik auf höherem Niveau, um so die Euro-Zone zu einem Raum der wirtschaftlichen und sozialen Solidarität umzuwandeln.

6. Keine Intervention des IWF in europäische Angelegenheiten und Ablehnung der Sparmaßnahmen, die er seinen Schuldnerstaaten auferlegt.

Wir appellieren an die Zivilgesellschaft der EU, Druck auf die Regierungen auszuüben, um diese Vorschläge voranzutreiben. Gemeinsam müssen wir alle nationalistischen oder rassistischen Ansätze ebenso wie nationalen Egoismus zurückweisen. Wir müssen gemeinsam Lösungen voranbringen, die das Problem an der Wurzel packen und die Gewinner des Systems, die diese Krise verursacht haben, zahlen lassen.

Unsere Vorschläge sind lediglich Notfallmaßnahmen für die unmittelbaren Auswirkungen der Krise und sollen sicherstellen, dass die große Mehrheit der Griechen und der Bevölkerung in unseren eigenen Ländern nicht für die Krise zahlen muss, für die sie nicht verantwortlich ist.

Langfristig müssen wir an einem alternativen Finanzsystem arbeiten.

**Mai 2010 Attac Deutschland, Attac Flan-
dern, Attac Frankreich, Attac Griechenland,
Attac Italien, Attac Katalonien, Attac Ös-
terreich, Attac Polen, Attac Portugal, Attac
Spanien, Attac Ungarn, Attac Wallonien-
Brüssel (Erschienen in SiG 83)**

.....Attac ist Teil dieser Bewegung.....

Die „Frankfurter Erklärung“,

beschlossen auf dem Attac-Ratschlag in Frankfurt/M am 26.5.2002, am 29.10.2006 ergänzt

Die Globalisierung ist ein Umbruch von historischen Dimensionen. Sie verändert die Gesellschaft mit enormem Tempo und greift tief in unsere Lebensbedingungen ein. Sie wird bisher einseitig von mächtigen Wirtschaftsinteressen dominiert, von großen Banken, Investmentfonds, Transnationalen Konzernen und anderen großen Kapitalbesitzern. Ihr Leitbild ist der Neoliberalismus. Nach dieser Ideologie lassen sich die gesellschaftlichen Probleme am besten lösen, wenn man sie dem Markt und den Privatunternehmen überlässt.

Das neoliberale Versprechen, die Globalisierung bringe Wohlstand für alle, hat sich jedoch nicht erfüllt, im Gegenteil:

- Die soziale Kluft zwischen Nord und Süd wird tiefer. Während die Reichen immer reicher werden, wächst die Armut in der Dritten Welt. Durch Finanz- und Wirtschaftskrisen werden über Nacht ganze Volkswirtschaften ruiniert und verlieren Hunderttausende ihren Arbeitsplatz.
- Die Armut ist in die Industrieländer zurückgekehrt. Auch bei uns nehmen soziale Unsicherheit, Ausgrenzung und Ungerechtigkeit zu. Die sozialen Sicherungssysteme werden abgebaut und sind von Privatisierung bedroht. Renten, Gesundheit, Bildung sollen zur Ware werden.
- Demokratie wird untergraben, weil Global Players mit der Drohung, den "Standort" zu wechseln, zunehmend die Politik diktieren.
- Die Deregulierung der Arbeitsmärkte und der Sozialabbau in Form von unter- und unbezahlter, flexibler Arbeit hat insbesondere die Situation der Frauen verschlechtert. Dies führt zu neuen Ungleichheiten zwischen und innerhalb der Geschlechter.
- Die Lösung der Umweltprobleme wird verschleppt. Die natürlichen Lebensgrundlagen werden durch die Unterwerfung unter die Marktlogik zerstört.
- Kulturelle Vielfalt wird durch eine ökonomisch mächtige Kulturindustrie eingeengt. Die Suggestivkraft von Werbung und Markenlogos bestimmt immer stärker Wertorientierungen und gesellschaftliche Leitbilder.
- Neben anderen Gründen sind es hegemoniale Interessen und neue Rohstoffquellen (Öl und Gas), zu deren Sicherung reiche Industriestaaten zunehmend militärische Planungen und kriegerische Interventionen durchführen. Die neoliberale Globalisierung hat sehr viele Verlierer und nur wenige Gewinner hervorgebracht. Sie begünstigt damit politische Destabilisierung und ist ein Grund für Gewalt, Krieg und Terrorismus. Dies führt zur Rechtfertigung von

weltweiter Aufrüstung, von Militarisierung und zur Aushöhlung demokratischer Rechte.

Wir brauchen eine andere Politik

Die neoliberale Globalisierung ist keineswegs schicksalhaft und alternativlos. Sie ist von den Regierungen der großen Industrieländer und mit Hilfe von Internationalem Währungsfonds (IWF), Weltbank und Welthandelsorganisation (WTO) zielgerichtet betrieben worden. Deutschland und die EU spielen dabei sowohl nach innen (Liberalisierung der Binnennmärkte) als auch bei der neoliberalen Zurichtung der Weltwirtschaft eine maßgebliche Rolle.

Dazu gab und gibt es wirtschafts- und gesellschaftspolitische Alternativen. Wir setzen uns ein für eine ökologische und solidarische Weltwirtschaftsordnung. In ihr gibt es mehr gleichberechtigte internationale Zusammenarbeit und eine nachhaltige, umweltgerechte Entwicklung des Nordens wie des Südens. Wir wollen eine Welt, in der Demokratie für alle Menschen gewährleistet ist und kulturelle Vielfalt erhalten bleibt.

Diese Ziele sind nur durchsetzbar, wenn es eine starke, international handelnde gesellschaftliche Bewegung gibt. Attac ist Teil dieser Bewegung, die sich in Seattle, Prag, Genua sowie anderen Orten formiert hat und sich unter anderem im **Weltsozialforum** von Porto Alegre weiter entwickelt.

- *Attac will als Teil der außerparlamentarischen Bewegung einen Beitrag für eine umfassende Demokratisierung der Gesellschaft leisten.*
- *Attac streitet für eine neue Weltwirtschaftsordnung, in der der Reichtum der Welt gerecht verteilt und ökologisch genutzt wird.*
- *Attac ist Bestandteil der Antikriegs- und Friedensbewegung, denn eine gerechte Welt ist ohne Frieden nicht möglich.*

Attac setzt sich ein für:

- Ein Ende der neuen Kriegsvorbereitungen und Kriege und für zivile und friedliche Konfliktlösungen. Eine Militarisierung der Außenpolitik und Kriegseinsätze der Bundeswehr im Ausland lehnen wir ab.
- Die Einführung einer Steuer auf internationale Finanztransaktionen, sog. Tobinsteuer und die Verwendung der Einnahmen für internationale Umwelt- und Entwicklungsaufgaben.
- Die Schließung der Steueroasen, die Regulierung von Derivaten und das Verbot von hochspekulativen Fonds (sog. Hedge-

Fonds).

- Die stärkere Besteuerung von Kapitaleinkünften und großen Vermögen.
- Die Lösung der Schuldenkrise der Entwicklungsländer, die Beendigung der neoliberalen Strukturanpassung sowie die Ablösung der Diktatur der Gläubiger durch ein faires und transparentes Verfahren.
- Eine Welthandelsordnung, die den Interessen der Entwicklungsländer, sozial Benachteiligten und der Umwelt Vorrang einräumt.
- Internationale Institutionen, die diesen Zielen und nicht den Interessen von Industrieländern, Konzernen und korrupten Eliten dienen.
- Ein demokratisches und soziales Europa, das sich an den Bedürfnissen der Menschen und der Solidarität mit den anderen Teilen der Welt orientiert. Wir wehren uns gegen die Einschränkung des Demonstrationsrechtes, der Bewegungsfreiheit, des Rechts auf freie Meinungsäußerung. Wir weisen die Kriminalisierung der Bewegung gegen die neoliberale Globalisierung zurück.
- Eine demokratische Reform der öffentlichen Dienstleistungen. Wir setzen uns ein für ein Niveau sozialer Sicherung, das allen ein menschenwürdiges Leben ermöglicht. Wir wenden uns gegen Privatisierung öffentlicher Dienste und der Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge z. Bsp. des Gesundheits- und Bildungssystems sowie der Wasserversorgung, wie sie im Rahmen des GATS-Abkommens droht. Die Privatisierung öffentlicher Güter und genetischer Ressourcen lehnen wir ab.
- Ein System der solidarischen Alterssicherung.
- Umverteilung und Umbewertung von Erwerbs- und unbezahlter Arbeit im Rahmen der internationalen und geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung.
- Eine soziale und ökologische Gestaltung der Landwirtschaft. Gen-technisch veränderten Produkte und Patente auf Leben lehnen wir ab.
- Die Regulierung und Einschränkung der Macht transnationaler Konzerne und ökonomischer Machtzusammenballungen durch Kartelle und Fusionen. Wir fordern u.a. höhere Unternehmenssteuern, existenzsichernde Löhne, Arbeitsrechte und Mitentscheidungsrechte für Beschäftigte, Gleichstellungsaufgaben, soziale und ökologische Standards.

Nehmen wir gemeinsam die Zukunft unserer Welt in die Hand!

(auf attac.de unter „Attac-Erklärung für eine demokratische Kontrolle der Finanzmärkte“)